

ANTHONY SCHLINGEL

Besatzer, Besetzte und Verbündete "unterbelichtet perzeptiert" ¹⁾



In Ludwigsburg versuchen seit 1958 die Ermittler, zur Söhnung der zwischen 1933 und 1945 begangenen Verbrechen beizutragen – rechts der Leiter der Behörde, Kurt Schrimm.

Fotos Weise-factum

Ermittlungen gegen Nazitäter stehen vor dem Ende

Zentrale Stelle zur Aufklärung nationalsozialistischer Verbrechen stellt voraussichtlich im Jahr 2008 ihre Arbeit ein

Stuttgarter Zeitung, 29. Dezember 2006

Dr. Konrad Adenauer:

*"Wir sind keine Mandanten des deutschen Volkes,
wir haben Auftrag von den Alliierten."*

Prof. Dr. Hans Herbert von Arnim, "Die Deutschlandakte", Gütersloh 2008, S. 17.

Diese Meldung bedeutet jedoch nicht das Ende der seit 1945 einseitig gegen Deutsche wegen "unverjährbarer Verbrechen" durchgeführten Prozesse. Verbrechen der anderen waren mit Kriegsende sämtlich amnestiert oder straflos "geleugnet" worden.

Heute noch stehen 90-Jährige ehemalige deutsche Offiziere nicht meineidsfähigen ausländischen "Zeugen" vor bundesdeutschen Gerichten gegenüber. Sogar der 88-jährige bettlägerige Ukrainer John Demjanuk wurde mit Haftbefehl aus den USA angefordert und nach München eingeflogen, obgleich er trotz Todesurteil in Israel 1988 wegen nachweislich gefälschter Papiere und Zeugenaussagen in der Berufungsinstanz freigesprochen und in die USA wieder ausgeflogen wurde. Nun plötzlich soll der damals 23-jährige Wachmann für die Ermordung von 29.000 Juden in Sobibor mitverantwortlich gewesen sein. Wiederum wird ein gefälschter Ausweis vorgelegt. Z.B. wurde "Größe" vor 1945 in Deutschland in einem Ausweis niemals mit "ss", also "Grösse" gedruckt. Wie soll man sich erklären, daß den alten Zeugen ihr "Wissen" erst jetzt nach 63 Jahren und nicht schon 1988 in Israel eingefallen sein soll? Doch was stört das die brd-Auftraggeber des Staatsanwaltes?

1) Neues Ergebnis offizieller "Holocaust"-Forschung. Vergl. S. 20 ff. --
"unterbelichtet perzeptiert" = so gut wie gar nicht wahrgenommen
beim Schreiben der Geschichte;

ANTHONY SCHLINGEL

Besatzer, Besetzte und Verbündete "unterbelichtet perzeptiert" ¹⁾

The First Amendment (Die erste Verbesserung, Ergänzung) zur Verfassung der USA

"Der Kongreß darf kein Gesetz erlassen, welches eine (Staats-) Religion einführt, oder die Ausübung irgendeiner Religion behindert. Ebenfalls darf kein Gesetz erlassen werden, welches die Redefreiheit und die Freiheit der Presse verbietet, oder das Recht des Volkes beschränkt, sich friedlich zu versammeln und sich zur Behebung von Mißständen an die Regierung zu wenden."

Wenn auch BRD-Grundgesetz Art. 19, Abs. 2 verfügt:

"In keinem Falle darf ein Grundrecht in seinem Wesensgehalt angetastet werden",

so lautet doch Art. 5 GG, Abs. 2:

"Diese Rechte finden ihre Schranken in den Vorschriften der allgemeinen Gesetze. ..."

Hiermit ist ein Freibrief für Willkür erstellt worden, der erlaubt und dazu geführt hat, Wesentliches wieder aufzuheben.

Als US-Publizisten sind wir durch unser First Amendment vor solchen Tricks rechtlich abgesichert und sehen uns auch gemäß unserem Verständnis von der "freien Welt" verpflichtet, andere Völker unter das gleiche Recht zu stellen.

Winston Churchill Mitte Februar 1940

"Die Geschichte urteilt nach Erfolg und Mißerfolg, das ist alles. Niemand fragt den Sieger, ob er im Recht war oder nicht."

David Irving, "Churchill "Kampf um die Macht",
München - Berlin 1990, S. 183

Verzicht ist Verrat

"Die Entscheidung über die zur Zeit unter polnischer Verwaltung stehenden deutschen Ostgebiete kann und wird erst in einem mit Gesamtdeutschland abzuschließenden Friedensvertrag erfolgen."

Die deutsche Bundesregierung wird sich niemals mit der allen Grundsätzen des Rechts und der Menschlichkeit widersprechenden Wegnahme dieser rein deutschen Gebiete abfinden."

Regierungserklärung unter dem Beifall aller Bundestagsparteien
am 9. Juni 1950.

Nahum Goldmann

-- Langjähriger Präsident des Weltjudenkongresses --

Agitation ohne Substanz – dies als eingewanderter

"Ostjude" im Kaiserreich, das ihn gut behandelt hatte.

"So besteht denn die erste Aufgabe unserer Zeit in der Zerstörung: alle sozialen Schichten und gesellschaftlichen Formungen, die das alte System geschaffen hat, müssen vernichtet, die einzelnen Menschen müssen aus ihren angestammten Milieus herausgerissen werden; keine Tradition darf mehr als heilig gelten. Das Alter gilt nur als Zeichen der Krankheit; die Parole heißt, was war, muß weg."

Nahum Goldmann, "Der Geist des Militarismus", Berlin - Stuttgart 1915, S. 38; -- vgl. *Historische Tatsachen* Nr. 88, S. 4 + 14.

Copyright by THE BARNES REVIEW (TBR Co)

645 Pennsylvania Ave. S.E.

Washington D.C. 20003 – USA 2009

Halten Sie Kontakt mit unseren Büros in Europa:

Barnes Review

P.O. Box 243

Uckfield

East Sussex TN 22 9AW

England

Barnes Review

Siegfried Verbeke

Posbus 46

B 2600 Berchem 1

Deutschland: Verlag für Volkstum + Zeitgeschichtsforschung
Postfach 1643, D 32590 Vlotho/Weser

INHALT

Der Heilige Geist hat eigene Erkenntnisse	3
Gegen die Geschichtspolizei	3
Friedliche Zionisten?	4
Franzosen 1942 Initiatoren	8
Zeittypisches um den "Holocaust"	9
Ein Melodram klärt die Deutschen auf	11
Kronzeuge Elie Wiesel	13
5 - 7 Millionen Wiedergutmachungsanträge	14
Weitere Anträge von der JCC	15
Beihilfen erhöht	15
Für das Wiedergutmachungsarchiv	16
Jüdische Überlebende	17
Wieder ein gefälschtes "Foto"	18
Eine Lüge weniger	19
Glückspilz: Gaskammertermin geplatzt	19
Für Lügen Goldmedaille im Abonnement	19
IfZ: Romane = "historische Zeugnisse"	20
Verlagerung des "Holocaust" in die Ukraine	26
Archäologische Überprüfungen in Treblinka	27
Feuersturm in Dresden ständig verharmlost	28
Bewußtes Lügen über die Bombenziele	31
Menschenrecht vor EU-Gericht	32
Staatsziel: "Vernichtung der Deutschen"	33
Polnischer Runderlaß 1946	36
Das Massaker von Treuenbrietzen	37
Österreichs antideutsche Justiz	38
Offenkundigkeit muß überprüfbar bleiben	39
Meinungsstrafen (Mahler, Höfs)	39
VerwG Düsseldorf macht's möglich	40

Der Heilige Geist hat eigene Erkenntnisse

Nach den protestantischen Kirchen hat sich inzwischen auch der Vatikan den judaistischen Religionsvorgaben gegenwärtiger Rabbiner und Politiker ohne wissenschaftliche Überprüfung offensichtlich unterworfen. Anlässlich der Kontroverse um Bischof **Richard Wil-**

liamson erklärte der Sprecher des Vatikan **Federico Lombardi** den Gläubigen:

"Wer den Holocaust leugne, wisse nichts vom Geheimnis Gottes und vom Kreuz Christi."

Nun wissen auch die Nichtgläubigen, was diejenigen wissen, die die "Geheimnisse Gottes kennen".

Gegen die Geschichtspolizei ²⁾

"Letzte Woche tagten europäische Historiker im französischen Blois auf Einladung des dortigen Bürgermeisters **Jack Lang**. Er war früher Kultur- und Unterrichtsminister.

Am Ende der Konferenz verfaßten die Teilnehmer einen **"Appell von Blois"**, in dem sie sich gegen Einschränkungen ihrer wissenschaftlichen Arbeit wehren. **"Freiheit für die Geschichte"** fordert der Historiker **Pierre Nora**, der schon seit Jahren wahrnimmt, daß sowohl durch Gesetze als auch Klagen, zum Beispiel gegen Bücher, die Arbeit seiner Zunft eingeschränkt wird. Oft sind es Minderheitenverbände, die aktiv werden. Manchmal ist es aber auch der Staat, der etwa wie in Frankreich, ein "Armenien-Gesetz" oder eines, das Sklaverei als Verbrechen gegen die Menschlichkeit deklariert, erlassen hat. Unterdessen wurde sogar ein Schulcurriculum erlassen, wonach *"die positive Rolle, die Frankreich in Übersee spielte"*, vermittelt werden soll. **Nora** spricht von Zensur und *"retrospektiver Moralisierung"*.

Zu den Unterzeichnern gehört auch der britische Historiker **Timothy Garton Ash**, der in einem Beitrag im **Guardian** vom 16. Oktober an die Regierungen aller Länder appelliert, den Historikern die freie Debatte zu lassen und nicht zur *"Erinnerungspolizei"* zu werden.

Besonders die deutsche Justizministerin **Brigitte Zypries**, die einen europaweiten Gesetzesvorstoß gegen die *"Trivialisierung"* von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit mit bis zu drei Jahren Gefängnis ahnden will, findet harte Kritik. Im Folgenden dokumentieren wir die kurze Erklärung:

Jeder, der diesen Appell liest, weiß, wer und was gemeint ist:

Die Forschungsfreiheit für Ursachen und Ergebnisse des Zweiten Weltkrieges! Denn mit Hilfe von Sondergesetzen in verschiedenen europäischen Ländern werden für bestimmte Minderheiten nicht nur deren "Erinnerungen" und die Ergebnisse ihrer hilfswilligen "Zeithistoriker" und Juristen zu Dogmen, also verpflichtenden Glaubenssätzen, erhoben, sondern auch die Verwendung spezifischer Dokumente, technische und naturwissenschaftliche Analysen zu kriminellen Delikten erklärt, freilich auch die Erinnerungen Anderer. Auch sehen diese Sondergesetze den Schutz des Andenkens der Verstorbenen dieser Minderheiten vor, während es für die anderen, die Mehrheitsbevölkerungen einen solchen Schutz nicht gibt. Dieses zweierlei Recht ist es, das die Demokratie und die mit ihr verbürgten Freiheitsrechte zunichte macht.

Wer Historiker, die sich der normalen Forschungsgrundlagen bedienen, mit Gesetzen, Richtersprüchen oder überhaupt mit staatlichen Sanktionen kriminalisiert, handelt selbst kriminell!

"Die Geschichte darf kein Sklave der Aktualität sein noch unter dem Diktat konkurrierender Erinnerung geschrieben werden. In einem freien Staat steht es keiner politischen Autorität zu, die historische Wahrheit zu definieren und die Freiheit der Historiker unter der Androhung von Strafen einzuschränken.

Wir rufen alle Historiker auf, ihre Kräfte in ihren jeweiligen Ländern zu sammeln und unseren Strukturen vergleichbar aufzubauen. Jeder soll unverzüglich diesen Appell unterzeichnen, um die Pläne für Gesetze zum historischen Erinnern aufzuhalten.

Die verantwortlichen Politiker, die für den Erhalt der kollektiven Erinnerung eintreten, rufen wir dazu auf, sich bewußt zu machen, nicht durch das Gesetz und für die Vergangenheit staatliche Wahrheiten aufzustellen, deren juristische Anwendung schwerwiegende Folgen für die Historiker und die intellektuelle Freiheit im Allgemeinen haben.

In einer Demokratie ist die Freiheit der Geschichte die Freiheit aller."

Zu den Unterzeichnern gehören:

Aleida und **Jan Assmann** (Konstanz/Heidelberg), **Elie Barnavi** (Tel Aviv), **Luigi Cajani** (Rom), **Hélène Carrère d'Encausse** (Paris), **Etienne François** (Berlin), **Timothy Garton Ash** (Oxford), **Carlo Ginzburg** (Bologna), **José Gotovitch** (Brüssel), **Eric Hobsbawm** (London), **Jacques Le Goff** (Paris), **Karol Modzelewski** (Warschau), **Jean Puissant** (Brüssel), **Sergio Romano** (Mailand), **Rafael Valls Montes** (Valencia), **Henri Wesseling** (Den Haag), **Heinrich August Winkler** (Berlin), **Guy Zelis** (Louvain).

-- Bei Interesse: contact@lph-asso.fr

²⁾ *Die Welt*, 20.10.2008. S. 7.

Friedliche Zionisten?

Am 19.1.1935 hat die Londoner *Morning Post* ohne Intervention eines Staatsanwaltes wegen "Volksverhetzung" festgestellt:

"Der letzte Krieg (1914 - 1918) war nur die erste Runde eines Entscheidungskampfes, für welche die historische Parallele der generationenlange Kampf zwischen Rom und Karthago ist."

Emil Maier-Dorn fragt zu Recht:

"Was aber war bis zu diesem Zeitpunkt -- noch nicht ganz 2 Jahre nach der Machtübernahme Hitlers -- Fürchterliches geschehen, daß ein »Entscheidungskampf« mit dem Ziele seiner völligen Vernichtung und Auslöschung wie mit Karthago fällig gewesen wäre? Erweist sich daraufhin nicht jeder Hinweis auf deutsches Fehlverhalten als verlogenes Geschwätz?" 3) S. 133

Am 1.10.1936 meldete die Pariser Zeitung *Réveil du Peuple*:

"Bullitt ist in Paris eingetroffen, das bedeutet Krieg (Bullitt à Paris, c'est la guerre). ... Diese unter den gegenwärtigen Umständen erfolgte Ernennung (des neuen US-Botschafters) bedeutet für Frankreich eine unmittelbare Kriegsgefahr mit Deutschland, denn William Bullitt ist Sonderbeauftragter der großen jüdisch-amerikanischen Bank Kuhn Loeb & Co, die den Krieg gegen Hitler so schnell wie möglich fordert. ... Der Augenblick ist nunmehr gekommen, der das Schicksal Israels bestimmen wird. ... Bullitt, der Mann der Sowjets und der jüdischen Finanzwelt, nimmt nun das Steuer unseres Landes in die Hand. Er wird über das Blut der Franzosen bestimmen. Seinem Glaubensgenossen Leon Blum gewährt er einen Kredit von 15 Millionen Franken unter der Bedingung, daß es zu einem Krieg mit Deutschland kommt ... Und Bullitt requiriert nun seine Söldner."

Heinrich Brüning (Zentrum-Partei, Reichskanzler 1930 - 1932) hat uns folgenden Sachverhalt aus dem Exil hinterlassen:⁴⁾

"Im Winter 1937/38 rief Felix Frankfurter⁵⁾ an und bat mich, Herrn Jacob Landau⁶⁾ vom jüdischen internationalen Zeitungsdienst vor seiner Abreise nach Europa im Lowell House zu empfangen. Landau kam mit einem Sonderflugzeug abends in Boston an, blieb im Lowell House mit mir bis 11.³⁰ Uhr und flog mit seinem Sonderflugzeug wieder nach New York ab."

3) Emil Maier Dorn, "Anmerkungen zu Sebastian Haffner", Großbaiting 1981.

4) Claire Nix (Hrsg.), "Heinrich Brüning -- Briefe und Gespräche 1934 - 1945", Stuttgart 1974, S. 162 - 164.

5) Professor an der Harvard Law School 1914 - 1939, zu dieser Zeit einer der engsten Berater Roosevelts; Richter am Obersten Bundesgericht der USA 1939 - 1962.

6) Prominenter Zionist, gründete 1919 die Jewish Telegraphic Agency in London und leitete sie bis 1951, gründete 1940 die Overseas News Agency in New York, die bis 1949 eng mit der JTA zusammenarbeitete.

Er wollte von mir hören, was ich über die Lage der Juden unter dem Hitlerregime und über mögliche weitere Gefahren dachte. Ich wiederholte, was ich Rabbi Baeck⁷⁾ im Hedwigshospital im Sommer 1933 und noch zweimal im selben Jahre und kurz vor meiner Flucht, in nächtlichen Zusammenkünften im Hause von Prof. Hans Peters gesagt hatte:

Falls eine starke und für ihn gefährliche jüdische Propaganda in der Welt einsetzte, würde Hitler vor nichts zurückschrecken.⁸⁾

Bereits im Frühjahr 1933 habe man gesehen, wie Hitler unmittelbar reagierte, als der Berliner Korrespondent eines New Yorker Blattes an einem außergewöhnlich ruhigen Abend gekabelt hatte, daß die Spree angefüllt sei mit treibenden Leichen von durch die Nazis ermordeten Juden.

Sofort habe Goebbels 'spontane Ausschreitungen' der SA gegen jüdische Geschäfte entwickeln lassen; er drohte damals mit schärferen Maßnahmen, falls sich solche Propagandaberichte wiederholten." --

Warum erzählte Heinrich Brüning, der frühere Reichskanzler, in diesem Zusammenhang nichts von der jüdischen Kriegserklärung vom 24. März 1933, die der eigentliche Anlaß für den eintägigen Boykott der jüdischen Geschäfte am 1. April 1933 gewesen war und er das genau gewußt hat? ⁹⁾

"Ich sagte Rabbi Baeck damals, daß, wenn es den deutschen Juden nicht gelinge, ihre Glaubensgenossen im Auslande im Zaume zu halten, so würden sie besser daran tun, schon gleich zunächst die Kinder herauszubringen, dann ihre Kapitalien, wozu sie unter den damaligen Bedingungen Erlaubnis erhalten würden, wenn es in Form von Maschinen und anderen Produktionsmitteln geschähe. Ich riet dringend, sich mit der türkischen Regierung in Verbindung zu setzen, um eine Textilindustrie und ähnliche Industrien in der Türkei aufzubauen."

Rabbi Baeck, den ich immer besonders verehrt hatte, war sehr traurig. Er sagte, ich müsse doch verstehen, daß die alten jüdischen Familien mit der deutschen Geschichte verwachsen seien. Sollten sie eines Tages doch Deutschland verlassen müssen, so sei es besser, nach Palästina zu gehen, zumal die Juden östlich des Jordans große Landstrecken Bodens, der bei geeigneter Kultur sehr fruchtbar

7) Leo Baeck, Präsident der Reichsvertretung der deutschen Juden 1933 - 1943, Konzentrationslager 1943 - 1945, emigrierte 1946 nach England. Veröffentlichte unter anderem "Das Wesen des Judentums", Berlin 1905 und "Dieses Volk", Frankfurt 1955 - 1957.

8) Siehe ähnliche Warnungen von Rumbold, März/April 1933, Documents of British Foreign Policy, 2. Serie, Bd. V, London 1956.

9) Vergl. HT Nr. 39 S. 40 + Nr. 54 S. 40.

gemacht werden könne, von König **Abdullah**¹⁰⁾ jüngst erworben hätten.

"Ich erklärte Rabbi Baeck, daß die Araber nie gestatten würden, daß sich eine so große Zahl von Juden in Palästina ansiedeln. Als ich meine Bewunderung für Rabbi Baeck aussprach, wiederholte ich Herrn Landau, was ich schon einmal in London gesagt hatte: Rabbi Baeck sei der einzige »Christ« im Sinne der Bergpredigt, dem ich je begegnet sei.

Landau erklärte, Rabbi **Baeck** sei schwach und habe keinen jüdischen Kampfeswillen. Ich warnte sehr vor diesem Kampfeswillen; er würde zu entsetzlichen Missetaten gegen die Juden seitens **Hitlers** führen, der sich in einen Drohungsrausch hineinreden könne. Die Drohungen, die er dann in Gegenwart der anderen Nazibonzen ausspreche, müsse er ausführen, auch wenn er selbst davor Angst hätte, weil er sonst befürchten müsse, als »Schlapphans« verachtet zu werden. Die wilden Leute, die **Hitler** zusammenge-
rafft hatte, seien die einzige Gefahr für ihn außerhalb des Kreises der alten Offiziere.

Herr Landau sagte, der Kampf der Juden müsse mit allen Mitteln gegen die Nazis auf der ganzen Welt fortgesetzt werden.

Ich erwiderte ihm, daß ich in diesem Falle das größte Unglück für das Judentum in der ganzen Welt voraussehe.

Der frühere Zentrumsführer und Reichskanzler, seit 1924 Mitglied des Reichstages, also so sollte man meinen -- verantwortungsvoller Volksvertreter nach seiner Abwahl, hat sich in diesen Gesprächen als Gegner **Hitlers** aufgeführt und davon auch nicht abgesehen, als er erkennen mußte, daß die "Heiligen Krieger" -- weitaus schlimmere Leute als "Volksverhetzer", denn sie bedienten sich bereits kriegerischer Mittel -- nicht gegen **Hitler**, sondern gegen das deutsche Volk "kämpften". **Brüning** hat sich nicht nur die Diffamierungsformel von den "Nazis" zu eigen gemacht, sondern auch gravierende Verleumdungen zum Schaden seines eigenen Volkes von sich gegeben -- z.B. "**Hitler** wolle alle Religionen ausrotten". Im übrigen hat er den "jüdischen Kampfgeist" nicht mit Schärfe als völkerrechtswidrige Einmischung in innerdeutsche Angelegenheiten zurückgewiesen, nicht einmal auf die Folgen für das deutsche Volk "aufmerksam" gemacht, nicht einmal nach den Motiven dieser Fanatiker gefragt. Gründe für ihren Kampfeswilligen hatte keiner von ihnen benannt.

Immerhin ist aus den vorgetragenen Zitaten zu ersehen, daß "**der kompromißlose jüdische Kampfeswille**" 1933 - 1936 von deutscher oder nationalsozialistischer Seite nicht provoziert war, ist doch von diesen eifernden jüdischen Vertretern auch **Brüning** gegenüber auf keinerlei konkretes Verhalten **Adolf Hitlers** oder NS-Parteigenossen Bezug genommen worden! Das konnten die Leute wie **Landau**, **Warburg** usw. auch gar nicht, denn sie waren keine beauftragten Sprecher der deutschen Juden.

10) **Emir Abd Allah**, König von Jordanien 1921 - 1951.

Ich habe gleich nach meinem Verlassen Deutschlands namhafte Führer der Juden in London davor gewarnt. Der Kampf könne nur geführt werden, wenn sich alle verschiedenen Religionsgesellschaften zusammentäten gegen **Hitler**, der jede positive Religion ausrotten wolle.¹¹⁾

Die Juden möchten vielleicht Erfolge erzielen in ihrem isolierten Kampf gegen **Hitler**, aber auf Kosten der vielen Hunderttausende von Juden, die in **Hitlers** Hände fallen würden. 1935 habe **Henry Stimson** mir eine Unterredung mit **Felix Warburg**¹²⁾ vermittelt. Ich habe 3 Stunden auf **Felix Warburg** eingeredet, ein Komitee zu gründen mit Katholiken und Protestanten zur Bekämpfung der religionsfeindlichen Bestrebungen **Hitlers** -- vergebens.

Im Februar und März 1936 habe ich zweimal mit **Lincoln Filene** und **Louis E. Kirstein**¹³⁾ in Boston über die gleichen Fragen gesprochen. Diese Herren hätten es völlig verstanden, daß ein isolierter Kampf der Juden mit Boykott und Übertreibung der tatsächlichen 'Ausschreitungen' der Nazis gegen Juden, **Hitler** nur zu weiteren, wirklichen Greueln treiben würde.

Herr Landau wollte nichts von meinen Auffassungen wissen. Er sagte, der Kampf, der nicht ausbleiben könne, müsse bis zur endgültigen Beseitigung **Hitlers** durchgeführt werden." ⁴⁾

Außerdem wußten sie genau, daß die deutschen Juden gegen den "**Kampfgeist**" und die Kriegserklärung der Zionisten zur Vernichtung Deutschlands unentwegt mit Nachdruck protestiert hatten. Sie wußten gleichermaßen, daß **Adolf Hitler** mit legitimen demokratischen Mitteln gegen die völkerrechtswidrigen Knebelungsbedingungen des Versailler "Friedensvertrages" vorgegangen und mit seinen wirtschaftlichen und sozialen Aufgaben so überlastet war, daß er sich gar keinen Ärger mit den Inlands- oder gar Auslandsjuden leisten konnte. Dies um so weniger, als die lebensgefährliche Bedrohung durch den Bolschewismus als Dauerzustand auch seine Innenpolitik beschattete.

Am 30. März 1933 -- genau dieses Datum war Gesprächsthema **Brünings** mit Herrn **Landau** -- schrieb das Organ des Central-Vereins deutscher Staatsbürger jüdischen, Glaubens, C.-V. Zeitung:

11) Rabbi **Baeck** nannte in späteren Jahren das Ausbleiben eines Protests der evangelischen und katholischen Kirchen gegen den ersten Naziboykott der Juden im April 1933 (den eintägigen!) eine seiner größten Enttäuschungen. -- Daß der große jüdische Verbündete -- der Bolschewismus -- bereits alle Religionen abgeschafft hatte, und **Hitler** solches keineswegs vorhatte, war für ihn offenbar keine so große Enttäuschung.

12) Bankier einer Anlagebank in New York, Mitglied der National Conference of Jews and Christians, die zur Bekämpfung religiöser Vorurteile gegründet wurde und aus der sich 1938/1939 staatliche "Komitees von Protestanten, Katholiken und Juden" zur Verteidigung gemeinsamer religiöser Prinzipien entwickelten.

13) Präsident und Vizepräsident der William Filene's Sons Co. in Boston, die für ihre Pionierarbeit auf dem Gebiet der Gewinnbeteiligung für Angestellte weithin bekannt war. Beide Männer betätigten sich aktiv in zahlreichen bürgerlichen kirchlichen und Arbeiterwohlfahrtsorganisationen, **Kirstein** auch in der National Conference of Jews and Christians.

"In diesen Tagen ist jeder deutsche Jude verpflichtet, seine Kenntnis von den wahren Vorgängen in Deutschland, die ihm diese Zeitung vermittelt, nicht für sich zu behalten, sondern soweit er nur kann, im Freundes- und Bekanntenkreis, besonders ausländischen, weiterzugeben. In Gesprächen, Briefen, Telefonaten bitten wir, auf die Darstellung Bezug zu nehmen, die wir über eine verlogene Greuelpropaganda und über deutschfeindliche Boykottaktionen geben. Jeder, der das tut, erhöht das deutsche Ansehen.

Wir 565.000 deutsche Juden legen feierliche Verwahrung ein. Eine zügellose Greuelpropaganda gegen Deutschland tobt in der Welt. Durch jedes Wort, das gegen unser Vaterland gesprochen und geschrieben wird, durch jeden Boykottaufruf, der gegen Deutschland verbreitet wird, sind wir deutschen Juden genau so tief getroffen wie jeder andere Deutsche. ...

Vor dem Inland und dem Ausland haben wir die Lügenmeldungen über Deutschland und die neue Regierung gebrandmarkt. ...

Die deutschen Juden haben, soweit sie es vermochten, dagegen sofort das Äußerste getan, um jede Beleidigung des Heimatlandes, jede Beschimpfung der Regierung, jede Schädigung der deutschen Volkswirtschaft unmöglich zu machen.

...

Einen Tag später, am 31. März 1933 schrieb die *Jüdische Zeitung* Berlin:

"In den letzten Tagen ist die Presse Deutschlands voll gewesen von Berichten über die Greuelpropaganda gegen Deutschland und von den Abwehrmaßnahmen, die gegen diese Greuelpropaganda getroffen worden sind. An diesen Abwehrmaßnahmen haben sich alle deutschen Kreise ohne Unterschied beteiligt, in erster Reihe auch die jüdischen Organisationen und die jüdische Presse. Diesen Abwehrmaßnahmen ist es gelungen, die Greuelpropaganda zum Schweigen zu bringen und Beruhigung zu schaffen. ...

An der Propaganda gegen Deutschland haben sich im wesentlichen nur ausländische nichtjüdische Blätter beteiligt, die diese Propaganda als Mittel für ihre gegen die deutsche Gesamtpolitik gerichteten Ziele benutzten. Zu diesem Zwecke haben sie auch über Judenverfolgungen in Deutschland Lügennachrichten verbreitet, die bis in die Einzelheiten den Nachrichten entsprachen, die in den Kriegsjahren über die Behandlung von Ausländern in Deutschland durch die von Lord Northcliffe beeinflusste Presse verbreitet wurden. Die verantwortungsbewusste jüdische Presse im Ausland hat sich von dieser Lügenpropaganda völlig ferngehalten. ..." 14)

-- Diese letzten Behauptungen stimmen zweifellos nicht -- schließlich war es ja auch eine "Judea"-Kriegserklärung --, scheinen hingegen dem Versuch gedient zu haben, die ausländischen Glaubensbrüder zu veranlassen, zurückzustecken und zu empfehlen, die Schuld für die aufputschenden Falschmeldungen möglichst anderen zuzuschreiben.¹⁵⁾

Vielfältige Bekundungen anderer Weltkongreß-Krieger belegen eindeutig, daß es ausschließlich die von **Adolf Hitler** ermöglichte Wiedererlangung der deutschen Souveränität, die Befreiung Deutschlands von den in Versailles 1919 angelegten Fesseln war, die Judea von New York und London aus zum Anlaß eines "Heiligen Krieges" gegen Deutschland nahm, -- nichts anderes!¹⁶⁾

Erinnert sei an den im Januar 1934 in *Mascha Rjetch* veröffentlichten Kampfaufruf des Präsidenten der "Neuen Zionistischen Organisation", **Wladimir Jabotinsky**, der für die "Heiligen Judea-Krieger" richtungweisend blieb:

"Seit Monaten wird der Kampf gegen Deutschland von jeder jüdischen Gemeinde und jeder Konferenz, auf jedem Kongreß, von allen Gewerkschaften und von jedem einzelnen Juden auf der Welt geführt. Es liegen Gründe vor zu der Annahme, daß unser Anteil an diesem Kampf von allgemeiner Bedeutung ist. Wir werden einen geistigen und materiellen Krieg der ganzen Welt gegen Deutschland entfachen. Deutschland hat das Ziel, wieder eine große Nation zu werden und seine verlorenen Gebiete sowie auch seine Kolonien zurückzugewinnen.

Unsere jüdischen Interessen aber verlangen die vollständige Vernichtung Deutschlands, Das deutsche Volk ist kollektiv und individuell eine Gefahr für uns Juden." 17)



Die *Bildzeitung* (Febr. 2009) wird bei einer solchen Aufmachung nicht wegen Volksverhetzung verklagt. Die Zielrichtung ist wunschgemäß. Alle anderen, die Atomwaffen besitzen oder Raketen ins All schießen, sind normal. Warum der eine "irre" ist, braucht nicht begründet zu werden.

14) Hans-Jürgen Evert, "Verschwiegene Zeitgeschichte -- Wende zur Wahrheit", Fischbachau o.J., S. 50.

15) Vgl. analoge jüdische Pressestimmen aus Deutschland jener Tage in *Historische Tatsachen* Nr. 10; S. 19 + 20 und Nr. 88.

16) Vgl. *Historische Tatsachen* Nr. 26, S. 18 - 19 + Nr. 29, S. 24 - 27.

17) J. Benoist-Mechin, "Wetterleuchten in der Weltpolitik 1937 -- Geschichte der deutschen Militärmacht 1918 - 1946", Oldenburg - Hamburg 1966, S. 326.

Der britische Kriegspremier **David Lloyd George** war ein außergewöhnlicher Politiker.¹⁸⁾ 1918 /19 trat er noch als "hardliner" für die völlige Niederwerfung und Reparationsverpflichtung Deutschlands über dessen Leistungsfähigkeit ein, forderte jedoch auf der Versailler Friedenskonferenz Mäßigung in den Grenzbestimmungen. In seinen 6-bändigen Memoiren lockerte er auch das gegen das Reich verhängte Schuldverdikt dahingehend auf, als er die Ursache des Weltkrieges auf das *"Ergebnis gewaltiger historischer Kräfte"* zurückführte, *"die die Nationen in den kochenden Kessel des Krieges hineinschlittern ließen"*. Dieser Lloyd George besuchte 1936 Deutschland, um sich ein eigenes Bild von der Lage zu machen. Seine Eindrücke legte er der britischen Presse mit folgenden Worten vor:

"Er schuf eine glückliche Nation: »Heil Hitler« Auch ich sage das, weil er wahrhaftig ein großer Mann ist. Mit Recht hat er in Nürnberg erklärt, seine Bewegung habe in 4 Jahren ein neues Deutschland geschaffen.

Es ist nicht mehr das Deutschland des ersten Jahrzehnts nach dem Krieg, vor den Siegern zu Füßen liegend, mutlos und tief gebeugt vor Schmerz und Ohnmacht. Das jetzige Deutschland ist erfüllt von Hoffnung und Vertrauen. Es ist erfüllt von einem neuen Selbstbewußtsein und ist entschlossen, sein eigenes Leben ohne fremde Einmischung zu gestalten.

Zum ersten Mal seit dem Krieg hat sich ein allgemeines Gefühl der Sicherheit und des Friedens durchgesetzt. Die Menschen sind glücklicher. Im ganzen Land trifft man auf ein zufriedenes, lebensfrohes Volk. Es ist ein viel glücklicheres Deutschland. Ich beobachtete das überall. Und Engländer, die ich auf meiner Reise durch Deutschland traf, die mit Land und Leuten vertraut sind, waren ebenso stark beeindruckt von diesen großen Veränderungen. Dieses wunderbare Phänomen wurde von einem einzigen Mann geschaffen.

Das ist der Geist der jungen Deutschen. Mit nahezu religiöser Inbrunst glauben sie an ihre Bewegung und an ihren Führer.

Mehr als alles andere hat mich die erfrischende Atmosphäre auf meiner kurzen Reise durch dieses neue Deutschland beeindruckt. Eine Atmosphäre des Erwachens ist in der gesamten Nation auf einmalige Weise lebendig geworden.

*Katholiken und Protestanten, Preußen und Bayern, Arbeitgeber und Arbeiter, Reiche und Arme sind zu einem einzigen Volk verschmolzen. Religionsrichtungen, Gruppen oder Klassengesellschaft können die Nation nicht mehr spalten. Eine Leidenschaft wurde lebendig, ein heiliges Feuer, der Wille nach Einheit, geboren aus einer bitteren Notwendigkeit."*¹⁹⁾

18) 1908 - 1915 Schatzminister (Liberals), 1915 Munitions-, 1916 Kriegsminister, Ende 1916 - 1922 Premierminister; Verfasser seiner 6-bändigen "War Memoirs". London 1933 - 1936. -- ♣ 26.3.1945.

19) Lloyd George in *Daily Express*, London 17.9.1936. -- Vgl. auch: Konstantin Hierl, "Im Dienst für Deutschland", Heidelberg 1954, S. 163.

Genau diese Lage kannten jedoch auch alle anderen maßgebenden Persönlichkeiten Europas, aber auch die "Heiligen Krieger" in New York, Hollywood und London. Doch gerade diese gelungene Aufbauarbeit in Deutschland paßte ihnen nicht, obgleich sie das alles überhaupt nichts anging und sie den demokratisch geäußerten deutschen Volkswillen anzuerkennen hatten.

Die mehrfach wiederholte **Judea-Kriegserklärung**,¹⁷⁾ die ohne konkrete Begründung und ohne die geringste Unterstützung seitens der deutschen Juden in die Welt gedroht wurde, zielte auf die Existenzvernichtung Deutschlands ab²⁰⁾ und erzwang zweifellos unerwünschte Reaktionen der Reichsregierung, vor allem seit den Morden an den deutschen Repräsentanten im Ausland wie **Wilhelm Gustloff** (in der Schweiz) und Botschaftsrat **vom Rath** (in Paris) und nachfolgend auch den konspirativ inszenierten Kampfmaßnahmen innerhalb des Reiches.

Am 18. Juli 1939 verkündete der bekannte französisch-jüdische Politiker und Publizist **Henry de Kerillis** in der Pariser Zeitung *Epoque* ohne Einschreiten des Staatsanwaltes wegen Volksverhetzung:

*"Das deutsche Volk muß ausgerottet werden."*²¹⁾

Tags darauf -- am 19. Juli 1939 -- meldete sich der kurz zuvor zur Abdankung gezwungene französisch-jüdische Ministerpräsident **Léon Blum** im *Populaire* zu Wort:

"Ich denke wie er (Kerillis), und er denkt wie ich! Die jüdischen Kammerabgeordneten Pertinax und Bloch bekennen das gleiche: Am Tage nach dem Siege muß das deutsche Volk vernichtet werden!"^{3) S. 134 + 766)}

Léon Blum war 1936 - 1938 Ministerpräsident der linkssozialistischen Volksfront, 1943 - 1945 in Deutschland interniert. Er überlebte trotz dieser bekannten Völkermord-Gesinnung als "europäischer Jude" und war 1946 erneut französischer Ministerpräsident.

Analoges hatte der langjährige Zionisten-Präsident Großbritanniens, **Lionel de Rothschild** am 22. Oktober 1939 im Gespräch mit dem Sekretär **Winston Churchill** vorzuschlagen:

*"Er empfahl als Kriegsziel, Deutschland den Juden zu überlassen und die Deutschen unter die anderen Völker dieser Erde zu verteilen."*²²⁾

Er sprach damit das aus, auf das diese Kreise seit 1919 unter Ausnutzung der Versailler Friedens- (für sie "Waffenstillstands"-) Bedingungen konsequent hingearbeitet hatten, als sie von Adolf Hitler noch gar nichts wußten.

20) Vgl. *HT* Nr. 88 S. 38 - 40.

21) C. Rooster, "Der Lügenkreis", S. 18.

22) John Collville, "Downing Street Tagebücher 1939 - 1945", Berlin 1988, S. 31. -- Vergl. *HT* Nr. 88, S. 40.

Franzosen 1942 Initiatoren

Zur Lageentwicklung in Frankreich führte Gestapo-chef **Heinrich Müller** nach dem Krieg in einem Gespräch mit einem US-Befrager aus,²³⁾ **Hitler** habe dieses Land großzügig behandelt, sowohl was den Waffenstillstand als auch die deutsche Besatzungspolitik anbelangt.

Hatten die Sowjets bereits unmittelbar nach Beendigung des Frankreichfeldzuges den französischen Kommunisten die neue Parole zur *"Kriegführung gegen die Faschisten"* ausgegeben,²⁴⁾ so nahm der von diesen Kräften ausgelöste Partisanenkrieg, beginnend mit hinterhältigen Überfällen auf einzelne deutsche Soldaten und Offiziere, immer ausgedehntere und brutalere Formen an, die insbesondere nach Ausbruch des deutsch-sowjetischen Krieges im Juni 1941 scharfe Gegenmaßnahmen herausforderten. Diese wiederum eskalierten in der Konzentrierung und Deportation der Juden, einer Maßnahme, die sowohl von der deutschen Militärverwaltung als auch den französischen Sicherheitsbehörden für notwendig erachtet wurde. Schließlich schreckte dann die unerwünscht gewesene Initiative des Pariser Polizeichefs **Darquier de Pellepoix**:

"Die Franzosen lehnten die Juden ebenfalls energisch ab und sahen in uns ein Mittel, sie loszuwerden, ... indem man sie deportierte. Dann entstand der Industriekomplex Auschwitz, und man brauchte dringend Arbeitskräfte für die Raffinerien und die Gummifabriken sowie all die kleinen Fabriken, die nach dorthin verlagert werden sollten.

Es bestand ein großer Bedarf an Arbeitskräften, glauben Sie mir, und dies setzte das Ganze in Bewegung. ... Unerwünschte Juden wurden nach Osten verbracht, um dort zu arbeiten.

Wir warben aber auch eine große Anzahl Franzosen, Belgier usw. an, die dort ebenfalls arbeiten sollten. Oh ja, es stand ihnen frei zu gehen, wenn der Arbeitsvertrag ausgelaufen war, und sie wurden für ihre Arbeit zudem gut bezahlt.

Als die ordnungsgemäße Deportation (der Juden, -- d. Verf.) erörtert wurde, trat im Juli (1942) die antijüdische Polizei auf den Plan.

Kurz zuvor erlag **Reinhard Heydrich** in Prag einem von den Briten organisierten Attentat.

Es stellte sich heraus, daß am 16. Juli die Franzosen, und ich betone nochmals die Franzosen, von sich aus die Juden in Paris zusammengetrieben und dabei

öffentliche Barbareien begangen haben. Rund 15.000 Juden wurden von der französischen Polizei ohne viel Federlesens geschnappt und in einer Fahrradrennbahn ohne Nahrung, ohne Wasser und ohne sanitäre Einrichtungen zusammengepfercht. Das Schreckliche dabei war, daß auch kleine Kinder dabei waren. Dazu kam noch, daß es der französischen Seite offensichtlich ein sadistisches Vergnügen bereitete, wahllos gebrechliche Kinder und alte Leute zu schlagen.

Dann wurde unsere Polizei davon unterrichtet, und wir konnten nun die Juden übernehmen.

Es gab keine finanzielle Unterstützung für dieses Programm, keine Transportmöglichkeiten, und die ganze Angelegenheit war furchtbar. Was mich jedoch am meisten in Wut versetzte, war die Tatsache, daß der Franzose, ein Schwein namens **Darquier de Pellepoix**, an der Spitze der anti-jüdischen Polizei von Paris, behauptete, er führe nur meine Befehle aus.

Ich ließ **Adolf Eichmann** in mein Büro kommen und setzte ihn eine Weile unter Druck. Er klagte **Heydrich** an, der tot war, und sagte, **Heydrich** habe ihm befohlen, den Franzosen bei der Deportation der Juden nach Osten zu helfen. Er schwor, er hätte keine Kenntnis von dem französischen Vorgehen gehabt und erinnerte mich an unsere Politik, einheimische Behörden zu benutzen, um uns zu helfen. Dies war richtig. Aber ich hatte dies weder persönlich angeordnet noch stillschweigend geduldet.

Ich rief also **Theodor Dannecker**, meinen Mann in Paris, an und setzte ihn unter Druck. Er drehte und wandte sich. Ich hätte im Januar gesagt, die Juden seien zu deportieren. ... Ich habe Aufzeichnungen von der dortigen Besprechung im Januar. Und da steht nichts davon, daß die Franzosen jüdische Häftlinge quälen oder daß sie kleine Kinder inhaftieren sollten.

Eichmann hatte in der Tat damit nichts zu tun, sieht man von der Tatsache ab, daß er eine Forderung nach Arbeitskräften vorgebracht hatte." ²³⁾ S. 136 - 140

Heinrich Müllers us-amerikanischer Kontaktmann wußte im wesentlichen, daß sich die geschilderten Vorgänge so verhalten haben, suchten die Alliierten doch bereits **Pellepoix** aus dem vorgenannten Grund. Jedenfalls wurden dem deutschen Gestapo-Chef deshalb keine Vorhalte gemacht.

23) Gregory Douglas, "Geheimakte Gestapo-Müller -- Dokumente und Zeugnisse aus den US-Geheimarchiven", Berg am Starnberger See 1995, S. 135 ff.

24) Vergl. *Historische Tatsachen* Nr. 14, S. 16 ff.

Zeittypisches um den "Holocaust"

Der nachfolgend wiedergegebene ganzseitige Bericht der *Stuttgarter Zeitung* vom 17. Januar 2009 -- einschließlich Film-Foto -- sei als Beispiel dafür vollständig zitiert, wie durchgängig in den bundesdeutschen und auch ausländischen Medien das Geschichtsbild über Deutschland unter Mißachtung der historischen Wahrheit und Ehre des deutschen Volkes -- "des Andenkens verstorbener Deutscher" -- unentwegt auf den "Holocaust" konzentriert wird, ohne allerdings konkretes Wissen zu vermitteln.

Man bedient sich generell der Form von zu glaubenden Erzählungen, bei denen historische Zusammenhänge, kritische Sachaussagen und längst geklärte wissenschaftliche Untersuchungsergebnisse verschwiegen, ausgeklammert werden.

Dabei ist jedem nur halbwegs Sachkundigen klar, daß diese Methode "Geschichte darzustellen", nur möglich ist angesichts der in der Bundesrepublik seit 1945 verankerten Machtverhältnisse und Strukturordnung in Verbindung mit der Getzgebung der eingesetzten Lizenzlinge. Diese Gesetzgebung stellt Sieger, Mitsieger und Deutschland unentwegt anklagende "Minderheiten" unter begünstigendes Sonderrecht. Dies geschieht trotz der Tatsache, daß das Grundgesetz für jeden Bürger eine gleiche Rechtsstellung als vorrangiges Menschenrecht verbürgt! (Art. 3 GG)

Diese Mißachtung wesentlicher Menschenrechtsgrundsätze für Deutsche noch heute vereitelt eine geistige Verteidigung des deutschen Volkes. Allein unter dem § 130 StGB wird als "Volksverhetzung" -- meist mit Gefängnis -- bestraft, wer Anklagen deutscher Kriegsverbrechen anzweifelt oder zu untersuchen fordert bzw. gar solche Untersuchungen vornimmt. Wissenschaftler und Verteidiger werden hiermit kriminalisiert und somit auch als Diskutanten in den Medien ausgeschaltet. Geistige Beiträge darf dem Journalisten, Regisseur und Politschwätzer nur liefern, der die Voraussetzungen seines genehmigten Glaubens abstützt. Solange das so ist -- und dieser Zustand hält z.Zt. an --, solange können bedienstete Journalisten, Historiker, Filmemacher und "Literaturpäpste" über das deutsche Volk und seine Geschichte herziehen wie sie wollen. Ihnen wird "Meinungsfreiheit" zugebilligt, Kritiker werden als Kriminelle abgestraft, ziumindest ausgegrenzt, boykottiert. **Keine Bundesregierung hat bisher einen das deutsche Volk vor Verunglimpfung schützenden Paragraphen im BRD-Strafgesetzbuch für nötig befunden!**

Das Ergebnis ist -- beispielhaft -- der US-Film "Holocaust" von 1979 und die Art seiner Besprechung in der *Stuttgarter Zeitung* vom 17. Januar 2009.

An der nachfolgend wiedergegebenen Besprechung des Films "Holocaust" sind folgende Feststellungen

dennoch bemerkenswert:

1.)

Der Film ist ein "Melodram", eine "Seifenoper", mit anderen Worten eine fiktive, frei erfundene Darstellung. Laut Lexikon: Schauspiel, Dichtung mit untermalender Musik. Und dies hier "mit allzu vielen Klischees."

Also: Nichts im Film hat historischen Dokumentationswert! Der im November 1938 durch die Straßen gejagte Palitz mit seinem Schild "Jude" und seiner Trommel und anschließendem Selbstmord, die jüdische Arztfamilie Weiss, der SS-Täter Dorf = alles Erfindungen frei nach Grimms Märchen! Nicht anders sind auch die schauspielerisch inszenierten "Geschehnisse" um Babi Jar bei Kiew oder auch die Spielfilm-Gaskammern "in Auschwitz" (aus Hollywood) in diesem Melodram zu bewerten. -- Es waren keine Deutschen, die sich ein solches Niveau ausgesucht haben, um "Geschichte zu vermitteln".

Selbst "Auschwitz-Kronzeuge" Elie Wiesel kommt zu dem Schluß:

"Der Film trivialisere den Holocaust, er enthält zahlreiche historische Ungenauigkeiten, ja Fehler."

"Der Holocaust sei im Melodrama nicht angemessen darstellbar, ja er sei weder begreifbar noch zu vermitteln."

Der Amerikaner Peter Novick hat ihn -- Elie Wiesel -- in bezug auf den Film "Holocaust" mit noch schärferen Vokabeln zitiert:

"Unwahr, anstößig und billig ... eine Beleidigung für die Gestorbenen und die Überlebenden ..."

"Wir sehen endlose Prozessionen von Juden, die nach Babi Jar laufen. ... Wir sehen die nackten Leiber bedeckt mit »Blut« -- und es ist alles eine Illusion." 25) S. 272

2.)

Obleich also von maßgeblichen Koryphäen zugegeben wird, daß es sich bei diesem Film durchgängig um eine erdichtete Erzählung handelt, ziehen die öffentlichen Meinungsgestalter -- so auch Journalist Marcus Sander von der *Stuttgarter Zeitung* -- "die Folgerung", der Zuschauer habe die Darstellung als Wiedergabe historischer Fakten aufzunehmen, denn "das Melodram klärt die Deutschen auf". So sei z.B. "zur Kenntnis zu nehmen", daß sich

"zahlreiche Deutsche an der Judenverfolgung beteiligt haben" und der Zuschauer sich deshalb selbst "der Verantwortung zu stellen habe",

25) Peter Novick, "The Holocaust in American Life", Boston - New York 2000; in deutsch: "Nach dem Holocaust -- Der Umgang mit dem Massenmord", Stuttgart - München 2001; -- Nachfolgende Seitenangaben beziehen sich auf die deutsche Ausgabe dieses Buches.

"Schuldgefühle und Scham beim Publikum waren die Folgen".

"Die Serie vermittelte Fakten, die vielen Bundesbürgern nicht bekannt waren."

Der Sachverhalt ist klar: Hier wird das Bewußtsein manipuliert! Eine nachgewiesene fiktive Geschichte soll der Betrachter als historische Faktennachweise auffassen!

3.)

Die Historiker haben es bis zum Jahr 2009 nicht fertiggebracht, das "Holocaust"-Geschehen überzeugend darzustellen. Die "Seifenoper" dagegen habe es geschafft, wenn auch mit erfundenen Geschichten-Erzählen, mit dem schon der langjährige Präsident des Jüdischen Weltkongresses **Nahum Goldmann** "Millionen verdiente" und viele andere diesen Stil der Geschichtsvermittlung fortgesetzt haben.²⁶⁾

4.)

Typisch für die Art der öffentlichen Bewußtseinsmanipulation ist ferner, daß in die Debatte um diesen Film keine Richtigstellungen der Fehler, Mängel und bewußten Falschdarstellungen einfließen, sondern nur "bestätigende" Hinweise auf jüdische Museen, die mit Fotos einzelner Juden, speziell jüdischer Kinder, deren behauptete "Ermordung nachweisen" würden.

Keiner dieser "Debattierer" vermüßte einen Hinweis auf die jüdischen Kriegserklärungen an Deutschland, die schon zu Beginn des Jahres 1933 **ohne jeden Anlaß und ohne jegliche Berechtigung** von England und den USA aus gegen Deutschland geschleudert wurden. Keiner beanstandete das Durcheinander von Friedens- und Kriegszeiten, fehlende politische Zusammenhänge. Keiner verlangte Redlichkeit der Darstellung, Hinweise auf die Kriegsursachen, Kriegsziele und Methoden der alliierten Kriegführung und Propaganda.

"Eine einsame Frau auf dem Bahnsteig in Hanau" in einer jüdischen Ausstellung soll das "Furchtbare" dokumentieren, was Deutsche den Juden angetan haben, während niemand von den Judea-Kriegserklärungen an Deutschland schon am 24.3.1933 oder den entsetzlichen Deportationen der 650.000 Wolgadeutschen im Juli/Au-

gust 1941 spricht, die mit ein Anlaß für Deportationen in Deutschland waren. Vergl. *HT* Nr. 35, S. 37 - 37 + Nr. 48, S. 37 ff.

Während in der Bundesrepublik selbst 60 Jahre nach Kriegsende nicht einmal eine einzige Gedenkstätte

für die 15 Millionen Heimatvertriebenen aus den deutschen Ostprovinzen und deren 3,28 Millionen Ermordete gegen und nach Kriegsende,

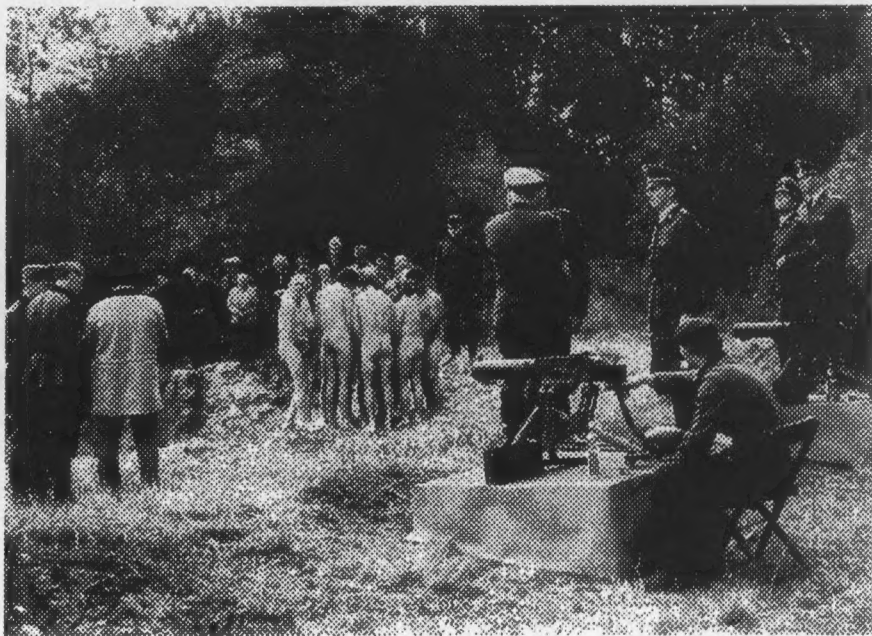
für die über 1 Million zivilen Bombenopfer,

für die zu Tode gebrachten weit über 1 Million Kriegsgefangenen und

für Hunderttausende zur Sklavenarbeit Zwangsdeportierte nach Kriegsende -- *"der größte Teil von Ihnen ist dabei verstorben"*²⁷⁾

selbst auf privatem Gelände gestattet wird, sollen Exponate der geschilderten Art in jüdischen und analogen Ausstellungen den Eindruck objektiven historischen Geschehens vermitteln und selbst gefälschte Exponate nicht angezweifelt werden dürfen?

Der Film "Holocaust", seine Nachfolgeprodukte aus Hollywood und andernorts sowie die öffentlichen Debatten darüber machen deutlich, daß sich die Bundesregierungen seit Ende der Besatzungszeit 1949 als Vollstrecker und Bewahrer des von den Alliierten in Ost und West dem deutschen Volk aufgezwungenen Geschichtsbildes verstanden haben und sich auch weiterhin in diesem Sinne betätigen.



Der Amerikaner Peter Novick bezeichnete den "Holocaust"-Film als *"Fernsehspiel"*²⁵⁾ S. 270 -- *"television-play"*.²⁵⁾ S. 210 in der US-Ausgabe. Das betrifft auch diese 1978-Szene aus Hollywood in Kalifornien/USA. In Schauspielerpose haben sich "während des totalen Krieges" auffallend viele Offiziere Zeit genommen -- z.T. sogar in Schußlinie von 2 schweren Maschinengewehren --, die beabsichtigte Erschießung einer kleinen Gruppe nackter Männer zu beraten. Erstaunlich nur, daß der Regisseur vergessen hatte, den SS-Offizieren Peitschen in die Hände zu drücken, deren sich die Polen beim Zusammentreiben und Erschießen von wehrlosen Deutschen bedienten, wie aus vielen Erlebnisberichten des Bundesministeriums der Vertriebenen hervorgeht. -- Der Gesamteindruck dieser Szene ist total unrealistisch! Die "zu erschießende Gruppe" ist zudem perspektivisch falsch in den Film einmontiert.

26) Nahum Goldmann, "Das jüdische Paradox", Köln - Frankfurt/M 1978 S. 180-

27) Bericht des Bundesarchivs vom 28. Mai 1974 mit dem Titel "Vertreibung und Vertreibungsverbrechen 1945 - 1948", Vergl.: *Historische Tatsachen* Nr. 84, S. 29.

"Ein Melodram klärt die Deutschen auf

"Jeder zweite Erwachsene in Deutschland hat 1979 die Fernsehserie »Holocaust« gesehen. Viele erinnern sich daran bis heute. Das Melodram, das den Leidensweg der jüdischen Familie Weiss erzählt, hat den Blick auf die NS-Zeit verändert.

Sie haben dem alten **Heinrich Palitz** ein Schild mit der Aufschrift »Jude« und eine Trommel um den Hals gehängt. Der Mann wird im November 1938 durch die Straßen von Berlin gejagt. Keiner hilft, nicht einmal die Polizei, als man sie ruft. **Palitz** muss die Trommel im Takt schlagen, die Meute schreit »*Juden raus!*«. In dieser Pogromnacht zerstören SA-Männer und Jugendliche Schaufenster, der Mob vernichtet **Palitz'** Antiquariat. "*Meine Bücher*", ruft der Mann, der **Heinrich Heine** liebt, „denn dort, wo man Bücher verbrennt, verbrennt man am Ende auch Menschen“. Kurz darauf bringen sich Herr und Frau **Palitz** um.

Es gibt zwei Arten, heute auf die Bilder von der Judenverfolgung zu reagieren: Man schaut weg oder hin. Wer wegschaut, der denkt vielleicht "Ich will das nicht mehr sehen". Wer hinschaut, wird das Gesehene auf seine Art betrachten. Was er fühlt und denkt, hängt auch davon ab, was man selbst erlebt hat und wie viel Empathie man sich gestattet. Immer aber ist ein Gefühl der Fassungslosigkeit mit dabei.

Die Jagd der "arischen" Nachbarn auf den jüdischen Deutschen **Palitz** ist eine Szene aus der am 22. Januar 1979 erstmals vom WDR ausgestrahlten vierteiligen TV-Serie "Holocaust". Mehr als 20 Millionen Deutsche -- praktisch jeder zweite Erwachsene -- schauten nicht weg, sondern zu. Die Wirkung des 7-stündigen Melodrams war beispiellos. Nie zuvor und nie danach haben so viele Deutsche sich so intensiv mit der Judenverfolgung auseinandergesetzt. Die Universitäten in Hamburg und Bielefeld änderten spontan ihr Programm. Seminarthema: Auschwitz. In Niedersachsen sagten Gewerkschaften Veranstaltungen ab, "*damit die Leute das sehen können, denn sonst würden die sowieso um neun verschwinden*", erklärte der DGB. Singles versammelten sich in Volkshochschulen, um "Holocaust" zu sehen. Allein konnten sie die Serie nicht ertragen.

Die dritten Programme schalteten nach der Ausstrahlung die Leitungen für Zuschauer frei. Zehntausende riefen an. Viele weinten, einige leugneten. Das griechische Wort Holocaust (zu Deutsch: Brandopfer), bis dahin ein Fremdwort, kannten nach der Serie fast alle. Sie traf den Nerv des Publikums, weil hier erstmals -- am Beispiel des jüdischen Arztes **Dr. Josef Weiss** und seiner Familie: -- die Opfer ein Gesicht bekommen. Sie waren nicht Teil einer anonymen Masse, die irgendwo "im Osten" umgekommen war. Sie waren normale Bürger, die vor aller Augen verfolgt wurden.

"Der Film hat begreifbar gemacht, dass hier nicht ein-

fach Juden in ohnehin unvorstellbarer Zahl starben, sondern Menschen"

schrrieb **Werner Birkenmaier** am 29. Januar 1979 zum Abschluss der Serie im Leitartikel der *Stuttgarter Zeitung*. Die Zuschauer litten mit der Familie Weiss mit.

Das Fernsehen schafft, was die Historiker nicht erreicht haben

Das ist die eine Seite. Andererseits zeigt die Fernsehreihe auch schonungslos, dass zahlreiche Deutsche sich aktiv an der Verfolgung der Juden beteiligt hatten. Schuldgefühle und Scham beim Publikum waren die Folgen. Wer die Serie sah, musste sich auch der Verantwortung stellen. Zudem vermittelt sie Fakten, die vielen Bundesbürgern so nicht bekannt waren. Der 22. Januar 1979 war, wie der "*Spiegel*" damals schrieb, der "*Schwarze Freitag für die Geschichtswissenschaft*". Nie wieder sind Deutschlands Historiker so gekränkt worden. Nicht ihre klugen Abhandlungen, sondern die Seifenoper des Amerikaners **Marvin J. Chomsky** erreichte, dass die Nation über Verdrängtes diskutierte. Diese Debatte wirkt bis heute nach. Immer noch geht es um die Frage, wie man von der Verfolgung und Vernichtung der Juden angemessen erzählen kann -- so, daß die Opfer, aber auch die Täter sichtbar werden..

Die Serie erzählt parallel zwei Geschichten. Eine Opfer- und eine Tätergeschichte.

"Holocaust" schildert als rührseliges Melodram mit Streichermusik, das Leiden der deutsch-jüdischen Familie Weiss von 1935 bis zu den Deportationen in die Vernichtungslager. Es erzählt zudem vom Aufstieg des SS-Mannes **Erik Dorf**.

Im Zentrum stehen die Opfer. **Josef Weiss** ist Arzt in Berlin, seine Frau **Berta** liebt **Mozart**, **Schiller**, **Beethoven** -- es ist eine in vieler Hinsicht typische deutsch-jüdische Familie. 1935 heiratet **Karl Weiss**, der älteste Sohn, die Nichtjüdin **Inga** (gespielt von **Meryl Streep**). **Inga**s arische Verwandtschaft in derselben Stadt schimpft, weil das Mädchen "ausgerechnet einen Juden" heiratet. Aus Nachbarn werden Juden -- genau das zeigt die Fernsehserie.

Viktor Klemperer, der jüdische Deutsche aus Dresden, hat in seiner erschütternden Tagebuchnotiz vom 2. Juni 1942 beschrieben, was "Judenverfolgung" für die Opfer bedeutete. Sie durften kein Radio, kein Telefon mehr haben. Juden durften kein Kino, kein Konzert, keine Leihbibliothek mehr besuchen. Sie durften keine Zigarren, keine Blumen kaufen. Sie mussten ihre Hunde, Katzen, Vögel abgeben. Irgendwann war es ihnen verboten zu emigrieren, zu leben.

So ist es auch mit der Familie Weiss. **Berta Weiss** beschwichtigt ihre Kinder mit dem Satz "*Wir werden es schon überleben*". Doch dieser Satz erweist sich als tödliche Fehleinschätzung. Der Vater darf eines Tages nur noch

jüdische Patienten behandeln; die Familie hat kaum noch Geld. Die Nachbarn brechen den Kontakt ab, lehnen Hilfe ab. Mutter **Berta** und Tochter **Anna** dürfen nicht mehr nachts auf die Straße gehen, tagsüber dürfen Juden nur mit dem gelben Stern auf die Straße. Der Film zeigt die Profiteure: Ein "arischer" Kollege übernimmt **Weiss'** Praxis und Wohnung mit dem schönen Bechstein-Flügel. Die Eltern werden mit der Familie **Levy** ins Warschauer Ghetto deportiert und in Auschwitz ermordet. Am Ende sterben alle -- außer dem jüngsten Sohn **Rudi**, der untertaucht und Widerstand leistet.

Die Serie nimmt den Zuschauer mit zu den Stätten der Vernichtung, zeigt in drastischen Bildern die Massenerschießungen in den Gruben von Babi Yar bei Kiew. Hier, in Babi Yar, ist der SS-Mörder **Erik Dorf** aktiv.

Der Schlussteil stellt die Gaskammern von Auschwitz nach. -- Darf man so etwas zeigen? Sofort meldeten sich die Antisemiten zu Wort. Der Film sei "*Brunnenvergiftung und Nestbeschmutzung*". Ein anonymes Anrufer drohte, den Vorsitzenden der Jüdischen Gemeinde, **Heinz Galinski**, zu ermorden, wenn die Serie weiter gezeigt werde.

Überlebende griffen in die Debatte ein. **Elie Wiesel**, der jüdische Schriftsteller und frühere Auschwitz-Häftling, kritisierte "*die Trivialisierung des Holocaust*". Er wies zahlreiche historische Ungenauigkeiten, ja Fehler nach und bezweifelte, daß der Judenmord im Melodram angemessen dargestellt werden könne:

"Ein Film über Sobibor ist entweder kein Film, oder es ist nicht Sobibor."

Wiesel forderte gar ein Bilderverbot: .

"Der Holocaust? Das letzte der letzten Geheimnisse. Weder zu begreifen noch zu vermitteln."

Später hat **Claude Lanzmann**, der Regisseur des 9-stündigen "Shoah"-Films, diese Position bekräftigt, indem er nur Dokumente zeigt und Zeitzeugen sprechen lässt.

Eugen Kogon verteidigt die Serie gegen Kritik.

Damals widersprach **Eugen Kogon** -- der Autor des Bestsellers "Der SS-Staat" -- und einst selbst KZ-Häftling in Buchenwald -- **Wiesel**. Zwar räumte er ein, dass es im Spielfilm peinlich-sentimentale Szenen gebe, doch: "*die innere Wahrheit der Geschichte, wird dadurch nicht verfälscht*". Der Film führte zu Sternstunden der bundesdeutschen Debatte. Höchste Standards setzte beispielsweise **Gerhard Mauz**, der 1963 als Gerichtsreporter über die Auschwitz-Prozesse in Frankfurt berichtet hatte. Er schrieb am 29. Januar 1979:

"Die einzelnen Schicksale sind verdrängt worden. Spätestens seit dem Ende des ersten Auschwitz-Prozesses hat man nur noch mit dem Kopf aufgeklärt."

Will heißen: Ohne Emotionen, ohne Personalisierung und Zugeständnisse an den Massengeschmack kann Geschichtsbewältigung nicht gelingen. **Roderich Reifenrath** argumentierte ähnlich in der *Frankfurter Rundschau*:

"Die Serie sei eine Initialzündung für eine Welle von Scham, Entsetzen, Mitleid, Zorn und Tausenden von Fra-

gen."

Die Historiker mussten einsehen, dass sie am Publikum vorbeigeschrieben hatten. **Martin Broszat** bemerkte selbstkritisch, dass einerseits bisherige Studien "*in aller Regel nicht die jüdische Erlebnis- und Verhaltensgeschichte*" gezeigt hätten. Andererseits gehe die sachlich-kühle Darstellung der Historiker an den Bedürfnissen der Deutschen vorbei. Damit meinte er auch Studien seines Münchner Instituts für Zeitgeschichte. Wer hatte sie gelesen? Offenbar kaum einer, wie die unwissenden Fragen vieler Deutscher zeigten.

Die Opfer blieben Tabu -- bis die Serie kam. Die deutschen Theater waren zwar voll, als 1961 **Rolf Hochhuths** Theaterstück "Der Stellvertreter" und 1963 **Peter Weiss'** "Ermittlung" gespielt wurden, allerdings konzentrierten sich diese Stücke auf die Täter.

So war die "Holocaust"-Fernsehserie trotz ihrer ästhetischen Mängel ein Glücksfall. Vieles geriet in Bewegung. Später folgten weit anspruchsvollere Filme: "Shoah", "**Schindlers Liste**", "Der Pianist". Es entstanden Standardwerke zu den NS-Mördern, die der Mehrteiler "Holocaust" mit allzu vielen Klischees dargestellt hatte. **Ernst Klees** Bücher über die "furchtbaren" Mediziner, Psychiater, Juristen haben viele Hunderttausend Menschen erreicht. Und immer wieder ging es in den großen erinnerungspolitischen Debatten, beispielsweise im "Historikerstreit" von 1986 um den Ort der NS-Verbrechen in der deutschen Geschichte. Diese Debatten haben gezeigt, dass Deutschland bereit ist, seine Verbrechen selbstkritisch aufzuarbeiten. Auch deshalb wuchs die internationale Anerkennung für die Bundesrepublik.

Die Debatte über die Serie mag an Aktualität eingebüßt haben. Die Frage aber nach der pädagogischen Vermittlung des Holocaust ist geblieben. Wie bringt man jungen Deutschen die Lehren aus der Geschichte nahe? Dieses Problem ist heute, da die letzten Zeitzeugen sterben, noch drängender. Zur Zeit arbeitet der renommierte Holocaust-Forscher **Saul Friedländer** an neuen Ansätzen einer integrativen Gesamtgeschichte, die Täter und Opfer zugleich sichtbar macht. Er wolle "*das ursprüngliche Gefühl der Fassungslosigkeit bewahren*", schreibt **Friedländer**, selbst ein Überlebender. Indem er in seinen Büchern immer wieder die Stimmen und Leiden der Verfolgten (durch Tagebuchauszüge, Briefe, Memoiren) sichtbar macht, bietet er dem Leser jene Möglichkeiten eines emphatischen Zugangs zum Thema, die schon die "Holocaust"-Serie, freilich mit anderen, einfacheren Mitteln eröffnet hat.

Die Geschichten von Einzelnen machen Geschichte plastisch

Die Frage nach der Vermittlung des Holocaust stellt sich auch in den Schulen und Museen. In Prag, in der von deutschen Schulklassen vielbesuchten Pinkas-Synagoge in der Josefstadt, hat das Jüdische Museum fast 78.000 Namen an die Wände geschrieben: die Namen der tschechischen und slowakischen Juden, die zur Zeit der deutschen Besatzung ermordet wurden. Oben, in einer Ausstellungsvi-

trine, sehen wir die Zeichnungen der Kinder aus dem Ghetto Theresienstadt: *"Some of us -- einige von uns"*, steht dort geschrieben. Wir sehen das Gesicht des 16 Jahre alten **Peter Ginz** und ein Foto von **Ivo Leo Katz**, der ebenfalls ermordet wurde. Er wurde nur 9 Jahre alt. Alle Holocaust-Museen arbeiten heute mit der Personalisierung: Das Museum Oswiecim (Auschwitz) erzählt in einer eigenen Ausstellung die Lebensgeschichten der verfolgten Sinti und Roma, die auch im "Holocaust"-Film erwähnt werden. In sowjetischer Zeit war das Thema unerwünscht.

"Entscheidend kommt es jetzt darauf an, den Erfolg des Films, die nun geweckte Neugierde lebendig zu halten,"

schrrieb **Werner Birkenmaier** in seinem Leitartikel. Notwendig ist, daß die Geschichten, die vom Leid des Einzelnen erzählen, in den historischen Zusammenhang eingebettet werden. Dies gelingt zum Beispiel der Ausstellung in der Berliner Wannsee-Villa mustergültig in ihrem Abschnitt zu

den Deportationen. Die Schau kontrastiert die zynische Tätersprache der Wannsee-Konferenz von 1942, auf der bei Cognac und Kaminfeuer die "Endlösung" geplant wurde, mit den Zeugnissen und Fotos der Opfer. Wir sehen auf einem Foto eine Frau allein auf dem Bahnsteig in Hanau stehen. Als die deutschen Juden aus Eisenach deportiert wurden, gingen sie an einem Kiosk vorbei -- Nachbarn schauten vom Straßenrand aus zu. Auch solche Szenen sieht man in der Serie von 1979. Damals fragte ein Zuschauer: *"Wo war der Mensch, wenn schon kein Gott ist?"*.

Die DVD "Holocaust -- die Geschichte der Familie Weiss" ist bei Amazon, de im Internet erhältlich. Die Debatte ist dokumentiert in dem bei **S. Fischer** erschienenen Buch von **Peter Märtersheimer** und **Ivo Frenzel**: "Im Kreuzfeuer: Der Fernsehfilm Holocaust".

Stuttgarter Zeitung, 17. Januar 2009

Kronzeuge Elie Wiesel

Es ist gewiß als Glücksfall der Geschichte zu bezeichnen, daß ein jüdischer Überlebender von Auschwitz, der

a) nachweislich in Auschwitz-Birkenau inhaftiert war und wer weiß wie *"gelitten habe"*, sogar im dortigen Lazarett in sauberen Verhältnissen gelegen hatte und erfolgreich operiert wurde, der

b) 1944 als 17-Jähriger erwachsen genug war, um mit wachen Augen das dortige Lagerleben zu beobachten, der

c) bei Anrücken der Roten Armee 1944/1945 mit seinem Vater von der Lagerführung vor die Wahl gestellt worden war, sich von den Sowjets in Auschwitz befreien zu lassen oder sich einer Evakuierung nach Buchenwald anzuschließen, sich freiwillig auf den Weg *"in das Land der Mörder"* begeben hat und dort gut angekommen ist, der

d) nach Kriegsende in den USA maßgebender Sprecher des internationalen Judentums für "Holocaustfragen" wurde, der

e) Zugang zu höchsten US-Regierungskreisen bekam -- siehe Foto, das **Elie Wiesel** bei US-Präsident **Ronald Reagan** zeigt (*HT* Nr. 38, S. 23) --, auch begleitete er Präsident **Barack Obama** am 5. Juni 2009 nach Buchenwald. freilich nicht, um der 50.000 deutschen Opfer sowjetischer Herrschaft zu gedenken, der

f) 1968 die Judenheit aufforderte:

"Jeder Jude sollte irgendwo in seinem Innern eine Zone des Hasses -- des gesunden männlichen Hasses bereithalten für das, was der Deutsche personifiziert und was in dem Deutschen weiterbesteht. Etwas anderes zu tun wäre Verrat an den Toten" ²⁸⁾

der

g) 1986 auch auf Vorschlag von 83 Bundestagsabge-

²⁸⁾ Elie Wiesel, "Legends of our Time", New York 1968, S. 177 ff. Avon Books.

ordneten in Bonn -- als *"herausragende Stimme des Weltgewissens"* gefeiert -- den Friedensnobelpreis erhielt, sozusagen als Superzeuge handfeste Belege in Fülle über das Geschehen in Auschwitz der Welt übermitteln kann.

Elie Wiesel trat als Vorzugsredner mit hohem Gehalt auf, konnte aber auch schreiben. Seine Erinnerungen sind in jiddisch (1956), französisch (1958),²⁹⁾ 1962 in deutsch³⁰⁾ und 1986 in englisch erschienen.

Erstaunlicherweise ist in in den beiden ersten Ausgaben über seine Häftlingszeit in Auschwitz von Gaskammern nichts zu finden, dafür von

"gewaltigen Flammen aus einer Grube, nicht weit von uns entfernt. Man verbrannte dort kleine Kinder, Säuglinge." ^{29) + 30) S. 57}

Der Superzeuge hat hier etwas "gesehen", was physikalisch nicht möglich und in Auschwitz auf Grund des dortigen hohen Grundwasserpegels zusätzlich unmöglich ist: Verbrennung von Leichen in Gruben bei *"gewaltigem Feuerschein"*.

Elie Wiesel "bezeugte" weiter: Die Deutschen hätten die Juden ausgerottet, indem sie diese in Kohlefeuer und Glutöfen gestürzt hätten. Wie, wann, wo, in welcher Anzahl sie das gemacht haben sollen, und wie er -- der 17-jährige **Elie Wiesel** -- dies überlebt und beobachtet habe und weshalb er jegliche näheren Einzelheiten verschwie, erklärte dieser Superzeuge allerdings nicht. Er stellte sich keinem Kreuzverhör und frischte auch später seine Erinnerungen nicht auf.

Noch etwas Erstaunliches: In der deutschen Fassung seines Buches wurde 13 mal das französische Wort *"crématoire"* (Krematorium) mit *"Gaskammer"*

²⁹⁾ Elie Wiesel, "La Nuit", Paris 1958.

³⁰⁾ Elie Wiesel, "Die Nacht", Gütersloh 1962 + 1980.

³¹⁾ Rolf Kosiek + Olaf Rose (Hrsg.), "Der große Wendig", Tübingen 2006, Bd. 2, S. 160 - 164. -- Vergl Ernst Gauss, "Grundlagen zur Zeitgeschichte -- Ein Handbuch über strittige Fragen des 20. Jahrhunderts", Tübingen 1994, S. 107 ff.

übersetzt, in der späteren englischen Ausgabe waren Krematorien wieder Krematorien.³¹⁾

*"Daß in der deutschen Ausgabe auch von Wiesel für Buchenwald Gaskammern ausgegeben wurden, die nachweislich nicht existiert haben, rundet die Sache ab."*³¹⁾

Wie es mit seinen Lehrsätzen weiterging, schilderte aus New York Norbert Finkelstein:

"Peter Novick hat diese Mystifizierung – der Holocaust sei einzigartig und unerklärlich – »Heiligsprechung des Holocaust« getauft, und Elie Wiesel ist ihr erfahrester Fürsprecher. Für Wiesel ist der Holocaust ... eine »Mysterienreligion«. So intoniert Wiesel, daß der Holocaust »in die Finsternis führt«, »alle Antworten verweigert«. »außerhalb, wenn nicht jenseits der Geschichte liege«. »sich dem Wissen wie der Beschreibung widersetzt«, »nicht erklärt oder bildlich vorgestellt werden kann«, »niemals zu erfassen oder zu vermitteln« sei, eine »Zerstörung der Geschichte« und eine Veränderung im kos-

mischen Maßstab markiere.« »Nur der Priester-Überlebende (sprich: Wiesel) ist geeignet, sein Mysterium zu errahnen.« Und doch ist das Mysterium des Holocaust wie Wiesel bekennt, »nicht zu vermitteln«; »wir können noch nicht einmal darüber sprechen«.

Folglich trägt Wiesel in seinen Reden für das Standardhonorar von 25.000 Dollar (plus Limousine mit Chauffeur) vor, daß das »Geheimnis« von Auschwitz »Wahrheit im Schweigen liegt«. ...

*Und wer diesen Holocaust mit den Leiden anderer vergleicht, begeht für Wiesel »absoluten Verrat an der jüdischen Geschichte.«"*³³⁾

Es versteht sich von selbst, daß Finkelstein seine Wiesel-Zitate konkret im einzelnen belegt.

Schließlich sei die Elie Wiesel Predigt nicht vergessen:

»Jeder Überlebende hat mehr zu sagen als alle Historiker zusammen, was geschehen war!«³⁴⁾ S. 261

5 - 7 Millionen Wiedergutmachungsanträge bereits 1985

Schreiben des Bundesfinanzministeriums

vom 18. September 1985 (Az. VI A 4 - 0 1478 - 1 4/85):

Betr.: Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts:

hier: Leistungen an Israel.

Bezug: Ihr Schreiben vom 3. September 1985

Sehr geehrter Herr Laska,

Auf Ihr Schreiben vom 4. September 1985 darf ich Ihnen zur Ergänzung einen Abdruck der Wiedergutmachungs-Übersicht nach dem Stande vom 1. Januar 1985 übersenden. Darin finden Sie auf Seite 2 (rot kenntlich gemacht) auch Hinweise auf die Zahl der bis zum 1. Januar 1985 gestellten Anträge.

Allein nach dem Bundesentschädigungsgesetz und dem Bundesrückerstattungsgesetz sind es zusammen weit über 5 Millionen. Hinzuzurechnen sind außerdem alle Anträge, die im Rahmen einstiger Wiedergutmachungsanträge -- beispielsweise nach den Entschädigungsgesetzen der einzelnen Bundesländer -- gestellt worden sind; insgesamt wird man wohl von 5 bis 7 Millionen Anträgen ausgehen können. Mit freundlichen Grüßen Im Auftrag Oldenburg"³²⁾

Einem anderen Schreiben aus dem Bundesfinanzministerium war zu entnehmen:

"Die Zahl der Antragsteller ist statistisch nicht erfaßt. Sie ist nicht identisch mit der Zahl der gestellten Anträge, weil nach Mitteilung der für die Durchführung des BEG (Bundesentschädigungsgesetz) zuständigen Bundesländer jeder Anspruchsberechtigte im Durchschnitt mehr als einen Antrag gestellt hat. Die genaue Zahl der von jedem Antragsteller geltend gemachten Ansprüche ist nicht zu ermitteln."

Staatlich verfügtes Geschichtsbild

"Geschützt wird durch das Verbot der sogenannten Auschwitz-Lüge ein Rechtsgut, das in der Rechtsgeschichte demokratischer Staaten bis dahin aus guten Gründen unbekannt war: das staatlich verfügte Geschichtsbild. ... Doch der Wahrheit des Holocaust ist nicht gedient, wenn sie im Strafgesetzbuch steht. ... Es dient ihr nicht, wenn sie geglaubt werden muß, nicht weil sie unwiderleglich, sondern weil sie befohlen ist."

Christian Bommarius, Journalist, *Berliner Zeitung*, 27.4.2004

33) Norman G. Finkelstein, "Die Holocaust-Industrie" München 2001, S. 53 - 54.

34) Peter Novick, "The Holocaust in American Life", Boston - New York 2000; in deutsch: "Nach dem Holocaust -- Der Umgang mit dem Massenmord", Stuttgart - München 2001; -- Seitenangaben beziehen sich auf die deutsche Ausgabe dieses Buches.

32) Faksimile dieses Schreibens in HT Nr. 49, S. 35. Zum Thema vergl. auch HT Nr. 86, S. 36 - 37 + Nr. 94, S. 24 + 28.

Weitere Anträge von der Jewish Claims Conference

Rückerstattung von Vermögenswerten ohne besondere Nachweise?

Die 1951 in New York gegründete Jewish Claims Conference (JCC) hat es an Einfallsreichtum nicht fehlen lassen, immer wieder neues Geld vom deutschen Fiskus zu fordern. Die inzwischen so unterschiedlich formulierten Titel mit oder ohne Zustimmung behaupteter in der NS-Zeit "Geschädigter" oder Erbensprüche erbenlos Verstorbener usw. haben die Summe der vom deutschen Volk bisher geleisteten Wiedergutmachungszahlungen mit Hilfe der Bundes- und Länderregierungen unüberschaubar gemacht, ganz abgesehen von Nachzahlungen für unterschlagene Gelder wie im Fall des langjährigen Zentralratsvorsitzenden **Werner Nachmann** (mehrere Millionen DM), damit die Opfer nicht darunter leiden müssen.³⁵⁾

Von deutschen Opfern oder Geschädigten der jüdischen Kriegserklärungen war in keinem Fall die Rede. Auch war keine Rede davon, warum die Kommunisten, in deren Machtbereich der beste Überblick über das möglich war, was während der Kriegsjahre in Polen, der Ukraine, Weißrußland, im Baltikum und Rußland geschehen ist, sich stets geweigert hatten, die jüdischen Behauptungen und Forderungen anzuerkennen!

Ganz anders verhielten sich die bundesdeutschen Gesetzgeber und Gerichte. Sie erwiesen sich stets als schuldbeladene Vollstrecker der dem deutschen Volk auferlegten "Kollektivverantwortung" und sorgten da-

für, daß Hinterfragungen mit Gefängnis bis zu 5 Jahren bestraft werden (§ 130 StGB).

Nach der sog. "Wiedervereinigung" regelte das Vermögensgesetz die Entschädigung jüdischer Vermögensverluste -- hauptsächlich von den Kommunisten verstaatlichter Immobilien -- im Gebiet der aufgelösten "DDR" an die JCC auch in Fällen, in denen ehemalige Eigentümer oder Erben nicht mehr auffindbar sind. Die JCC machte über 100.000 derartige Ansprüche geltend, Das Bundesamt für zentrale Dienste und offene Vermögensfragen (BaDV) ist immer noch damit befaßt. Dem durch die Bodenreform der sowjetischen Besatzungsmacht geschädigten deutschen Bürger ist eine solche Fürsorge bekanntlich nicht zuteil geworden. Er blieb "dank" Bundeskanzler **Helmut Kohl** und CDU-Parteifreund Bundesverfassungsrichter **Roman Herzog** enteignet.³⁶⁾

Am 7. April 2008 beklagte die **Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ)**, daß die Öffentlichkeit weder über die Verfahrensweisen noch die Entschädigungssummen unterrichtet worden ist, die auf Grund dieser Sachlage der JCC inzwischen bereits zugeflossen sind. Untergründig verlautete, daß die JCC mit dieser Aktion bereits 3.500 Grundstücke unterschiedlichster Größe im Wert von 4 - 5 Milliarden Dollar übernommen hat. Die **FAZ** fand es befremdlich, daß die Öffentlichkeit hierüber von keiner Seite mit irgendwelchen Einzelheiten bekanntgemacht wurde.³⁷⁾

Beihilfen erhöht, aber nicht für deutsche Kriegsoffer

Einst unter deutscher Herrschaft gewesene jüdische Kriegs-Überlebende -- bezeichnet als "Holocaust"-Überlebende --, die heute noch in 22 Ländern Mittel- und Osteuropas leben, erhalten ab Januar 2010 höhere monatliche Beihilfen, Hierzu hat sich die Bundesregierung am 19. März 2009 gegenüber der "Conference on Jewish Material Claims Against Germany" (JCC) verpflichtet. Die Erhöhung soll 60 Millionen Euro binnen 10 Jahren betragen. Wie hoch solche Beihilfen überhaupt sind, erfuhr der mündige souveräne Bürger nicht. 13.000 Leidenden soll damit geholfen werden.

Die Gelder sollen dem Mittel- und Osteuropafonds (CEEf) entnommen werden. Die Übersicht an deutschen Zahlungen für solche Personen wird dadurch gewiß nicht erleichtert, sondern eher verschleiert.

Derart Überlebenden in Nicht-EU-Ländern wird 31% mehr gewährt, jenen in den EU-Ländern = 11%.

Im übrigen können Zweit-Anträge im Falle von persönlicher Lageverschlechterung (z.B. auch Gesundheit) gestellt werden. Hier rechnet man mit mehreren zehntausend Anträgen: aus Israel, Nordamerika und der Bundesrepublik.³⁸⁾

Man erinnere sich der Angaben des Bundesfinanzministeriums vom Oktober 1998, denenzufolge bereits 200 Milliarden D-Mark Wiedergutmachung an jüdische Organisationen gezahlt worden waren.^{38a)}

Man erinnere sich auch der **BRD-Staatsschulden in Höhe von 1.150.661.007.869,-- und an den Schuldenzuwachs pro Sekunde von 4.439 €**^{38b)}

36) Vgl. *Historische Tatsachen* Nr. 86, S. 34 f.

37) *Deutsche Nationalzeitung*, München 25.4.2008

38) *UN(Unabhängige Nachrichten)*, Oberhausen, April 2009, S. 10.

38a) Vgl. *HT* Nr. 86, S. 36.

38b) Schuldenuhr am Büro des Bundes der Steuerzahler vom 15.1.2009, übertragen im Internet; vgl. *UN (Unabhängige Nachrichten)* 1/2009, S. 12.

35) Vgl. *Historische Tatsachen* Nr. 93, S. 20.

Für das Wiedergutmachungsarchiv: "Staatliche Zuschüsse an jüdische Gemeinden" in Bayern jährlich 500.000 Euro mehr

Die Bundesländer haben mit den Landesverbänden des Zentralrats der Juden in Deutschland Staatsverträge abgeschlossen, die das BRD-Verhältnis mit den jüdischen Gemeinden sowie jeweilige Subventionen für die Kultusgemeinden aus den Länderkassen regeln. Die jährlich bereits erheblichen Zuschüsse aus den BRD-Steuerkassen dienen nur den laufenden Ausgaben der jüdischen Gemeinden. Neubauten und Renovierungen von Synagogen oder Gemeindezentren werden gesondert bezuschußt, zuweilen bis zur kompletten Übernahme der Gesamtkosten.

Die "mainstream"-Presse pflegt über die unentwegte Alimentierung der jüdischen Gemeinden, ja deren sozusagen "turnusmäßige" Aufstockung, seltensamerweise unisono kommentarlos hinwegzugehen.

So hat der bayerische Landtag im Februar 2009 einer Änderung des Vertrags zwischen dem Freistaat Bayern und dem Landesverband der israelitischen Kultusgemeinde in Bayern zugestimmt. Artikel 1 Absatz 1 der neuen Version lautet nun:

,"(1)

Zur Erhaltung und Pflege des gemeinsamen deutsch-jüdischen Kulturerbes und zur Aufrechterhaltung jüdischen Gemeindelebens in den Israelitischen Kultusgemeinden Bayerns beteiligt sich der Freistaat Bayern an den laufenden Ausgaben für religiöse und kulturelle Zwecke mit 4.250.000 €

im Haushaltsjahr 2008,

mit 4.750.000 € im Haushaltsjahr 2009,

mit 5.250.000 € im Haushaltsjahr 2010,

mit 5.750.000 € im Haushaltsjahr 2011,

mit 6.250.000 € im Haushaltsjahr 2012,

mit 6.750.000 € im Haushaltsjahr 2013 und

mit 7.000.000 € ab dem Haushaltsjahr 2014."

Von 2008 bis 2013 schütten somit der arbeitsame bayerische Steuerzahler jährlich "stillschweigend" 500.000 € dazu, im Jahr 2014 weitere 250.000 Euro. Insgesamt erhält der Landesverband der Israelitischen Kultusgemeinden in Bayern von 2008 bis 2014 somit 40 Millionen Euro aus der Steuerkasse.

Der im Jahr 2014 auszahlende Betrag bedeutet eine Leistungssteigerung von rund 65% gegenüber dem



Den jeglichen Eigentums beraubten Vertriebenen, die unter diesen und ähnlich erbärmlichen Bedingungen noch in Deutschlands verbliebene Gebiete gelangten und nicht zu den 3,28 Millionen Ermordeten anlässlich der Vertreibung aus den deutschen Ostprovinzen gehörten, blieb Rückerstattung ihrer Vermögenswerte verweigert. Ihr Leid wurde der Vergessenheit anheimgegeben, ihnen nicht einmal eine Gedenkstätte genehmigt. — Foto vom Januar 1945 aus dem schlesischen Kreis Brigg

Jahr 2008. Keine der zahlreichen Gewerkschaften, die vorgeben, sich so sehr für die Gleichbehandlung und gerechte Lohnzahlung für die Arbeitnehmer einzusetzen, hat zu diesem seltsamen "Lohnausgleich" bisher das Wort ergriffen, nicht einmal nach den Begründungen für diesen "Deal" zum Nachteil für den deutschen Arbeitnehmer gefragt.

Wiedergutmachung ohne Ende?

Angeblieh abschließende Vereinbarungen zwischen der Bundesrepublik und jüdischen Organisationen oder Israel über deutsche Wiedergutmachungsleistungen gab es schon viele, doch erwiesen sie sich auf Grund stets neuer Forderungen als unzureichend.

"So wunderte es auch nicht, daß **Stephan Kramer**, Generalsekretär des Zentralrats der Juden in Deutschland, anlässlich des Holocaust-Gedenktages im Januar die Bundesregierung mahnte, es müßten noch »alle offenen Fragen des Entschädigungsrechts ernsthaft geprüft« werden, um das Thema »abschließend zu beantworten«.

Der Ruf blieb nicht ungehört. Schon im März werden sich Vertreter des Bundesfinanzministeriums und der Jewish Claims Conference (JCC) zu entsprechenden Verhandlungen in Berlin treffen. Als JCC-Verhandlungsführer wird der amerikanische Politiker **Stuart E. Eizenstat** auftreten, dem es unter anderem ohne Mühe gelungen war, der Bundesrepublik eine 5 Milliarden Euro umfassende Entschädigung für NS-Zwangsarbeiter abzurufen." ³⁹⁾

39) Deutsche Nationalzeitung, München, 6. März 2009, S. 5.

Im Ausland berechnete Zahlen jüdischer Überlebender

Die Zahl der Juden, die den Krieg überlebt haben, ist zweifellos nicht genau zu ermitteln, einmal, weil es keine neutrale länderübergreifende Statistik gibt, viele Juden nicht als Juden, sondern als Angehörige eines europäischen Volkes erfaßt wurden, viele ihre Namen geändert haben oder in den großen Wirren der Jahre 1945/46 irgendwohin ausgewandert sind. Dennoch sind große Zahlen von überlebenden Juden aus Rußland, Polen, Deutschland, Ungarn und anderen, auch westeuropäischen Ländern, vielfältig belegt, so daß von einer *"Ermordung der europäischen Juden"* keine Rede sein kann.

Während Frank Stern auf *"100.000 jüdische KZ-Überlebende aus allen europäischen Ländern, davon 53.000 im besetzten Deutschland und Österreich"* verweist,⁴⁰⁾ S. 84 bestätigt der langjährige Präsident des Jüdischen Weltkongresses Nahum Goldmann

*"600.000 jüdische KZ-Überlebende, die kein Land aufnehmen wollte".*⁴¹⁾

Hohe Offiziere der US-Army gaben im Juni 1946 der Öffentlichkeit gegenüber ihrer Befürchtung Ausdruck, daß sie sich -- da täglich 10.000 Juden aus dem Osten in die US-Besatzungszone einströmen -- auf ein Problem mit 3 Millionen jüdischen Immigranten gefaßt machen müssen.⁴²⁾ Ein von England und den USA eingesetztes "Untersuchungskomitee für das europäische Judenproblem" ging 1945/46 von 800.000 allein in Polen lebenden Juden aus.⁴³⁾

Allein aus den Auschwitz Lager gab es (allerdings nicht nur Juden) 223.000 Überlebende und nicht nur die hier erwähnten *"7.000 + Zehntausende"*.⁴⁴⁾

Der amerikanische Historiker Walter Sanning fand nach eingehenden Untersuchungen heraus,

**daß in den von deutschen Truppen besetzt
gewesenen Ländern Osteuropas 2,4 Millionen
Juden überlebt haben müssen und daß**

**zusätzlich in der Sowjetunion mindestens 4,7
Millionen Juden wiedergefunden wurden.**⁴⁵⁾

Die in Tel Aviv erscheinenden *Israel Nachrichten* vom 22. April 1993 zitierten das demographische Zentrum des russischen Parlamentes, demzufolge

**in den GUS-Nachfolgestaaten der UdSSR, 5
Millionen Juden leben würden, "weitaus mehr als
früher von Israel geschätzt", und dies trotz einer
erheblichen Emigration in den Jahren zuvor nach
Israel und in andere Länder.**

**"Mehr als ½ Million Juden sind bisher aus
den Nachfolgestaaten der Sowjetunion
ausgewandert."**⁴⁶⁾

Man vergleiche hiermit die Entschließung des Jüdischen Weltkongresses vom September 1961, derzufolge

**"heute in Rußland über 3 Millionen Juden
leben".**⁴⁷⁾

Es waren somit erheblich mehr.

Die israelische Zeitung *Yedioth Hayom* schrieb etwa zum selben Zeitpunkt:

*"Das Statistische Amt in Warschau hat ausgerechnet, daß 8 Millionen Polen im Ausland leben, darunter befinden sich 2 Millionen Juden."*⁴⁷⁾

Weitere Vergleiche wären angebracht.

Immerhin ist die Untersuchung Frank Stern's aus Tel Aviv, die sich unter vielem anderen auch auf die Akten des Office of Military Government for Germany (U.S.) (OMGUS) stützt, beachtlich im Hinblick auf zahlreiche bisher nicht bekannte Einzelheiten für die Gesamtheit der Judenpolitik des Dritten Reiches.

Bei diesen bekannt gewordenen Übersichten fällt ein gemeinsames Merkmal auf: Mit Ausnahme von Militärverlusten werden jüdische Kriegsoffer verschwiegen, die gleichermaßen wie alle anderen Menschen Bombenterror und Vertreibung, Epidemien oder sonstigen Kriegsfolgen erlagen. Stets wurden diese deutscher Verbrechenstatistik zugeordnet, weitgehend ebenso die natürlichen Todesfälle. Niemand hat bisher in dieser Beziehung eine ehrliche Bilanz versucht!

45) Walter Sanning, "Die Auflösung des osteuropäischen Judentums", Tübingen 1983, S. 158 + 242 + *Weltbild*, Augsburg, 15. April 1994, Nr. 9, S. 21.

46) *Deutsche Nationalzeitung*, München 27.1.1995, S. 1.

47) *Deutsche Soldatenzeitung*, München 26.1.1962, S. 3.

40) Frank Stern, "Im Anfang war Auschwitz -- Antisemitismus und Philosemitismus im deutschen Nachkrieg", Gerlingen 1991, Schriftenreihe des Instituts für Deutsche Geschichte Nr. 14, Universität Tel Aviv, S. 15.

41) Nahum Goldmann, "Das jüdische Paradox", Köln - Frankfurt/M 1978, S. 263 + 170.

42) AP -- Pressedienst, 23. Juni 1946.

43) Keesing, "Archiv der Gegenwart", 15. Februar 1946, S. 651 B.

44) Franciszek Piper, "Ilu ludzi zginelo w KL Auschwitz?", Wydawnictwo Panstwo-
wego Muzeum w Oswiecimiu 1992, S. 123. + *Gazeta Wyborcza*, Zeitung der
Solidarnosc, deren Chefredakteur der jüdische Historiker Adam Michnik ist. Vgl.
The Washington Times v. 17. Juli 1990 + *Süddeutsche Zeitung*, Nr. 164,
19.7.1990, S. 8.

Wieder ein gefälschtes "Foto"



Unter dem Titel : *"So spricht man mit Nazis -- die Demaskierung eines Staatsfeindes"* verwendete **Michel Friedman** in seinem Interview mit **Horst Mahler** -- veröffentlicht in der Zeitschrift *Vanity Fair*, Nr. 45, November 2007, S. 87 das obere, mit Retusche zusammengestellte "Foto" angeblicher -- seltsam ähnlich aussehender -- "Häftlinge aus Mauthausen". Der Vergleich mit einem Originalfoto (unten) enthüllt auch ohne viel Erklärungen die plumpe Machart der Fälschung: Alle Köpfe sind "kunstvoll" mit gleichartig schwarzem "Schatten"-Dreieck aufgesetzt, die Augen durchgängig schwarz, schwarze scharfe Schattenabgrenzungen, überall, unterschiedliche Schattenführungen an den Beinen, unwirklich schwarze Hintergrundpartien.



Eine Lüge weniger

Ich bin Leser Ihrer *Historischen Tatsachen* in denen das Thema "Euthanasie" schon des Öfteren behandelt wurde. Ich vermißte jedoch bisher die Namen aller Anstalten, die in das Euthanasie-Programm der Nationalsozialisten einbezogen gewesen sein sollen. Über die Anstalten in Ostdeutschland und den Provinzen Westpreußen und Posen hat das Bundesarchiv in Berlin, von einem polnischen Historiker, eine Namensliste erstellen lassen, die man im Internet einsehen kann.

In ihr fand ich, zu meiner Überraschung, auch das Krankenhaus meines Heimatortes Kostenblut, Kreis Neumarkt in Schlesien. Der Ort hatte knapp 1.000 Einwohner. Das Krankenhaus war eher ein Pflegeheim, wurden doch dort nur Patienten eingeliefert, die keine häusliche Pflege hatten. Wer ernstlich krank war, kam nach Neumarkt ins Krankenhaus.

Davon, daß im Krankenhaus Kostenblut Euthanasie-Maßnahmen durchgeführt worden seien, hatte ich nie etwas gehört. Sofort angestellte Nachforschungen bei anderen Kostenblutern ergaben, daß niemand jemals etwas darüber gesehen oder erfahren hat. Weder vor noch nach dem Krieg.

Daraufhin habe ich das Bundesarchiv angeschrieben und um Auskunft gebeten, welche Beweise darüber vorlägen. Man antwortete mir, das Standesamt Kostenblut

habe Todesfälle beurkundet. Ich bat, man möge mir bitte die Namen der Opfer mitteilen. In seiner Antwort teilte das Bundesarchiv mir mit, man habe eine Namensliste angefordert, aus der ginge jedoch nicht hervor ob es sich um normale Todesfälle gehandelt habe oder um Euthanasie-Opfer. Man werde den Namen "Kostenblut" aus der Liste streichen. Das ist auch geschehen.

Angesichts der Tatsache, daß die Forschungsergebnisse heutiger Historiker im Allgemeinen und die Polnischer im Besonderen mit äußerster Vorsicht zu genießen sind, hätte das Bundesarchiv besondere Sorgfalt walten lassen müssen. Allein schon die Namensfülle hätte Verdacht erregen müssen. Blind einem polnischen Historiker zu vertrauen, war eine grobe Fahrlässigkeit! Ich bin davon überzeugt, daß von denen (in dieser Liste aufgeführten Namen) 80% erlogen sind. Vielleicht ist das eine Anregung, der Sache einmal nachzugehen. Die Liste findet man im Internet unter dem Stichwort "Quellen zur Geschichte der Euthanasie-Verbrechen 1939-1945 in polnischen Archiven".

Bernhard Kaiser

10. März 2009

Glückspilz: Gaskammer-Termin geplatzt

Hermann Rosenblat hat KZs und Ghettos und Theresienstadt erlitten; dann das große Erlebnis in Buchenwald: Am 10. Mai 1945 um 10 Uhr morgens, so hatten es die bösen Wärter mit ihm vereinbart, sollte er sich vor der Gaskammer zur Vergasung einfinden. Er wollte pünktlich sein. Doch dieser Jüngling hatte Glück. Die Amerikaner waren schon vorher da und fanden nicht einmal mehr Spuren dieser singulären Einrichtung. So ist er Überlebender und wiedergutmachungsberechtigt. Seine seelischen Qualen werden die Deutschen wohl ewig zu verantworten haben. Sein in den USA erschienenes Buch wurde von jüdischen Organisationen schon hochgelobt. In deutscher Übersetzung sollten seine bewältigungsbedürftigen Erinnerungen bereits im Febru-

ar 2009 erscheinen. Amazon/Bertelsmann hatte es schon angepriesen. Doch dann bekamen die deutschen Verleger Skrupel. Sie "leugneten den Holocaust am Beispiel von Theresienstadt und Buchenwald" -- wollten sie doch partout keine dortigen "Gaskammern" bekennen -- und verweigerten den Druck.⁴⁹⁾

Da ist die Vizepräsidentin der European Wizo-Organisation gefordert, schnellstens das Dreiergremium der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Schriften zusammenzutrommeln, um den Staatsanwalt ob dieser Freveltat zu mobilisieren (vergl. *HT*. Nr. 102, S. 20 - 21). Schließlich können Deutsche in der Bundesrepublik auch für "das Nichtgeschriebene" bestraft werden (siehe *HT*. Nr. 102, S. 1).

Für Lügen Goldmedaille im Abonnement

MdB Otto Schily (SPD) am 22.3.1991 im Bundestag:

"Sie (CDU/CSU) haben sich gewunden. Sie haben geschummelt und geschwindelt, und Sie haben sich nicht eines Besseren besonnen, obwohl Sie häufig beim Schwindeln ertappt wurden.

Wenn Lügen eine olympische Sportart wäre, hätte die Bundesregierung Goldmedaillen im Abonnement." ⁴⁸⁾ S. 175

48) Gerhard Frey (Hrsg.), "Wer?, Wann?, Was? -- Zitate entlarven Prominente", München 2008.

49) *National Journal*, Nr. 14/2009, S. 9: "Wieder ein Lügner ...".
Box 272, GB Uckfield/E. Sussex, TN 22 9DJ.

Institut für Zeitgeschichte gibt Romane als "historische Zeugnisse" aus Ergebnis = "tiefschürfende Analysen des Holocaust"

Statt der erwarteten Beweise für die "Offenkundigkeiten" = offiziell Romane

So dumm kann nicht einmal mehr ein Ober-
schüler sein, Romane -- also Fantasiegeschichten
-- nicht von Tatsachenfeststellungen unterschei-
den zu können! Daher kann sich das öffentliche
Institut für Zeitgeschichte auch nicht auf Irrtum
seines gesamten Mitarbeiterstabes berufen, son-
dern ist dem Vorwurf ausgesetzt, mit einer Fülle
dummer und verleumderischer Sprüche bewußte
Lügenpropaganda zu betreiben und zwar sowohl
zugunsten kommunistischer als auch jüdischer
Interessen bei Inkaufnahme, ja beabsichtigter Ver-
unglimpfung des deutschen Volkes, der Reichs-
führung und der Deutschen Wehrmacht!

In der neuen Publikation des Instituts für Zeitge-
schichte in München (IfZ) "Besatzung, Kollaboration,
Holocaust" ⁵⁰⁾ werden bewußt mit Einbindung des jü-
disch-kommunistischen Reporters und Romanschrei-
bers Wassili Grossman verlogene Holocaust-Fantasi-
en als "historische Zeugnisse" ausgegeben. ⁵⁰⁾ S. VII

*"Der Holocaust wird in erschütternder Weise ver-
gegenwärtigt und zugleich analytisch in den Kontext
des Krieges einordnet."* ⁵⁰⁾ S. 195

Wie er das macht, wird später mit seinen Fantasie-
geschichten, Schlagworten ohne eine einzige konkrete
Analyse oder Beweisführung im kommunistischen Lü-
genstil belegt. Anderes hatte er nicht zu bieten.

Das IfZ leitet die "neuen Forschungsergebnisse" wie
folgt ein:

"Die Holocaustforschung hat sich, sofern sie sich auf
die Täter konzentrierte, bis vor einigen Jahren vorrangig
mit der Entscheidungsbildung innerhalb der NS-Führung
und dem Personal des deutschen SS- und Polizeiapparats
beschäftigt. Dagegen blieb der Anteil, den die Deutschen
außerhalb von Himmlers Dienststellen sowie die einhei-
mischen Menschen und Behörden im deutsch besetzten
oder dominierten Teil Europas an der Verfolgung und
Ermordung der Juden hatten, zumeist unterbelichtet. Das-
selbe galt bis vor kurzem auch für die Perzeption des
Völkermords durch die Besatzer, Besetzten und Verbün-
deten. ...

Nun wird stärker als zuvor nach der Mittäterschaft
von Wehrmachtsangehörigen, Eisenbahnern, Finanzbe-
amten, Verwaltungsangestellten und zahlreichen anderen
ganz normalen Deutschen, nach der Mitwirkung nicht-

deutscher Aktivisten, Helfer und Zaungäste, nach Bedeu-
tung und Wahrnehmung des großen Entrechens und
Mordens im Besatzungsalltag gefragt. Daß es nicht nur
die Nationalsozialisten waren, die den Holocaust zu ei-
nem singulären Menschheitsverbrechen machten, ist kei-
ne grundsätzlich neue Erkenntnis, wird aber immer bes-
ser und breiter durch Einzeluntersuchungen belegt.

Am Beispiel der ostgalizischen Kleinstadt Busk wird
gezeigt, welchen nicht zu unterschätzenden Wert die
Interviews für die Rekonstruktion der Ereignisse, für die
Alltagsgeschichte des Holocaust und natürlich besonders
für die Lokalisierung von Massengräbern haben können,
sofern sie kritisch mit allen anderen schriftlichen und
nichtschriftlichen Überlieferungen verglichen werden.

Den Abschluß des Bandes bildet das Zeugnis des
russisch-jüdischen Schriftstellers Wassili Grossman,
Verfasser des seinerzeit in der Sowjetunion unterdrück-
ten und heute weltberühmten Romans »Leben und Schick-
sal«.

Im Herbst 1943 war Grossman als Kriegsreporter
dabei, als die Rote Armee in die östliche Ukraine vorrück-
te. Obwohl schon vieles über die nationalsozialistische
Judenverfolgung bekannt geworden war, wurde erst
jetzt deutlich, mit welchem Absolutheitsanspruch und
wie systematisch die deutsche Besatzungsmacht ihr Mord-
programm verfolgt hatte.

Grossman stieß auf eine »Ukraine ohne Juden« -- so
der Titel seiner Reportage, die sich nicht auf eine
eindrucksvolle und anschauliche Berichterstattung
beschränkt. Der Autor arbeitet in ihr vielmehr zu-
gleich die historische Singularität des Holocaust her-
aus und setzt sich mit dem Problem einer angemessenen
moralischen Haltung gegenüber dem unfabbaren "größ-
ten Verbrechen, das die Geschichte kennt", auseinander.

Grossmans noch im Herbst 1943 niedergeschrie-
bener Text ist damit nicht nur ein frühes Zeugnis
der Konfrontation mit diesem Verbrechen, sondern
zugleich eine tiefeschürfende Analyse.

Da aber die sowjetische Erinnerungspolitik, wie in der
Einleitung gezeigt wird, zur gleichen Zeit schon dazu
übergegangen war, den Judenmord mit der Pauschalfor-
mel von der Verfolgung »friedlicher sowjetischer Bür-
ger« zu nivellieren, durfte Grossmans essayistische
Reportage nur an relativ entlegener Stelle und in jiddi-
scher Sprache erscheinen. So konnte er keine breitere
Wirkung entfalten.

Von seiner Eindringlichkeit hat dieser hier erstmals in
deutscher Sprache präsentierte Text nach Meinung der
Herausgeber bis heute nichts verloren." ⁵⁰⁾ S. VII - X

50) Johannes Hürter / Jürgen Zarusky (Hrsg.), "Besatzung, Kollaborati-
on, Holocaust", Schriftenreihe der Vierteljahreshefte für Zeitge-
schichte Band 97, Institut für Zeitgeschichte München - Berlin
2008.

Diese bisherigen Ausführungen des Instituts für Zeitgeschichte ergeben kurz zusammengefaßt:

(1)

Bis vor einigen Jahren hat sich die Holocaustforschung mit Personenkreisen, die außerhalb der SS-Dienststellen in Deutschland und den besetzten Ländern "mitgewirkt" haben, noch nicht beschäftigt.

"Nun erst werden sie gesucht: Wehrmachtsangehörige, Eisenbahner, Finanzbeamte, Verwaltungsangestellte, ganz normale Deutsche, nichtdeutsche Aktivisten, Helfer und Zaungäste,"

Ein über 60-jähriges Versäumnis. -- Wie das bei dem Eifer der NS-Verfolgung aller Besatzungsmächte und ihrer Lizenzlinge zu erklären ist, beantwortete das IfZ nicht.

(2)

Auch hatte sich die Holocaustforschung 60 Jahre lang nicht damit befaßt, was überhaupt "Besatzer, Besetzte und Verbündete von dem Völkermord **perzeptiert** (zu deutsch: **wahrgenommen**) haben."

Der Bedeutung dieser Feststellung wegen sei wiederholt:

Was Besatzer, Besetzte und Verbündete während des Krieges von dem Mord an Juden wahrgenommen oder nicht bemerkt hatten, ließen die bisherigen Historiker 60 Jahre so gut wie unberücksichtigt ("unterbelichtet")! Holocaustgeschichte wurde somit von Leuten geschrieben, die weder Besatzer, Besetzte noch Verbündete waren und die das Wissen oder Nichtwissen dieser Erlebniszeugen nicht recherchiert haben!

Erinnert sei an Ilja Ehrenburg, der mit "weitem Blick" von seinem Moskauer Schreibtisch aus

"schon im Dezember 1944 = 6 Millionen jüdische Opfer zählte, wobei er alle in deutsche Gewalt gefallenen Juden für ermordet erklärte,"⁵¹⁾

während im sowjetische Kommissionsbericht vom 7. Mai 1945 für Auschwitz

"kein Wort davon steht, daß dies der Ort der Judenvernichtung war."⁵²⁾



Auf der Demonstration der Rußlanddeutschen vor dem Landtag in Düsseldorf im Mai 2009

Erinnert sei auch an die US-Judenführer, die sich zum Richteramt für den Nürnberger "Kriegsverbrecherprozeß" mit ihrem "Wissen um die 6 Millionen ermordeten Juden" empfahlen, das sie aus der europäischen Bevölkerungsstatistik von 1929 im Vergleich zu den vermuteten überlebenden Juden herleiteten.⁵³⁾

Erinnert sei auch an Nahum Goldmann, den langjährigen Präsidenten des Jüdischen Weltkongresses, der zwar von sich erklärte, "kein Historiker zu sein", der aber empfahl und praktizierte, "wie man mit Geschichten erzählen Millionen verdient."⁵⁴⁾

Dies allerdings wirft die Frage auf, was und wie die ausländischen Themenbearbeiter denn ermittelt und das behauptete Geschehen festgeschrieben haben. Dieses ist bekanntlich -- also abgesehen von Besatzern, Besetzten und Verbündeten -- auch ohne naturwissenschaftliche Experten und ohne technische Untersuchungen und auch ohne die erst sehr viel später zugänglichen Dokumente aus Moskau erstellt worden.

Das IfZ wußte darauf auch keine Antwort, wie es möglich war, daß ausgerechnet jene, die länderübergreifend an dem "Holocaust mitgewirkt" haben mußten, bisher nicht darüber befragt wurden, was s i e "perzeptiert" hatten.

Eines ist sicher, was das IfZ auch eingestanden hat: "Die Nationalsozialisten hätten

51) Fritjof Meyer, Internet-Antwort vom 19.1.2004 an den Direktor des Auschwitz-Museums Franciscek Piper S. 5; -- vergl. HT Nr. 90, S. 12.

52) Vgl. Text und Kommentar in HT Nr. 31 + Nr. 33.

53) Vgl. HT Nr. 100, S. 35.

54) Nahum Goldmann, "Mein Leben als deutscher Jude", München - Wien 1980, S- 462 + "Das jüdische Paradox", Köln - Frankfurt/M 1978, S. 180.

das nicht allein schaffen können". Das Wissen oder Nichtwissen von Millionen "Mittätern" -- "die Eisenbahner, die Finanz- und Zollbeamten, Verwaltungsangestellte, die normalen Deutschen" sowie die vielen notwendigen Kol-laborateure -- hätte in die Forschung zeitge-recht einbezogen gewesen sein müssen.

(3)

Das singuläre Menschheitsverbrechen haben die Nationalsozialisten nicht allein begangen -- "*das wußte man schon vorher*" --, sondern dies bestätigte sich jetzt anhand "*vieler Einzeluntersuchungen*".

Sollte das IfZ mit seiner neuen Publikation solche Einzeluntersuchungen vorgetragen haben, so ist ihr wichtigster Beitrag -- von **Wassili Grossman** -- zumin-dest auf fantasievolle Schlagwort-Abhandlungen in Ro-manform gestützt.

(4)

Einen "*nicht zu unterschätzenden Wert zur Rekon-struktion der Alltagsgeschichte des Holocausts*" haben Interviews, sofern sie mit anderen Indizien kritisch ver-glichen und bestätigt werden. Abgesehen von der Pro-pagandaformulierung "*Alltagsgeschichte des Holocaust*" könnten natürlich Interviews bei korrekter wissenschaft-licher Auswertung konstruktiv sein.

Doch was das IfZ am Beispiel der ostgalizischen Kleinstadt (Dorf) Busk und ihrem "*Alltagsgeschehen des Judenmords*"⁵⁰ S. 182 (über 2.000 Tote einschließlich Frauen und Kinder) angesichts "schaulustiger" Bewoh-ner der Umgebung⁵⁰ S. 183 unter Berufung auf

a) "*erste Zeugeneinvernahme*" im Jahre 2004 u.a. ei-ner ehemals 14-Jährigen mit seltsamen Geschichten,⁵⁰ S. 180 ff

b) eine ukrainische Publikation aus 2005,

c) nicht näher spezifizierte sowjetische Akten und bundesdeutsche Prozesse.

d) sogar erwähnte, aber nicht näher beschriebene Ausgrabungen im August 2007

berichtet, erregt in mehrfacher Hinsicht Zweifel. Zweifel nicht an der Behauptung, daß während des Krie-ges in Busk Juden erschossen worden sind oder sein könnten, doch an der IfZ-Darstellung, daß es sich hier um ein "*Alltagsgeschehen*" auf Grund willkürlicher "*an-tijüdischer Aktionen*" deutscher Einsatzkräfte ohne kriegsbedingte Anlässe gehandelt habe. Genau dies ist jedoch die Aussage der IfZ-"*Forschungsergebnisse zur Geschichte des Holocaust in der Ukraine*"⁵⁰ S. 177

Geschildert werden nur Erschießungen von Juden ohne jegliche Hintergründe und Zusammenhänge mit eventueller Partisanentätigkeit, Sabotage, Widerstand. Alles wird dargestellt als vorsätzliches Mordprogramm der deutschen Sicherheitskräfte.

Die Quellenverweise konzentrieren sich auf ein Buch aus Charkow vom Jahr 2005. Näheres über jenes Werk erfährt man nicht. 60 Jahre bedurfte es, ehe sich jemand aus der Gegend fand, der sich mit dem Fall Busk und

den über 2.000 Erschossenen befaßte. Sehr unglaub-würdig, -- zumal selbst dann nichts an Einzelheiten wert war, bekanntzugeben!

(5)

Das hervorgehoben behandelte Abschluß-Zeugnis von **Wassili Grossman** ist nicht nur deshalb besonders aufschlußreich, weil das IfZ einen **Roman** bzw. sogleich mehrere **Romane** eines jüdischen Reporters als histori-sche "Dokumentation" ausgibt, sondern auch deshalb, weil die in die Ukraine zurückkehrenden Sowjets selbst diese Ausarbeitungen als unseriös, falsch und einseitig auf jüdische Opfersingularität ausgerichtete Propagan-da unterbunden haben. Die vom IfZ hierfür als Grund angeführte "*antisemitische Tendenz der Sowjetführung*" kann gar nicht zutreffen, weil der Bolschewismus von Anfang an zumindest bis Kriegsende von starker jüdi-scher Dominanz geprägt war. Wer **Grossmans** Romane -- auch jenen über Treblinka⁵⁵ -- liest, braucht keinen Antisemitismus zu bemühen; er wird allein vom Schwachsinn des Inhalts abgestoßen und noch mehr von der Zumutung, solches per Strafandrohung auch noch glauben zu sollen. Selbst die Sowjets haben das so emp-funden.

Dies hindert das IfZ nicht, **Grossmans Treblinka-Roman** amtlich zu bescheinigen, er habe "*dessen (des Treblinka-Lagers) Funktion im Holocaust klar her-ausgearbeitet*"⁵⁰ S. 194 ohne sich allerdings darüber zu einer Beweisführung veranlaßt zu sehen! **Grossmans** unbewiesenen Propagandabeauptungen über Treblin-ka auf S. 94 ff fußen u.a. auch auf diesem Roman **Gross-mans**!

Wenn auch nur ein Teil davon gestimmt hätte, dann hätten die Sowjets die von **Grossman** in den Mittel-punkt gestellte Judea-Egozentrik mit wenigen Ände-rungen zur Seite gestellt und "die übrige Wahrheit" in eine Leidensgeschichte der sowjetischen oder polni-schen Bevölkerung umredigiert. Doch es stimmte da-von einfach nichts!

(6)

Dem IfZ wurde erst durch die Reportage des **Wassili Grossman** von 1943 für die Rote Armee

"deutlich, mit welchem Absolutheitsanspruch und wie systematisch die deutsche Besatzungsmacht ihr Mord-programm verfolgt hatte."

Weil also **Grossman** als jüdischer Kriegspropagandist erklärt hatte, "*alle Juden in der Ukraine seien ausgerot-tet*", so bedarf es für das IfZ keines Beweises, keiner Hinterfragung mehr. Damit ist das "offenkundig"! **Das Aus-maß an Frechheit zur Volksverdummung der Deut-schen scheint für das IfZ und seine Auftraggeber in den BRD-Führungsetagen grenzenlos zu sein.**

(7)

Zitat:

55) Wassili Grossman, "Die Hölle von Treblinka", Moskau 1946; vgl. *Historische Tatsachen* Nr. 44 "Der Fall Treblinka".

"Grossman arbeitete in seiner Reportage die historische Singularität des Holocaust heraus."

Es soll sich dabei um *"eine tiefeschürfende Analyse"* handeln. Wie er dies *"erarbeitete"*, verriet das IfZ nicht. Dafür setzte es dem Leser einen Extrakt aus seinem Roman vor!

Später ergänzt das IfZ hierzu:

"In der (vom JAFK unter Mitwirkung von **Wassili Grossman** ab 27.4.1942 hergestellten) Zeitung fanden sich auch regelmäßig Nachrichten über die nationalsozialistischen Judenverfolgungen. **Grossmans** Reportage stach dabei aber deutlich heraus. Neben seinen journalistischen und schriftstellerischen Qualitäten zeichnet diesen Text die präzise Herausarbeitung der singulären totalen Massenvernichtung der Juden im Kontext einer generell extrem gewalttätigen Besatzungsherrschaft aus. **Grossman** führt als besonders schreckliches Beispiel das Massaker im **Dorf Kosary** vom 11. März 1943 an. Bei dieser von Polizeieinheiten zusammen mit ukrainischen Kollaborateuren durchgeführten Mordaktion an nichtjüdischen Bewohnern der Ukraine -- einer der, wenn nicht der größten überhaupt -- wurde das ganze Dorf ausgelöscht. Zirka 4.000 Einwohner wurden getötet, nur wenige überlebten. **Grossman** schildert das zerstörte Kosary und erläutert, daß der Massenmord, wie ihn die Okkupanten und ihre ukrainischen Kollaborateure hier verübt hatten, das Regelschicksal war, das die Deutschen den ukrainischen Juden zugedacht hatten." 50) S. 192

Über einen Massenmord an über 4.000 Menschen wäre gewiß mehr bekannt geworden, als nur durch eine Kriegsreportage von **Wassili Grossman**. Und das IfZ, das sich über diese Kenntnismängel ebenfalls hätte wundern müssen, hätte sich um so mehr veranlaßt sehen müssen, hierüber konkrete Einzelheiten zu berichten. Dies ist jedoch nicht geschehen! Da auch dieser Hinweis auf das unbekannte "Dorf Kosary" der romanhaften Kriegsreportage entstammt und keinerlei sowjetische oder gar internationale Untersuchungen ausgelöst hat, und ein solcher Massenmord als *"Regelfall deutscher Besatzungspolitik"* -- und dies ausgerechnet in der Ukraine, wo die deutsche Wehrmacht mit Begeisterung empfangen worden war -- sowieso schon für jeden Laien erkennbarer Unfug ist, kann man hierüber wohl ebenso wie das IfZ ohne weiteren Kommentar hinweggehen.

Mit nachfolgendem Zitat identifiziert sich das IfZ mit der sowjetischen Kriegsjustiz und verhält sich so, als hätten seine Mitarbeiter noch nie etwas von bolschewistischen Schauprozessen gehört, -- ein weiterer Beleg für seine tendenziöse deutschfeindliche Auftragsarbeit:

"Der Angeklagte **Reinhard Retzlaw**, Angehöriger der Geheimen Feldpolizei, sagte vor dem Militärtribunal der 4. Ukrainischen Front (in Charkow) aus,

"in seiner Ausbildung darüber instruiert worden zu sein, daß das Sowjetvolk als minderwertige Rasse ausgerottet werden müsse".

Und in einem Leitartikel der *Prawda* vom 16. Dezember 1943 zu dem Prozeß hieß es:

"Das deutsche Kommando hatte in seinen Militärschulen und Instituten besondere Lehrgänge eingeführt über die Notwendigkeit, die überwiegende Mehrheit der Sowjetbevölkerung auszurotten -- besonders das russische und das ukrainische Volk."

Die Ermordung der Juden wurde in der sowjetischen Propaganda keineswegs abgestritten, aber sie wurde als Bestandteil eines gegen die gesamte sowjetische Bevölkerung gerichteten Programms dargestellt." 50) S. 194

Das IfZ kritisiert auch die *Prawda* nicht, diese scheint ihrem Namen gemäß "nichts als die Wahrheit" zu berichten. Dem IfZ zufolge habe es zwar eine sowjetische Propaganda gegeben, allerdings nur eine, die sich antisemitisch entwickelt habe. Auf eine deutsch-feindliche Propaganda der Sowjets hat das IfZ nicht einmal in einer Randbemerkung hingewiesen! Das nennt sich historisch-wissenschaftliches Institut und wird mit Steuergeldern finanziert!

"... Die Deutungsspielräume, die während und unmittelbar nach dem Krieg noch existierten, und die es ermöglichten, daß **Grossman** 1944 in der Zeitschrift *Snamja* (*Das Banner*) einen eindringlichen Bericht über das Vernichtungslager Treblinka publizieren konnte, in dem dessen Funktion im Holocaust klar herausgearbeitet wurde, wurden im Zuge der immer massiveren antisemitischen Metamorphose des sowjetischen Regimes in den letzten Lebensjahren **Stalins** beseitigt." 50) S. 194

"Ende 1947 wurde die Publikation des »Schwarzbuchs« über den Genozid an den sowjetischen Juden, an dem **Grossman** ab 1944 maßgeblich mitgearbeitet hatte, untersagt.

Der Chef der Propaganda-Abteilung des ZK der sowjetischen KP, **Alexandrow**, stieß sich daran, daß das Buch nicht der These von der gleichmäßigen Verfolgung aller sowjetischen Nationalitäten durch die deutschen Besatzer entsprach." 50) S. 194

Zweifellos ist eine totale Judea-Egozentrik in bezug auf die deutsch-sowjetische Auseinandersetzung ein eindeutiger Beleg für verfälschte Geschichte. Ein Sowjetreporter der Kriegszeit konnte auch bei bestem Willen für korrekte Berichterstattung weder einen Überblick über das Gesamtgeschehen haben, noch war er überhaupt frei, unabhängig recherchieren und seine Meinung sagen zu können. Schließlich war der Bolschewismus die brutalste, auf Enteignung aller Bürger abgestellte Herrschaftsform, die es jemals in der menschlichen Geschichte gegeben hat. Doch davon wissen die Mitarbeiter des IfZ in München offenbar nichts.

Wie sehr die Sowjets darauf bedacht waren, den Deutschen alle möglichen Verbrechen anzulasten, erweist ihre jahrelange Propaganda, die "Internationale Erklärung" vom Dezember 1942, die Handhabung ihrer "Un-

1980 erschien der 2. Band in Lausanne/Schweiz auf russisch als "Der Große Vaterländische Krieg". In diesem Roman

Ein solches Vorgehen leistete sich das offizielle Vorzeige-Institut für Zeitgeschichte -- vielfach herangezogen für "wissenschaftliche Gutachten" bei NS-Strafprozessen (z.B. auch beim Auschwitz-Prozeß in Frankfurt/M 1965), nachdem bereits im Jahr 2000 der jüdische Autor **Norman G. Finkelstein** in seinem Buch "The Holocaust Industry" festgestellt hatte:

"Ein beträchtlicher Teil der Literatur zu Hitlers »Endlösung« ist, soweit darin die entscheidenden Holocaust-Dogmen zum Ausdruck kommen, wissenschaftlich gesehen wertlos. Auf dem Feld der Studien zum Holocaust findet sich in der Tat eine Menge Unsinn, wenn nicht schierer Schwindel!"^{55a)}

"hat er den Holocaust in erschütternder Weise vergegenwärtigt und zugleich analytisch in den Kontext des Krieges eingeordnet."

Auch beschreibt er die

"jahrzehntelange Unterdrückung der Wahrheit über den Holocaust in der Sowjetunion, einer Wahrheit, die Grossman schon 1943 in seiner Reportage für die 'Einikait' ausgesprochen hat."^{50) S. 195}

tersuchungskommissionen" -- z.B. auch im Fall der Morde an den 4.500 polnischen Offizieren im Wald von Katyn, die wahrheitswidrig den Deutschen angelastet wurden --, ihre "Kriegsverbrecherjustiz" und ihre offen proklamierte Mordpolitik gegen alle Deutschen. Bei dieser hemmungslosen Verlogenheit hatte **Wassili Grossman** ein weites Schußfeld. Er nutzte es und erhielt Anerkennung, als 1946 in Moskau "Die Hölle von Treblinka" erschien, in der er 3 Millionen ermordete Juden ("10 Monate lang je 300.000", "10.000 pro Tag", "die Zahlen sind absichtlich verkleinert"),^{s. 33} "Fließbandhinrichtungen"^{s. 48}, auch von Zigeunern und Polen mittels Gas, Strom und Vakuumpumpen "bekanntgab". Beim Aufzählen "aller Todesfabriken der Gestapo" ("Treblinka, Maidanek, Sabibur + Belschiza", -- wohl Sobibor + Belzec?) hat er Auschwitz "vergessen"^{s. 32}. Selbst den Sowjets waren dann seine judea-egozentrischen Schwindeleien wohl unerträglich geworden. Das IfZ verweist sachwidrig auf sowjetischen Antisemitismus, verzichtet hingegen auf notwendige Kritik zum Inhalt. Andernfalls wären das "neue Forschungsergebnis" und die "eindeutigen Zeugnisse" von **Wassili Grossman** zusammengefallen.

"Ende November 1948 wurden das Jüdische Antifaschistische Komitee (JAFK) und die Zeitung "*Ejnikajt*" auf Beschluß des Politbüros aufgelöst, die meisten Führungsmitglieder des Komitees wurden bald darauf festgenommen. 1952 standen 14 von ihnen vor Gericht, 13 wurden zum Tode, eine Angeklagte wurde zu einer 5-jährigen Verbannungsstrafe verurteilt."^{50) S. 194}

Grossman schrieb noch einen 2-bändigen Roman über die Schlacht um Stalingrad, in dem er "die Ermordung der Juden nur in Randbemerkungen und in geradezu subversiver Verschlüsselung ansprechen konnte"⁵⁰⁾^{s. 196}. Die Beschlagnahme seines 2. Bandes "Leben und Schicksal" durch den KGB im Jahre 1961 zerrüttete die Gesundheit des Autors; er verstarb 1964 an Magenkrebs.

^{55a)} Norman G. Finkelstein, "Die Holocaust-Industrie", München 2001, S. 63 (US-Ausgabe 2000, S. 55).

Was hätte **Grossman** 1943 von "der Wahrheit über den Holocaust" eigentlich berichten können, wenn sogar die Führer des internationalen Judentums nach Kriegsende 1945 zugeben mußten, darüber nichts zu wissen?

Noch 1952 bestätigte der langjährige Präsident des Jüdischen Weltkongresses, **Nahum Goldmann**,

*"hatte niemand eine zureichende Vorstellung vom Umfang der nazistischen Verbrechen und der gewaltigen Zahl der anspruchsberechtigten Opfer"*⁵⁶⁾
S. 440

Man sollte es ehrlich aussprechen: "*Die anspruchsberechtigten Opfer*" waren Überlebende des Krieges, keine "Opfer". Schließlich war der Krieg eine Menschheitskatastrophe -- also auch und vor allem mit seinen über 10 Millionen Kriegs- und Nachkriegstoten, zerstörten Städten, erlittenem Land- und Vermögensraub für Deutschland --, beginnend bereits mit der völlig unberechtigten Jüdischen Kriegserklärung "on Germany" am 24. März 1933! In jenem Jahr standen die Juden in Deutschland auf seiten der NS-Reichsregierung und haben sich in scharfen Protesten gegen die auslandsjüdische Greuelhetze und Kriegserklärung über *Daily Express* aus London schärfstens verwahrt!

Keine Führungskraft des Jüdischen Weltkongresses oder der amerikanischen "Heiligen Krieger", die "*ständig in Verbindung mit dem JAFK standen*"^{57) S. 230} -- also auch dessen Zeitung *Einikait* bezogen --, hat jemals geglaubt, was **Wassili Grossman** dort publiziert hatte, weil sie die verlogenen Voraussetzungen seiner Schreiberei kannten.

⁵⁶⁾ Nahum Goldmann, "Mein Leben als deutscher Jude", München - Wien 1980.

⁵⁷⁾ Nahum Goldmann, "Das jüdische Paradox", Köln - Frankfurt/M 1976.

Doch das IfZ will heute der Menschheit und vor allem den Deutschen weismachen, jene Roman-Reportagen von 1943 des jüdischen Korrespondenten unter sowjetischer Flagge hätten *"die Wahrheit über den Holocaust"* ans Licht gebracht, der "nach gefestigter Erkenntnis der Meinungsmacher" eigentlich erst 1944 "stattgefunden" haben soll. Anstatt Widersprüche aufzuklären, werden neue produziert!

Wassili Grossman: "Ukraine ohne Juden"

"Der Schriftsteller **Ehrenburg** hat mir mitgeteilt, daß er ein junges jüdisches Mädchen, eine Partisanin, in einem der Bezirke der nördlichen Ukraine getroffen habe. Und das ist alles.

Wo sind die Hunderttausende von Juden, die Greise und Kinder? Wo sind eine Million Menschen hingeraten, die drei Jahre zuvor friedlich mit den Ukrainern zusammengelebt haben, auf dieser Erde gelebt und gearbeitet haben?

Es hat keinen Sinn und es ist auch unmöglich, all die Juden mit Namen zu nennen, die von den Faschisten vernichtet worden sind. Denn alle Ermordeten sind in gleichem Maße schuldlos. Sie alle kann man in eine traurige Liste aufnehmen. Sowohl die Weltberühmten, als auch die Jüdinnen aus den abgelegenen Shtetln, die nur mit Mühe ihr jiddisches Gebetbuch lesen konnten. ... und es ist auch niemand in der Lage, all die Orte zu nennen, wo im Herbst 1941 und im Sommer 1942 die Massensterben an den Juden stattfanden. In jeder großen und jeder kleinen Stadt, in jedem Shtetl -- überall fanden Massaker statt.

Wenn in einem Shtetl hundert Juden lebten, dann wurden hundert ermordet, alle einhundert und keiner weniger. Wenn in einer großen Stadt 55.000 Juden lebten, so ermordete man 55.000 und keinen weniger. Wir unterstreichen, daß sich die Ausrottung nach genauen, skrupulös zusammengestellten Listen vollzog, daß in diesen Listen weder die hundertjährigen Greise noch die Säuglinge ausgelassen wurden. ..." 50) S. 198

Die Deutschen hätten in der Ukraine Todeslisten angefertigt, in der jeder Jude, den sie antrafen, eingetragen worden sei:

"Die Ermordung der jüdischen Bevölkerung ging nach einem bestimmten Muster vor sich, entsprechend einer genauen Anweisung, in der angegeben war, wie man einen Alten tötet, der sich gerade noch auf den Beinen halten kann und wie man die Seele aus einem Kindchen herausprügelt, das noch keinen einzigen eigenen Schritt gemacht hat.

In Hunderten von Städten wurde zur ein und derselben Zeit befohlen, die Juden in Ghettos zu treiben. Dann wurden sie angewiesen, sich zu versammeln, je 15 Kilogramm Gepäck mitzunehmen, und man führte sie aus der Stadt hinaus. Dort wurden sie mit Maschinengewehren erschossen. Zufällige Zeugen dieser Massenmorde

sind noch heute, nach zwei Jahren, angesichts dieses Albtraums völlig fassungslos. Blut tropft ihnen aus den Augen, wenn sie sich an diese Bilder des Schreckens und des Wahnsinns erinnern.

Es ist unmöglich, all jene Obersten, Generäle, Majore, Hauptleute und Leutnants der deutschen Wehrmacht aufzuzählen, all die Gestapoleute, die die Ermordung der jüdischen Bevölkerung organisierten. Es ist unmöglich, all jene Soldaten, Gefreiten, Obergefreiten, Unteroffiziere, Gendarmen und Polizisten aufzuzählen, die diesen Mord ausführten.

In den besetzten Gebieten strafen und morden die Deutschen schon für das kleinste Vergehen -- für die Aufbewahrung eines Dolches oder eines zu nichts mehr zu gebrauchenden Revolvers, mit dem die Kinder spielen, für ein vorlautes Wort, das dem Mund entschlüpft, für den Versuch, das eigene, von den Faschisten angezündete Haus zu löschen, für die Weigerung, nach Deutschland zur Zwangsarbeit zu fahren, für einen Schluck Wasser, den man einem Partisanen gegeben hat -- für all das verlieren Tausende von Geiseln ihr Leben; erschossen wird jeder Passant, der sich nicht vor einem deutschen Offizier verbeugt.

Aber die Juden vernichteten die Deutschen allein deshalb, weil sie Juden waren. Für die Deutschen gibt es keine Juden, die das Recht hätten, auf Erden zu existieren. Jude zu sein ist das allergrößte Verbrechen, und dafür wird man umgebracht. **Also** haben die Deutschen alle Juden in der Ukraine ermordet. Und so haben sie die Juden in vielen anderen Ländern Europas ermordet.

Vor allem wurden die Greise und Greisinnen, die Kranken und die Kinder vernichtet. Das kam daher, weil sich die arbeitsfähigen Männer und Frauen sowie die Jugend der Evakuierung anschließen konnten; sie zogen sich zusammen mit der Roten Armee zurück, sie kämpften an den Fronten oder arbeiten in der Verteidigung. In der Ukraine blieben nur jene zurück, die physisch nicht in der Lage waren, wegzugehen. Ihnen -- den Alten, Kranken und Kindern -- haben die Deutschen ein Blutbad bereitet und alle ohne Ausnahme ausgerottet.

Seit Bestehen der Menschheit hat es kein solch unerhörtes Massaker, keine solche organisierte Massenausrottung vollkommen unschuldiger, schutzloser Menschen gegeben. ... Denn hier geht es wirklich um die Ausrottung eines ganzen Volkes, um die Vernichtung von Millionen Kinder, Frauen und Alten." 50) S. 199

Nun ja, so etwas läßt sich in einer halben bis einer Stunde in die Maschine schreiben. Um den Inhalt zusammenzubekommen, braucht man nicht einmal seinen Schreibtisch zu verlassen. Man fantasiert über *"viele Länder Europas"* ebenso flottweg wie über die Ukraine, ohne etwas zu spezifizieren. Man braucht keine Namen, keine Orte, keine Nachweise für behauptete Befehle des Gegners, keine Dienststelle, keine Zeugen,

keine Ausnahmen, keine Schwierigkeiten, keine Funde, keine Überprüfungen; alles läßt sich pauschal abhandeln. Stets sind alle ermordet, ohne einen überlebenden Berichterstatter. In allen Städten wurden sie außerhalb mit Maschinengewehren erschossen. Mit Einzelheiten gab sich **Grossman** nicht ab. Alles verlief "gleichzeitig und befehlsgemäß" ohne Schwierigkeiten, ohne Widerstand, ohne Partisanen.

Das IfZ hat an diesen Ausführungen nichts zu bemängeln. Seine Mitarbeiter preisen dies als

"eindrucksvolle und anschauliche Berichterstattung, die zugleich die historische Singularität des Holocaust herausarbeitet".

Es handele sich um

"ein frühes Zeugnis der Konfrontation mit diesem Verbrechen und eine tief schürfende Analyse". 440 S., X

Mit solchen Sprüchen als Sprachrohr der Bundesregierung im Namen der Wissenschaft wird nicht nur das deutsche Volk für dumm verkauft. Allerorten findet man schon seit Jahrzehnten in der BRD- und Auslandspublizistik und in deren Spezialgebiet Historiographie einen derartigen oder ähnlichen Umgang mit dem "Holocaust" und seiner "Erforschung", so daß man sich nicht wundern muß, wenn immer weniger Menschen daran "glauben" können.

Verlagerung des "Holocaust" in die Ukraine

Als sei es mit dem Institut für Zeitgeschichte in München abgesprochen, erschien in der *Süddeutschen Zeitung* am 21. Februar 2009, S. 15 ein neuer "Forschungsbericht" des französischen Priesters **Patrick Debois**, "den der deutsche Holocaust-Forscher **Arno Lustiger** einen »Archäologen des Bösen« nennt", und der Mitarbeiter einer Pariser Organisation ist, die vom Jüdischen Weltkongreß unterstützt wird. **Patrick Debois** hat sich der Aufgabe unterzogen, in allen Dörfern -- "ich besuche jedes ukrainische Dorf und jedes Haus" -- und Städten der Ukraine "Holocaust"-Geschehen zu ermitteln. Er wandelte sozusagen auf den Spuren des mit "dem weiten Blick der Auserwählten" begabten **Wassili Grossman**.

Er wurde ebenso fündig wie dieser, und zwar allerorten, daher bedurfte es für ihn auch keiner konkreter Fundstellenbeschreibung oder Ortsbenennung oder gar Beweisführungen. Alles, was er berichtete, war auf gleichartige Weise geschehen, alles ist "offenkundig". Die "Beweise" liefern allerorten ungenannte Augenzeugen, deren Verhalten allerorten identisch ist: Sie alle haben das böse Tun der Einsatzgruppen und der SS "gesehen", aber 60 Jahre lang geschwiegen. Sie alle erklärten ihr langes Schweigen mit den politischen Verhältnissen in der Sowjetunion, obgleich die roten Kommissare sie nach Rückkehr in die von den deutschen Truppen besetztgewesenen Gebiete aufgefordert hatten, ihnen "alle Schandtaten der **Hitlerfaschisten**" mitzuteilen. Die aufgebotenen Zeugen haben sämtlich ein gutes Gedächtnis, wenngleich niemand von ihnen über das Erlebte etwas aufgeschrieben hatte. Noch etwas hatten sie alle gemeinsam: Nichts von dem, was sie bezeugt haben, konnte durch irgendetwas bestätigt werden!

Dies ist das Ergebnis von **Patrick Debois** nach 9-jähriger Forschung. Die Öffentlichkeit erfährt folgende "Tatsachen":

a)

Da wurden 2 schöne Mädchen von einem NS-Baumschützen vor ihrem Hause erschossen. So hat es eine Nachbarin nun nach all den Jahren berichtet. Die Leichen wurden später fortgeschleift und geschändet.

b)

"Der vergessene Holocaust: Die Ermordung der ukrainischen Juden« heißt das dieser Tage erschienene Buch mit 352 Seiten einer kleinen Gruppe von Historikern, Kameralenten usw. rund um **Patrick Debois**."

c)

"1,5 Millionen Juden seien in der Ukraine erschossen worden, oft Tausende pro Tag an verschiedenen Orten gleichzeitig, oft im Wald, bisweilen aber auch mitten im Dorf, fast immer unter den Augen einiger, oft aller Anwohner. Diese jedoch haben niemals über jene Zeit gesprochen",

auch nicht darüber, daß sich die Opfer vorher entkleiden und Gruben ausheben, und

"die zuschauenden Kinder Goldzähne ausbrechen und die Leichen in den Gruben festtreten mußten, damit mehr Körper hineinpassen".

d) Noch einmal:

"Die Zeugen von einst, alte Leute heute allesamt, hatten niemandem davon berichtet, wie die Nazis während der Erschießungen regelrechte Gelage feierten und sich besoffen und vollgefressen beim Töten abwechselten."

e)

Bei **Patrick Debois** und seinen Mitarbeitern "hat sich immer wiederkehrend eingebrannt, daß sich die Gräber noch nach Tagen bewegten, daß die Äcker stöhnten und bisweilen eine Hand aus der Erde nach oben ins Leere griff, weil die Menschen, die darin lagen, nicht alle tot waren."

Doch wieso hat sich dies bei **Patrick Debois** und seinen Leuten "immer wiederkehrend eingebrannt"? Er und seine Männer waren nicht dabei, und von denen, die "dabei waren, haben die wenigsten davon erzählt". Dennoch will er dies "Dutzende Male gehört" haben.

f)

Patrick Debois berief sich "besonders" auf die sowjetische Historikerkommission von 1944, "*die bereits damals den Holocaust in Befragungen nachvollzog*". -- Man beachte: Nicht durch Funde, statt dessen bei Leuten, die 60 Jahre lang nichts erzählt haben!

g)

"Bis 1941 lebten etwa 530.000 Juden im polnischen Galizien, der heutigen Westukraine, und 1,6 Millionen in der Ostukraine. ... Fast alle diese Menschen wurden ermordet."

Von evakuierten Juden vor dem deutschen Vormarsch 1941, jüdischen Partisanen und den Hunderttausenden jüdischen Rückkehrern 1944/1945, die **Alexander Sol-schenizyn** in seinem Buch "Die Juden in der Sowjetuni-

on" erwähnt,⁵⁹⁾ hat Priester **Patrick Debois** während seiner 9-jährigen Forschung noch nie etwas gehört? Nennt sich so etwas priesterliche Wahrheitsliebe? -- **Nein, das ist bewußte, dazu noch primitive Verlogenheit!**

Ein in dieser Form von der *Süddeutschen Zeitung* vorgestelltes Buch hat mit wissenschaftlicher Forschung nichts zu tun! Die *Historischen Tatsachen* hätten sich hiermit nicht befaßt, wäre nicht der Desinformationscharakter des hier von einem Priester geschriebenen und seitens der Presse angepriesenen Buches so dick und schamlos zusammenfassend vorgetragen und wäre nicht besonders auf die enge Verbindung zum protegierenden Jüdischen Weltkongreß hingewiesen worden.



Betonierter Lagerteil Treblinka, versetzt mit 17.000 Gedenkstelen. -- Foto Carlo Mattogno 1997.

Carlo Mattogno / Jürgen Graf, "Treblinka -- Vernichtungslager oder Durchgangslager?", Hastings 2002. Castle Hill Publishers, P.O. Box 118, Hastings, Britain.

Der Gedanke, größte Teile des ehemaligen Lagers mit einer Betonplatte zu versehen, kam den Gedenkstättengehaltern zu spät. Man braucht keine Grabungen zur Nachforschung mehr. Diese waren schon vorher ergebnislos abgebrochen worden! Im übrigen hatten bereits Luftbilder aus 1944 den Lagerzustand festgehalten. Sie sind im Archiv Washington einzusehen, Vgl. HT Nr. 44 + John C. Ball "Air Photo Evidence", Ball Ressource Services, Delta/B.C., Canada 1992, S. 85 - 87.

Archäologische Überprüfungen in Treblinka

Der sowohl in der "Holocaust"-thematik als auch in der osteuropäischen Literatur gut bewanderte schweizer Staatsbürger **Jürgen Graf** hat uns dankenswerterweise folgende Information zugeleitet:

Im November 1945 führte ein polnisches Team unter Leitung des Richters **Zdzislaw Lukaszkiwicz** auf dem Gelände des ehemaligen Lagers Treblinka Ausgrabungen durch und erstellte anschließend einen Bericht, der erst 30 (dreißig) Jahre später veröffentlicht wurde.⁵⁸⁾

Am 1. Tag fanden die Ermittler

"eine große Anzahl polnischer, sowjetischer, deutscher, österreichischer und tschechischer Münzen, außerdem Fragmente von Töpfen und Pfannen,"

Menschliche Überreste. fanden sie nicht,

Am 2. Tag entdeckten sie

"allerlei Geschirr, verschiedene Haushaltsgegenstände, Klei-

derfetzen, eine große Zahl mehr oder weniger stark beschädigter polnischer Dokumente, den schwer beschädigten Personalausweis eines deutschen Juden und mehr Münzen."

Am 3. Tag fanden sie

"eine erhebliche Menge Menschenasche und menschliche Überreste."

Am 4. Tag stießen sie auf

"Scherben von aller Art Geschirr, eine große Anzahl von Lumpen, griechische, slowakische und französische Münzen sowie die Überreste eines sowjetischen Passes."

Am 13. November ordnete **Lukaszkiwicz** die Einstellung der Ausgrabungen an, da er die Entdeckung weiterer Skelette für "unwahrscheinlich" hielt.

Wassili Grossman hat sich an der Suche nach den "3 Millionen" nicht beteiligt. Er wußte vorher, daß sie "spurlos beseitigt" waren.

58) Stanislaw Wojtczak, "Karny oboz pracy Treblinka I i osrodek zaglady Treblinka II", in; Biuletyn Glowney Komisji Radania Zhrodnj Hitlerowskich w Polsce, Warsaw 1975, Band XXVI, S. 183 - 185.

59) Alexander Sol-schenizyn, "Die Juden in der Sowjetunion", München 2003

Der Feuersturm in Dresden ständig verharmlost

Der britische Diplomat und Publizist Sir Harold Nicholson am 6. Mai 1963 im Londoner *Observer*:
"The bombing of Dresden was the greatest single holocaust by war."

LANDESHAUPTSTADT DRESDEN STADTVERWALTUNG

Amt für Protokoll und
Auslandsbeziehungen
Bearbeiter: Mitzscherlich

Unser Zeichen: 0016/Mi 31.7.1992

Sehr geehrte ...

In den vergangenen Wochen und Monaten erreichte uns eine Flut von Briefen, in denen uns die Absender ihre Zustimmung zu unserem Protest gegen das Denkmal des Luftmarschalls A.T. Harris bekunden und gleichzeitig, wie auch Sie, die Frage nach der tatsächlichen Zahl der Opfer der Bombenangriffe auf Dresden am 13./14. Februar 1945 stellen.

Zweifelsohne ist eine Aufarbeitung der historischen Tatsachen und Hintergründe und damit eine offizielle Korrektur der in den vergangenen Jahrzehnten von der DDR veröffentlichten Angaben über die Opfer unerlässlich. Nun, da die Möglichkeiten dazu gegeben sind, ist es nahezu eine Verpflichtung, daß die Historiker dieses Thema unter anderen Aspekten erneut aufgreifen.

Um der geschichtlichen Wahrheit über das Ausmaß der Zerstörung und des Todes in Dresden gerade auch in Großbritannien Geltung zu verschaffen, bedarf es neben den Schätzungen vor allem der Beweisführung, und darin liegt heute die Schwierigkeit.

Gesicherten Angaben der Dresdner Ordnungspolizei zufolge wurden bis zum 20.3.1945 = 202.040 Tote, überwiegend Frauen und Kinder geborgen. Davon konnten nur etwa 30% identifiziert werden. Einschließlich der Vermissten dürfte eine Zahl von 250.000 bis 300.000 Opfer realistisch sein. Entsprechende neue Forschungen sind noch nicht abgeschlossen.

Diese Informationen sind sicher nicht allumfassend; dennoch hoffen wir, Ihnen damit geholfen zu haben.

An dieser Stelle möchten wir Ihnen für Ihre Verbundenheit mit der Stadt Dresden danken, die in der Zukunft, und dessen sind wir gewiß, schöner denn je erblühen wird.

Mit freundlichen Grüßen
Karin Mitzscherlich
Sachgebietsleiterin

Stadtmuseum Dresden im Landhaus

verweist in einem Schreiben vom 30. April 2004 -- bearbeitet vom Kustos Stadtgeschichte Friedrich Reichert -- den sich nach den Bombenopfern erkundigenden Fragesteller auf

"das von uns veröffentlichte Buch "Verbrannt bis zur Unkenntlichkeit. Die Zerstörung Dresdens", DZA Verlag für Kultur und Wissenschaft, Altenburg 1994, ISBN 3-9804226-0-7".

Als weitere Bücher werden empfohlen:

Götz Bergander, "Dresden im Luftkrieg", Böhlau Verlag, Weimar - - Wien 1994.

Matthias Neutzner / Martha Heinrich Acht, "Dresden 1944/45", Verlag der Kunst, Dresden 1998.

Am 1. Oktober 2008 erklärte Medienberichten zufolge eine "Historikerkommission", in Dresden seien bei der Stadtvernichtung am 13./14. Februar 1945 durch britisch-amerikanische Bomberverbände maximal 25.000 Menschen ums Leben gekommen.⁶⁰⁾

Solches wagten diese nachgeborenen Propagandaschwätzer der Welt zu suggerieren, obgleich

a) auf dem Heidefriedhof bei Dresden bereits 28.746 und auf dem Johannesfriedhof weitere 3.666 = insgesamt 32.412 identifizierte Bombenopfer begraben liegen,

b) die Einwohnerzahl von Dresden 1945 rund 650.000 Menschen betrug, zusätzlich bis Mitte Februar mehr als 400.000 Flüchtlinge hineingeströmt waren, somit von dem Feuersturm, der die gesamte Stadt zerstörte, über 1 Million Menschen erfaßt worden waren,

c) rund 15 Quadratkilometer der Innenstadt völlig und die Randgebiete teilweise auch erheblich zerstört und

d) von Tieffliegern noch Menschenjagden auf die in die Elbwiesen Flüchtenden veranstaltet worden sind.

Dieser "Historikerkommission" mußte auch bewußt gewesen sein, daß ein solches von den Alliierten in Dresden ausgelöstes Inferno die größte Opferzahl zur Unkenntlichkeit pulverisiert hat, so daß die einzelnen Menschen nicht einmal mehr gefunden werden konnten.

Derlei bewußt verlogene Kommissionsberichte waren bei den Bolschewisten üblich. Viele ihrer Genossen scheinen in der BRD ihre üble Tätigkeit weiterzubetreiben, -- vor allem in Mitteldeutschland.

60) *Deutsche Stimme*, Riesa Februar 2009 S. 27.

Götz Bergander, "Dresden im Luftkrieg"

Götz Bergander hat in seinem Buch⁶¹⁾ einen umfassenden Überblick über die unterschiedlichen Bombenopferzahlen in der Katastrophennacht vom 13. zum 14. Februar 1945 und dem darauffolgenden Tag in Dresden vorgetragen. Er kennt die Fakten. Dennoch verquickt er seine Arbeitsweise mit unwissenschaftlichen Schlußfolgerungen, um zur politisch gewünschten Minimierung von 25.000 - 35.000 Bombentoten hinzuführen. Diese Methode ist unkorrekt!

Die Engländer und US-Amerikaner haben sich bei Analyse ihres Großverbrechens "zurückgehalten". Die ns-Regierung hat untertriebene Zahlen veröffentlicht, obgleich ihr weit höhere Verluste amtlich gemeldet worden waren. Es galt, einer Panik entgegenzuwirken.

Das Reich am 4. März 1945 zur Flüchtlingsfrage:

"An jenem Abend mag die Stadt rund eine Million Menschen in ihren Mauern gehabt haben, neben ihren über 600.000 ständigen Einwohnern einige hunderttausend bombengeschädigte und Umquartierte sowie Flüchtlinge aus den beiden schlesischen Nachbargauen."

Das Reich hat -- weit unter den Informationen -- "Zehntausende" Opfer genannt. So beginnt die Minimierung der Opferzahl unmittelbar nach der Katastrophe. Doch dies hatte damals seine politischen Gründe, um die Verzweiflung in Deutschland einzudämmen und die eigene noch vorhandene Kampfkraft zu erhalten.

Als sich im März Einzelheiten auch über die Opferzahl übersehen ließen, erhielten nur die obersten Instanzen die geheimen Behördenmeldungen. Dennoch drangen vielfältige Gerüchte über das wirkliche Ausmaß dieses Bombenterrors in die Öffentlichkeit.

Auch das neutrale Ausland berichtete. So z.B. schon am 16. 2. *Dagens Nyheter*:

"Das große Gesprächsthema in Berlin ist heute nicht mehr die Nähe der Front, sondern -- Dresden. ... Man kann sich lediglich an Berichte von Reisenden halten, und diese stimmen darin überein, daß Dresden seit Dienstag abend ein einziges brennendes Inferno sei, in dem die Menschen zu mehreren Zehntausenden den Tod fanden. ... Nach allem, was man hört, müssen die Opfer an Menschenleben unerhört sein. Durch keine Stadt waren in den letzten Wochen so viele Ostflüchtlinge geschleust worden wie durch Dresden. Alle Kinos, Schulen, Kirchen und andere öffentlichen Gebäude der Stadt waren voll von Müttern und Kindern und Alten und Kranken, die sich mit ihrer letzten Habe von den Frontgebieten im Osten nach Westen durchgeschlagen hatten. ..."

Svenska Morgonbladet folgte am nächsten Tag mit der Sensationsmeldung von 2,5 Millionen Opfern in Dresden. Diese Zahl stammt nicht aus deutscher Quelle, heißt es doch im weiteren Text:

"In Berlin erfährt man vertraulich, daß Dresden bei den 3

aufeinanderfolgenden Angriffen so vollständig zerstört wurde, daß ein Befehl zur Totalevakuierung erlassen werden mußte.

Die Zahl der Todesopfer war bedeutend größer, als man angenommen hatte. Gegenwärtig spricht man von 100.000 Toten."

Svenska Dagbladet 10 Tage später:

"Wie viele Menschen ihr Leben lassen mußten, weiß niemand mit Sicherheit. ... Aber nach Angaben, die einige Tage nach der Zerstörung gemacht wurden, liegt die Zahl näher bei 200.000 als bei 100.000. ... Das erklärt sich daraus, daß unerhört viele keine Gelegenheit hatten, einen ordentlichen Schutz zu suchen, oder sich nicht darum kümmerten. ..."

Anschließend freilich beginnt Götz Bergander frei zu fabulieren, indem er von diesem Pressebericht unter Außerachtlassung aller anderen Zusammenhänge vom Umfang des Feuersturmes, fehlender Schutzbunker, Wohndichte und 650.000 Menschen Stadtbevölkerung usw. seine eigene fantasievolle Geschichte ableitet:

Da der ausländische Pressebericht 200.000 Flüchtlinge erwähnte, sei eine Identität der Totenzahl mit der Flüchtlingszahl nahegelegt worden. So seien "die Fantasiezahlen" der Opfer an Hand der jeweils genannten Flüchtlingszahlen entstanden.

"So ist von Anfang an die Legende von den sechsstelligen Totenzahlen ursächlich verknüpft mit den zu hoch geschätzten Flüchtlingszahlen."

Anschließend mokiert sich Götz Bergander über einen anderen Buchautoren -- Rodenberger⁶²⁾ --, dessen Buchtitel zu nennen er sich dabei erspart, ohne allerdings sachlich etwas an dessen Ausführungen "richtigzustellen", um dann einen Bericht zu zitieren, den er als "ominös" bezeichnet, aber die angedeutete Fragwürdigkeit ebenfalls nicht begründet.

Der dem stellvertretenden Leiter des Propagandaamtes Sachsen zugeschriebene "Bericht nach Berlin" enthält folgenden Absatz:

"Die Zahl der schätzungsweise bei den Angriffen ums Leben gekommenen Menschen wird mit 350.000 bis 400.000 geschätzt. In Dresden befand sich in dieser Nacht über eine Million Menschen. Die ursprüngliche Einwohnerzahl betrug etwa 670.000; ein Drittel aller Menschen, die in dieser Nacht in der Stadt waren, ist ums Leben gekommen."

Ohne sich mit diesem Bericht auseinanderzusetzen - er "ist in keinem Archiv greifbar", gleichwohl sei er "von anderen Autoren für bare Münze genommen" --, drückt Bergander diese Zahl herunter. Daß das Nichtvorhandensein eines Dokumentes in den Archiven nach Kriegsende 1945 auch andere Gründe haben könnte als die Bestätigung für das "Fantasiegebilde eines Auto-

61) Götz Bergander, "Dresden im Luftkrieg", Weimar - Köln - Wien 1994. Hier kommentiert die S. 215 - 219.

62) Axel Rodenberger, "Der Tod von Dresden -- ein Bericht über das Sterben einer Stadt", , Frankfurt/M 1966.

ren", hat **Bergander** nicht in Erwägung gezogen.

Er zitiert die schweizer Zeitschrift *Flugwehr und Technik*, die aus Berliner zuverlässigen Kreisen "100.000 Opfer" angab. Doch soll sich diese Meldung -- so räumt **Bergander** ein -- nur auf Dresdens Einwohner beziehen, ohne die hunderttausende Flüchtlinge zu berücksichtigen.

In einem nachfolgenden Zusammenhang erwähnt **Bergander** einen bestätigenden Bericht des Dresdner Gaupropagandaamtes. Diesem zufolge war die

"Zahl der Todesopfer = 300.000 - 400.000. Sie wurde in der Panik der ersten Wochen nach dem Angriff ermittelt, unter jener Überschätzung, die die Beobachter aller Luftangriffe erfaßte."

Die aus diesem Bericht hergeleitete Zahl war

"die erste Zahl der Opfer, die um die Welt ging."

Der "mit der späten Geburt begnadete" **Götz Bergander** attestiert -- wie aus dem Zitat ersichtlich -- allen unmittelbaren Erlebniszeugen und unmittelbaren Behördenmeldungen ohne jegliche Begründung "aus Panik hergeleitete Überschätzung".

Daß das Oberkommando der Wehrmacht einmal "60.000" Todesopfer in Dresden "geschätzt" hat, und diese Zahl "1952 in dem Buch von **Rumpf** ⁶³⁾ auftauchte" -- in welchem Zusammenhang blieb offen --, ist irrelevant, zumal die Grundlagen dieser "Schätzung" nicht benannt sind. **Bergander** empfiehlt diese offenbare "Schlüssel-erkenntnis" zur "weiten Verbreitung".

In dem Nachkriegsprozeß gegen Feldmarschall **Erich von Manstein** verwies der britische Verteidiger **Reginald Paget** auf das Kriegsverbrechen an Dresden mit einer Viertelmillion ziviler Opfer. Ohne zuvor geprüfte Belege hätte er als Engländer vor einem Siegertribunal kaum eine solche Zahl nennen können.

Georg Feydt habe diesen Zahlen zwar widersprochen, doch blieb er "unbeachtet" bis auf die scharfe Entgegnung **Rodenbergers** in der Zeitschrift *Ziviler Luftschutz*. **Feydt** hat die Opferzahl auf 50.000 reduziert und nennt bis zum 6. Mai 1945 als amtliches Bergungsergebnis 39.773 Gefallene. **Bergander** vermeidet indessen weitere Einzelheiten hierzu.

Deutschland heute, hrsg. vom Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Wiesbaden 1955, bestätigte auf S. 154 = 250.000 Bombenopfer.

Während der britische Kriegsgeschichtler **J.F.C. Fuller** von 25.000 Toten "spricht", verweist das sich auf offizielle deutsche Unterlagen beziehende Buch "Bilanz des Zweiten Weltkrieges" bezugnehmend auf Unterlagen im US State Department auf 250.000, ⁶⁴⁾ S. 169 und der britische Historiker **F.J.P. Veale** ⁶⁵⁾ auf 300.000 - 500.000. 250.000 in Dresden Gefallene sind auch in dem "durchweg seriösen Geschichtswerk" "Der Zweite Weltkrieg in Bildern und Dokumenten" ⁶⁶⁾ erwähnt. Dieses Werk enthält im Gegensatz zu **Berganders** Beurteilung zahllose Kotsaus vor dem Zeitgeist einschließlich Bildfälschun-

gen. ⁶⁶⁾ u.a. Bd. 1 S. 100 - 101.

Maximilian Czesany ⁶⁷⁾ hat sich in seinem Buch "Nie wieder Krieg gegen die Zivilbevölkerung" den Untersuchungsergebnissen von **Rodenberger** und **Veale** angeschlossen:

"Die Schätzungen bewegen sich zwischen 100.000 und 400.000 Toten. ... "

Czesany bezog sich -- korrekterweise hätte **Bergander** ergänzen müssen: "neben zahllosen anderen Erfahrungsberichten" -- auf einen 1960/61 erschienenen Prospekt des Referats Fremdenverkehr beim Rat der Stadt Dresden, der 35.000 identifizierte Tote bestätigt, und folgerte, daß die Gesamtzahl ein Mehrfaches betragen habe. Die Angaben in dem Prospekt -- so **Bergander** -- seien falsch, "sie entsprächen nicht der amtlichen Bekanntmachung des Rates der Stadt Dresden von 35.000 Gesamtverlusten einschließlich nicht identifizierter und vermißter Personen". Offenbar sind Beschlüsse des Rates der Stadt Dresden für die Wissenschaft nicht beweisbedürftig.

David Irving ⁶⁸⁾ hat in seinem Buch "Der Untergang Dresdens" 135.000 Tote genannt. Anschließend bekam er aus der DDR ein "endlich aufgefundenes elfseitiges Originaldokument" zugesandt, kurz darauf ein annähernd gleichlautendes aus Westdeutschland, was ihn veranlaßte, sich in einem Artikel an die *Times* auf 25.000 Tote und 35.000 Vermißte zu reduzieren. Doch kaum einer beachtete dies. In den 80iger Jahren sah **Irving** jedoch offensichtlich ein, daß er einem Schwindel aufgesessen war und revidierte seine Zahl wieder nach oben. **Bergander** blieb jedoch von 25.000 "fasziniert" und leugnete ohne Begründung alle Zeugenberichte, die dem widersprachen. Auftragsarbeit?

1955 beschuldigte unerwartet der stellvertretende Vorsitzende des DDR-Ministerrats, **Hans Loch**, sich auf einen *Prawda*-Artikel des sowjetischen Generals **J. Petrow** vom 1. April 1955 berufend, die Alliierten der UdSSR des Mordes an 300.000 Menschen in Dresden.

Bergander verwahrte sich gegen dieses "Fantasieprodukt" aus Moskau. Dort wie in der DDR war die Sprachregelung bisher auf 35.000 abgerichtet, die vor allem **Walter Weidauer** ⁶⁹⁾ 1965 vertrat. "Seine These käme der Wirklichkeit am nächsten". Eine "These" gründet sich jedoch nicht auf wissenschaftliche Ermittlungen!

Lord Boothby hat laut *Sunday Express* 1967 die Bombardierung Dresdens als den "heimtückischsten

64) "Bilanz des Zweiten Weltkrieges", Oldenburg 1953, Gerhard Stalling Verlag

65) F.J.P. Veale, "Der Barbarei entgegen -- Wie der Rückfall in die Barbarei durch Kriegführung und Kriegsverbrecherprozesse unsere Zukunft bedroht", Wiesbaden 1962.

66) Hans-Adolf Jacobsen + Hans Dollinger (Hrsg.), "Der Zweite Weltkrieg in Bildern und Dokumenten", München - Wien - Basel 1962, 3 Bde.

67) Maximilian Czesany, "Alliierten Bombenterror -- Der Luftkrieg gegen Europas Zivilbevölkerung" Leoni am Starnberger See 1986 + Eberhard Spetzler, "Luftkrieg und Menschlichkeit", Göttingen 1956.

68) David Irving, "Der Untergang Dresdens", München 1977.

63) Hans Rumpf, "Das war der Bombenkrieg -- Deutsche Städte im Feuersturm -- Ein Dokumentarbericht", Stalling Verlag 1961.

Akt der ganzen britischen Geschichte" bezeichnet.

Während **Bergander** bei seinem Überblick den Leser auf die Opferzahl 25.000 und, für die Kritiker auf das DDR-"Forschungs"-ergebnis von 35.000 einstimmte und jeden anderen Gedankengang in überheblicher Pose als *"Fantasie"* von sich wies, bleibt festzustellen: Eine Fülle konkreter Berichte und Vergleiche hat er wider besseren Wissens ignoriert oder unwissenschaftlich abqualifiziert. So verfuhr er auch mit dem Bericht des Stabchefs einer Wehrmachtseinheit -- später Oberstleutnant der Bundeswehr -- **Matthes**:

"Ich erlebte alle Bombenangriffe auf Dresden glücklicherweise am Rande des Zerstörungsgebietes. Schon am 14. Februar 1945 mußte ich einen Sonderstab zusammenstellen, der gemeinsam mit der Stadtverwaltung ... vorging und vorrangig die Bergung der Toten zu bewerkstelligen hatte. Es waren 35.000 voll identifizierte Opfer mit Namensangabe. 50.000 Opfer waren teil-identifiziert (Eheringe mit eingravierten Initialen oder andere Erkennungszeichen). Auch verbrannt und gesondert beigesetzt 168.000 Opfer, an denen es nichts mehr zu identifizieren gab." ⁶⁷⁾ S. 453

Allein folgender Vergleich müßte ernüchtern:
Hamburg:

In 7 Angriffen vom 24. Juli bis 3. August 1943 -- davon 2 Kastrophenangriffen, nachts zum 25. + 28. Juli - legten 2.600 "fliegende Festungen" in ihrem "Unternehmen Gomorrha" mit 10.000 Tonnen Brand-, Phosphor- und Sprengbomben flächendeckend weite Teile der Millionenstadt in Trümmer. Ihre völkerrechtswidrigen Kampfmittel erzeugten einen bisher nie bekannten Feuersturm, der alles Leben in seinem Wirkungsbe-

reich grausig zum Verglühen brachte. An der ermittelten Opferzahl von 55.000 - 62.000 Toten gab es weder in der Kriegs- noch Nachkriegszeit ernsthafte Zweifel.

Dresden:

Auf diese 650.000-Einwohner-Stadt, in die sich kurz zuvor über ½ Million Flüchtlinge aus den Ostprovinzen Rettung suchend eingefunden und alle Gebäude überbelegt hatten, wurden 3 unmittelbar auf einander folgende Katastrophenangriffe von insgesamt über 3.250 Royal-Air-Force- und US-Bombern geflogen:

Am 13. Februar 1945 von 22.⁰⁰ - 22.³⁰ Uhr,

am 14. 2. nachts von 1.⁰⁰ - 1.³⁵ Uhr und

am 14.2. von 11.³⁰ - 12.⁰⁰ Uhr zusätzlich mit 200 Jagdbombern im Tieffliegereinsatz.

Abgeworfen wurden: über 1 Million Stabbrandbomben, 85.000 Flammstrahl- und Phosphor-brandkanister, 25.000 Sprengbomben einschließlich Luftminen von 1.800 - 4.000 kg Gewicht,

Die mehr als 1 Million Bewohner und Flüchtlinge, die sich zu diesem Zeitpunkt in Dresden aufgehalten hatten, waren viel dichter zusammengedrängt als in Hamburg und diesen Angriffen und dem singulär gigantischen Feuersturm völlig schutzlos ausgeliefert.

Angesichts dieser unbestreitbaren Sachlage ist jeder Versuch, die Opferzahl von Dresden auf weniger als die Hälfte jener von Hamburg herunterzupropagieren, vorsätzlicher Politbetrug, mit dem nahezu ½ Million Opfer verunglimpft und das gesamte deutsche Volk beleidigt wird. Dies gilt auch für die von der Stadt Dresden eingesetzte *"Historikerkommission"*, die 2008 *"zum Ergebnis von höchstens 25.000 Toten gekommen ist"*.⁷¹⁾

Bewußtes Lügen über die Bombenziele

Der stellvertretende Ministerpräsident **Earl Clement Attlee** (Labour Party), der Großbritannien im Juli/August 1945 als Premierminister auf der Potsdamer Siegerkonferenz vertrat, hatte keine Hemmungen, als er am 28. Mai 1943 die Abgeordneten des Unterhauses und damit die Öffentlichkeit amtlich anlog:

"Nein, es findet kein unterschiedsloses Bomben statt (Beifall). Wie in diesem Hause wiederholt festgestellt wurde, werden nur solche Ziele gebombt, welche vom militärischen Standpunkt höchst wichtig sind (Beifall)." ⁷⁰⁾

David Irving kommentierte:

"Dennoch gab es in der englischen Öffentlichkeit einen wachsenden Unwillen gegen die Luftangriffe. Die Engländer wurden jedoch durch regierungsamtliche Versicherungen beruhigt, daß die Royal Air Force lediglich militärische Ziele bombardiere." ⁷²⁾

Luftfahrtminister **Sinclair** erklärte im Oktober 1943 gegenüber **Sir Charles Portal**,

"daß er nur durch bewußtes Lügen über die wahren Angriffsziele der RAF die Nachfragen der Öffentlichkeit, des Erzbischofs von Canterbury und anderer religiöser Würdenträger zufriedenstellend beantworten könne. Denn er fürchte deren verdammendes Urteil und dessen Wirkung auf die Moral der Bomberbesatzungen, wenn sie einem Befehl gehorchen müssen, den offen einzugestehen sich das Luftfahrtministerium schäme. ... So gab man weiterhin die Wahrheit nicht zu." ⁷³⁾

Vor seinen Luftmarschällen hatte **Winston Churchill** keinerlei Hemmung, für Dresden zu befehlen:

"Ich möchte keine Vorschläge haben, wie wir kriegswichtige Ziele im Umland von Dresden zerstören können; ich möchte Vorschläge haben, wie wir 600.000 Flüchtlinge aus Breslau in Dresden braten können." ^{73a)}

71) *Deutsche Nationalzeitung*, Münchn, 17.10.2008

72) David Irving, "Von Guernica bis Vietnam -- Die Leiden der Zivilbevölkerung im modernen Krieg", München 1982, S. 102.

73) S. Webster & Frankland, "The Strategic Air Offensive Against Germany 1939 - 1945", London 1961, Bd. III, S. 116.

73a) David Irving hatte als Engländer den Mut, dies im Dresdner Kulturpalast am 13.2.1990 -- aus seinem Buch "Der Untergang Dresdens" zitierend -- vorzutragen.

69) Walter Weidauer, "Inferno Dresden -- Über Lügen und Legenden um die Aktion »Donnerschlag«", Berlin-Ost, Dietz Verlag 1966.

70) J.F.C Fuller, "Der Zweite Weltkrieg 1939 - 1945", Wien - Stuttgart 1950, S. 269. -- Vgl. Maximilian Czesany, "Alliierte Bombenterror -- Der Luftkrieg gegen die Zivilbevölkerung", Leoni 1986, S. 370.

Geschichts- und rechtswidrige Entscheidung des Europäischen Gerichts für Menschenrechte

Am 7. Oktober 2008 hat der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg (4. Kammer unter dem Präsidenten **Nicolas Bratza** vom Vertreiber-Befürworterstaat Großbritannien und Mitwirkung des polnischen Robenträgers, **Lech Garlicki**, ohne Beteiligung eines deutschen Richters) die Klage der Preußischen Treuhänder für 23 ostdeutsche Beschwerdeführer auf Anerkennung der Besitzrechte deutscher Vertriebener nicht zur Entscheidung angenommen.

Begründung: Die Rechtlosmachung und Vertreibung der Deutschen jenseits von Oder und Neiße sei zu einer Zeit erfolgt -- benannt wurden Januar bis April 1945 --, als die osteuropäischen Staaten noch keine Kontrolle über die deutschen Ostgebiete gehabt hätten. Alles das, was Deutsche unter den Polen, Tschechen usw. erlebt hätten, seien "*Akte individueller Gewalt*", "*Augenblicksakte*" unkontrollierter Einzeltäter gewesen. So sei auch dem polnischen Staat die Vertreibung und unmenschliche Behandlung der Deutschen nicht zuzurechnen. Die Russen seien die Verantwortlichen gewesen. Anschließend hätten die Alliierten das alles mit ihren Entscheidungen auf der Potsdamer Konferenz vom 17. Juli bis 2. August 1945 "rechtskräftig" geregelt.

"Die polnischen Maßnahmen flossen aus dem Dasein einer internationalen Basis von Gesetzen. ...

Die Unterzeichner der Menschenrechtskonvention seien nicht verpflichtet, konfisziertes Eigentum der vertriebenen Deutschen zurückzuerstatten, welches vor dem Beitritt zur Europäischen Menschenrechtskonvention (Polen 1994) enteignet worden ist. Staaten seien frei in ihrer Entscheidung, die Bedingungen einer Rückerstattung festzusetzen."

Als ob es bis 1945 noch keine Völkerrechtsbestimmungen zur Respektierung fremdvölkischen Eigentums, auch keine Haager Landkriegsordnung von 1929 gegeben hätte!

Wehe aber jenen, die den Polen und anderen den geraubten Besitz wieder wegnehmen wollten! Sie würden eindeutig die Menschenrechte verletzen, da solches böses Tun nach Ratifizierung der Europäischen Menschenrechtskonvention geschähe!

Unerwähnt ließ der EGMR alle Zusammenhänge, die auch zu 3,28 Millionen deutschen Todesopfern anlässlich der Vertreibung geführt haben. Alles dies blieb ausgeklammert, als habe es Derartiges nicht gegeben, oder als gehöre dies nicht zum Verfahrensthema: Eigentums-Rückerstattung der 23 Beschwerdeführer.

Nachfolgend hier wiedergegebene Dokumente, beginnend mit dem "Lubliner Komitee der Nationalen

Befreiung" und seinen Dekreten, die in der Dokumentation des Bundesministeriums für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte ausführlich nachzulesen sind,⁷⁴⁾ belegen eindeutig die amtlich verkündeten grausamen Zielsetzungen -- "*Vernichtung der Deutschen*" -, ohne die die Vertreibungsverbrechen niemals hätten so geschehen können. Man beachte auch, daß es inzwischen sogar eine analoge polnische Dokumentensammlung über die Enteignungs- und Vertreibungsmaßnahmen der kommunistischen polnischen Führung gibt.⁷⁵⁾ Die Stiftung für Deutsch-Polnische Zusammenarbeit und die **Robert-Bosch-Stiftung** haben in den Jahren 1997 - 2000 diese polnische Dokumentensammlung ermöglicht. Aus mehreren Zehntausenden polnischer Dokumente wurden 2.000 übersichtlich publiziert. Sie bestätigen die vom Bundesministerium für Vertriebene veröffentlichten Dokumente und Zeugenberichte.

Schon in einem Vertrag zwischen der UdSSR und dem "Lubliner Komitee" vom 26. Juli 1944, hat die Sowjetunion ihrem Satelliten die Verwaltung der Gebiete westlich der **Curzon-Linie** übertragen, wobei undefiniert blieb, wo denn nun die westliche und nördliche Grenze verlaufen solle. Während der Jalta-Konferenz "der Großen Drei" gab indessen der Präsident des Polnischen Nationalrates **Boleslaw Bierut** bekannt, daß "*die befreiten wiedergewonnenen Gebiete*" gleichermaßen von Polen verwaltet würden.⁷⁶⁾ Seine unmittelbar nachfolgenden Dekrete verfügten "amtlich" die Enteignung des deutschen Eigentums als Vorstufe für die vom **Manifest des "Lubliner Komitees"** vom 22. Juli 1944 geforderte "*Vernichtung der Deutschen*".

Auch nachfolgende Maßnahmen -- wie verfügte neue Wojewodschaften in Masuren, Pommern, Niederschlesien und Danzig sowie die Verwaltungsübernahme der übrigen deutschen Ostgebiete im März 1945 -- zu ignorieren, ist ein neuerliches Verbrechen, das diesmal dem Europäischen Gerichtshof zuzurechnen ist! Seine Robenträger haben die Vertriebenen mit Negierung ihrer Menschenrechte erneut entrechtet, dafür völkerrechtswidrige Regelungen der Siegermächte von 1945 für "rechters" befunden.

Die Bundesregierung, vorneweg die ehemalige kom-

74) Bundesministerium für Vertriebene (Hrsg.), "Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa -- Die Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus den Gebieten östlich der Oder-Neiße", München 1984, Bd. 3, S. 1 - 7; Hier Wiedergabe in Auszügen.

75) Wlodzimierz Borodziej + Hans Lemberg, "Die Deutschen östlich von Oder und Neiße 1945 - 1950 -- Dokumente aus polnischen Archiven", 4 Bände.

76) Keesings Archiv der Gegenwart, 1945, S. 59 + *New York Times*, 6.2.1945. -- Vgl. auch: Dr. Herbert Kraus, "Der völkerrechtliche Status der deutschen Ostgebiete", Göttingen 1964, S. 133.

unistische FDJ-Agitprop-Funktionärin **Angela Merkel** in ihrer neuen Eigenschaft als Bundeskanzlerin, hat die Entrechtung der ostdeutschen Volksgeschwister und den für "Recht" erklärten Raub der deutschen Ostprovinzen durch das EGMR begrüßt. Ihren Amtseid mißachtete sie zugunsten "guter Beziehungen" zu den Räuberstaaten.

Bereits im Dezember 2005 hatten 90 Sudetendeutsche mit dem Straßburger Gerichtshof die gleiche Erfahrung machen müssen.

Anstatt Unrecht wiedergutzumachen, wird die Politik der Potsdamer Konferenz-Teilnehmer von 1945 fortgesetzt, sogar mit notifiziertem Bezug auf diese. Die Alliierten hätten den Polen und den anderen das "*Recht zur Vertreibung und Enteignung*" zuerkannt. Außerdem hätten die nachfolgenden Regierungen alle strittigen Fragen -- einschließlich der Grenzen -- längst untereinander geregelt.

Im übrigen sei der EGMR für diese Fragen nicht zuständig.

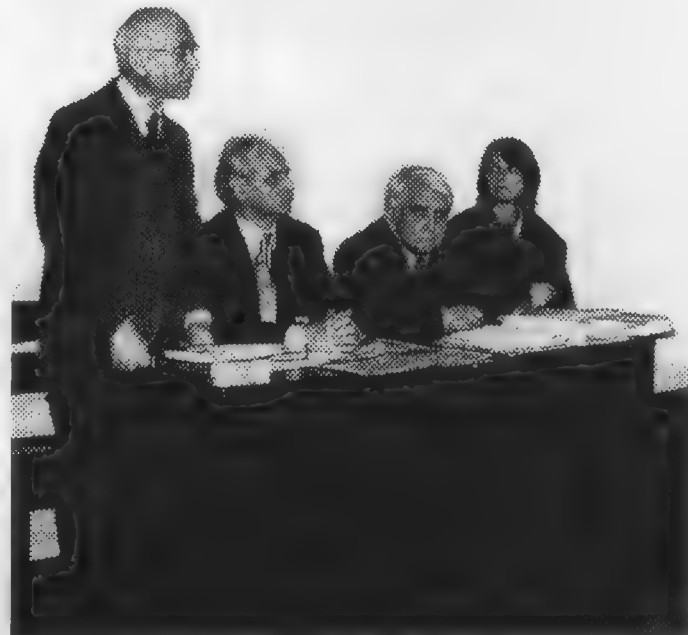
Erstes Staatsziel: "*Vernichtung der Deutschen*"

Am 22. Juli 1944 machte sich das vom Kreml-Herrscher **Stalin** installierte "Lubliner Komitee der Nationalen Befreiung" als "neue Regierung Polens" mit einem Manifest an die polnische Bevölkerung bekannt. Fortan bestehe erneut ein polnischer Staat. Seine östlichen Grenzen würden in gutnachbarlichem Verhältnis zur Sowjetunion nach ethnographischen Grundsätzen geregelt. Die nördlichen und westlichen Grenze blieben unerwähnt.

Die in London seit Jahresende 1939 bestehende polnische Exilregierung wird kurzerhand für illegal erklärt und den "*Volksfeinden*", "*Faschisten*", "*Antinationalen*", "*Kapitalisten*", "*Agenten der Reaktion*" zugerechnet, die -- bzw. deren Organisationen -- "*mit aller Schärfe des Rechts ausgerottet werden*". Zwar werden Großbritannien und die USA hochgelobt, doch ihr künftiger Einfluß in Polen werde "*ausgerottet*".

Churchill, Roosevelt und ihre Nachfolger auf der Potsdamer Konferenz (17. Juli bis 2. August 1945) finden sich mit dem Gesamtkonzept der Sowjets sowie den kommunistischen Staatsführungen Polens, der Tschechoslowakei und aller anderen ost- und südosteuropäischen Satelliten ab. Die Imperialstaaten hatten sogar bereits mit Ihrer Deklaration vom 5. Juni 1945 "*die oberste Autorität in allen Deutschland betreffenden Angelegenheiten*"⁷⁷⁾, somit auch die Verantwortung für das Handeln der kommunistischen Satelliten übernommen! Im Juli 1945 übertrugen sie diesen Leuten die deutschen Ostprovinzen zur "*Verwaltung*", ohne Kritik an den schon vorher bekanntgewordenen Vertreibungsverbrechen und dem offen deklarierten Willen zur "*Vernichtung der Deutschen*" zu üben! Auch später hüten sie sich, in diesem Zusammenhang "*Völkermord*", "*Unmenschlichkeiten*" und "*Menschenrechtsverletzungen*" anzuprangern. Sie heuchelten, nur "*deutsche Kriegsschuld und deutsche Kriegsverbrechen*" zu kennen, die jegliche "antifaschistischen" Täter "*rechtfertigen*". Mit Geschichtsverfälschungen übelster Art wurde dann dieses Tun noch "*rechtskräftig*" abgesichert.

Kein Völkerrechtsgrundsatz gab Großbritannien, den USA, Frankreich oder der Sowjetunion "das Recht", Hunderttausende von Quadratkilometern hoch kultu-



Im Februar 2006 streiten in einem Strafprozeß in Hirschberg (heute: Jelenia Gora) gegen 3 junge Deutsche 3 polnische, als Sachgutachter bestellte, Professoren bedenkenlos historische Offenkundigkeiten ab. So z.B. Prof. Dr. Karol Jonca mit den Worten:

"Es gibt keine Beweise, daß nach dem Zweiten Weltkrieg 15 Millionen Deutsche allgemein beraubt und enteignet worden sind -- keine Beweise!"

Der Richter lehnte jegliche Beweisangebote ab und ließ die Verteidigung kaum zu Wort kommen. -- "Rechtsstaat Polen" in der EU-Wertegemeinschaft.

Die Gutachter in dem nicht mehr kommunistischen Polen v.l.n.r.: Prof. Dr. Karol Jonca, Prof. Dr. Wojciech Sitek, Prof. Dr. Wojciech Wrzesinski, rechts die Staatsanwältin.

vierten deutschen Landes zu rauben oder anderen Staaten zu übertragen, und die dort lebenden Menschen zu ermorden bzw. mit brutalsten Mitteln zu vertreiben!

Diese singulären Verbrechen haben nicht zügellose Banden in die Wege geleitet, sondern die Staatsregierungen Rußlands, Polens, der Tschechoslowakei, Jugoslawiens mit aktiver Unterstützung der Imperialmächte Großbritannien und der Vereinigten Staaten von Amerika! Der von ihnen mobilisierte Mob der Straße vollbrachte die Drecksarbeit und erhielt dafür anschließend Lob und Auszeichnungen seiner Regierenden!

⁷⁷⁾ Dr. Karl Ploetz, "Auszug aus der Geschichte", Bielefeld 1951, S. 955.

Manifest des Polnischen Komitees der Nationalen Befreiung vom 22. Juli 1944

An das polnische Volk!

Polen in der Heimat und in der Emigration! Polen in deutscher Gefangenschaft!

Brüder! Die Stunde der Befreiung hat geschlagen. Die Polnische Armee hat an der Seite der Roten Armee den Bug überschritten. Der polnische Soldat kämpft auf unserer Heimaterde. Über dem gequälten Polen wehen wieder weiß-rote Fahnen.

Das polnische Volk grüßt die Soldaten der Volksarmee, die sich mit den Soldaten der Polnischen Armee in der UdSSR vereint haben. Gemeinsam ist der Feind, gemeinsam der Kampf und gemeinsam sind die Fahnen.

Vereint zum Ruhme des Vaterlandes, unter einer gemeinsamen Führung marschieren alle polnischen Soldaten an der Seite der Roten Armee weiteren Kämpfen um die Befreiung der Heimat entgegen.

Durch ganz Polen geht ihr Marsch, um Rache an den Deutschen zu üben, solange bis die polnischen Fahnen in den Straßen der Hauptstadt des dreisten Preußentums, in den Straßen Berlins, gehißt werden.

Brüder!

Die Nation hat bereits während des Kampfes mit dem deutschen Okkupanten um Freiheit und Unabhängigkeit ihre Repräsentation, ihr geheimes Parlament gebildet -- den Landes-Nationalrat. Ihm gehören Vertreter der demokratischen Parteien an, Angehörige der Volkspartei, Demokraten, Sozialisten, Mitglieder der PPR (Polnische Arbeiter-Partei) und anderer Organisationen. Dem Landes-Nationalrat haben sich die Organisationen der Auslands-polen mit dem Verband Polnischer Patrioten und der von ihm gebildeten Armee an der Spitze untergeordnet.

Der vom kämpfenden Volk berufene Landes-Nationalrat ist die einzige legale Staatsgewalt in Polen.

Die "Regierung" der Emigration in London und ihre Delegatur in Polen sind usurpatorische, betrügerische Mächte und vollkommen illegal. Sie stützen sich auf die widerrechtliche faschistische Verfassung von April 1935. Diese "Regierung" hemmte den Kampf mit dem deutschen Okkupanten; mit ihrer abenteuerlichen Politik versuchte sie, Polen in eine neue Katastrophe zu treiben.

Jetzt, im Zeitpunkt der Befreiung Polens, jetzt, da die Rote Armee und mit ihr das Polnische Heer den Okkupanten aus dem Lande treiben, in diesem Moment muß eine legale Staatsgewalt entstehen, die den Kampf des Volkes um die endgültige Befreiung führt.

Daher hat der Landes-Nationalrat in seiner Eigenschaft als vorläufiges Parlament des polnischen Volkes das

POLNISCHE KOMITEE
DER NATIONALEN BEFREIUNG

als legale vorläufige ausführende Gewalt zur Führung des Befreiungskampfes, zur Erringung der Unabhängigkeit und zum Wiederaufbau des polnischen Staates berufen.

Der Landes-Nationalrat und das Polnische Komitee der Nationalen Befreiung handeln auf Grund der Verfassung vom 17. März 1921, die allein legal und rechtlich beschlossen wurde und daher bindend ist. Die Grundsätze der Verfassung vom 17. März 1921 bleiben so lange in Kraft, bis der aus allgemeinen, direkten, gleichen, geheimen und proportionalen Wahlen hervorgegangene Gesetzgebende Sejm einberufen wird, der dann als Vertreter des Volkswillens eine neue Verfassung beschließen wird.

Brüder!

Das Polnische Komitee der Nationalen Befreiung hält es für seine Hauptaufgabe, den Anteil des polnischen Volkes am Kampf um die Vernichtung **Hitler**-Deutschlands zu steigern. ...Brüder!

... Die Rote Armee ist als Befreiungsarmee in Polen einmarschiert. ...

Der Landes-Nationalrat und das von ihm berufene Polnische Komitee der Nationalen Befreiung erkennen an, daß die Regelung der polnisch-sowjetischen Grenze im Wege einer gemeinsamen Übereinkunft erfolgen muß. Die Ostgrenze soll eine Linie der freundschaftlichen Nachbarschaft und kein Hindernis zwischen uns und unseren Nachbarn sein; sie soll daher nach dem Grundsatz geregelt werden: polnische Gebiete zu Polen und ukrainische, weißrussische und litauische Gebiete zur Sowjet-Ukraine, Weißrußland und Litauen. Ein dauerhaftes Bündnis mit unseren unmittelbaren Nachbarn, der Sowjetunion und der Tschechoslowakei, wird der wichtigste Grundsatz der vom Polnischen Komitee der Nationalen Befreiung geführten polnischen Außenpolitik sein.

Die Waffenbrüderschaft, die durch das gemeinsam im Kampf mit der deutschen Aggression vergossene Blut begründet wurde, vertieft noch mehr die Freundschaft und stärkt das Bündnis mit Großbritannien und den Vereinigten Staaten von Nordamerika. Polen strebt zur Aufrechterhaltung der Freundschaft und des traditionellen Bündnisses mit dem wiedererstandenen Frankreich sowie zur Zusammenarbeit mit allen demokratischen Staaten der Welt.

Die polnische Außenpolitik wird demokratisch sein und sich auf die Grundsätze der gemeinsamen Sicherheit stützen.

Das Polnische Komitee der Nationalen Befreiung wird systematisch alle Verluste feststellen lassen, welche die

polnische Nation durch die Deutschen erlitten hat, und wird alle Schritte unternehmen, um die Polen zustehenden Entschädigungen zu sichern.

Brüder!

Im Namen des Landes-Nationalrates ergreift das Polnische Komitee der Nationalen Befreiung in den befreiten Gebieten Polens die Macht. Keinen Augenblick lang darf auf dem von dem deutschen Einfall befreiten polnischen Boden eine andere als die polnische Verwaltung wirken. Das Polnische Komitee der Nationalen Befreiung wird die Staatsgewalt durch Wojewodschafts-, Kreis-, Stadt- und Gemeinde-Nationalräte und durch seine hierfür ermächtigten Vertreter ausüben. Dort, wo die Nationalräte noch nicht bestehen, sind die demokratischen Organisationen verpflichtet, sie sofort ins Leben zu rufen und zu ihnen polnische Patrioten, die sich des Vertrauens der Bevölkerung erfreuen, ohne Rücksicht auf ihre politische Überzeugungen, zu entsenden.

Das Polnische Komitee der Nationalen Befreiung befiehlt Auflösung aller Verwaltungsorgane des Okkupanten.

Das Polnische Komitee der Nationalen Befreiung befiehlt die sofortige Auflösung der sogenannten Blauen Polizei.

Die Nationalräte bilden unverzüglich die ihnen unterstehende Bürgermiliz, deren Aufgabe es ist, Ordnung und Sicherheit aufrechtzuerhalten.

Aufgabe der unabhängigen polnischen Gerichte wird es sein, eine rasche Rechtspflege zu garantieren. Kein deutscher Kriegsverbrecher, kein Volksverräter darf der Strafe entgehen!

Brüder!

Das Polnische Komitee der Nationalen Befreiung verspricht zu Beginn des Wiederaufbaus des polnischen Staates die Wiedereinführung der demokratischen Freiheiten, der Gleichheit aller Bürger ohne Rücksicht auf Rasse, Konfession und Nationalität, der Freiheit politischer und beruflicher Organisationen, der Presse und des Gewissens. Die demokratischen Freiheiten dürfen jedoch nicht den Feinden der Demokratie dienen. Faschistische und antinationale Organisationen werden daher mit der ganzen Schärfe des Rechts ausgerottet.

Brüder!

...

Brüder!

...

Brüder!

...

Brüder!

Das Polnische Komitee der Nationalen Befreiung ruft auf:

Alles für die schnellste Befreiung des Landes und die Vernichtung der Deutschen!

... " 74) S. 1. 7

Dem vorgenannten "Manifest" vom 22. Juli 1944 folgte ein Vernichtungskrieg auch gegen die "Brüder", die sich der Exilregierung in England verpflichtet hatten. Die übrigen aufgerufenen "Brüder" merkten alsbald, daß alle die schönen Parolen von Freiheit, Gleichheit, Rechtsstaat und Demokratie nur dazu dienten, mit Hilfe der Roten Armee eine brutale kommunistische Diktatur in Polen zu errichten. Mit Terror und Mord bahnten sich jene den Weg, die Dekrete und Gesetze erließen, die neben "Volksverrättern" insbesondere alle Deutschen enteigneten und rechtlos machten, als Vorstufe zur Vertreibung.

Am 1. Januar 1945 bildete sich das "Lubliner Komitee" zur "Provisorischen Regierung Polens" um, diese am 5. Juli 1945 zur "Regierung Polens".

Auf Druck der siegreichen Alliierten nahm sie Vertreter der westlichen polnischen Emigration ins Kabinett auf und erhielt daraufhin die offizielle Anerkennung der Westmächte und der übrigen Nationen. An dem kommunistischen Herrschaftssystem, seinen menschenrechtswidrigen Methoden und Zielsetzungen hat sich freilich nicht das geringste geändert.

Das Dekret des Polnischen Nationalen-Befreiungskomitees zur Bodenreform vom 6. September 1944 mit der Durchführungsverordnung der Provisorischen Polnischen Regierung vom 1. März 1945 leitete mit der Enteignung in den deutschen Ostgebieten, die geschichtswidrig als "wiedergewonnene Gebiete" bezeichnet

wurden, "amtlich" die Existenzvernichtung der dort ansässigen Bevölkerung ein.

Das Dekret vom 2. März 1945 verfügte die Einziehung des Besitzes vom Deutschen Reich sowie aller deutschen Staatsbürger.⁷⁸⁾ Ein Gesetz vom 6. Mai 1945 konfiszierte noch einmal alles von Deutschen, was bisher womöglich noch vergessen war, unabhängig davon, ob die deutschen Eigentümer geflohen oder noch anwesend waren. Ungeachtet der veränderten Bezeichnungen ihrer Regierungen des kommunistischen Polen -- oder der Ostblockstaaten allgemein -- wurden die Enteignungs- und Vertreibungsmaßnahmen gemäß den vorangegangenen Dekreten fortgeführt. So betrieben sie auch die "Vernichtung der Deutschen", die sie auch in ihren Internierungs-Vernichtungslagern bis zu deren Auflösung in den Jahren 1949/1951 fortgesetzt haben.

"Die ersten Abtransporte der deutschen Bevölkerung begannen im Juni 1945 in Danzig. Eine umfassende und radikale Austreibungsaktion setzte im selben Monat in Ostbrandenburg, in westlichen Teilen Ostpommerns und Niederschlesiens ein. Erst Mitte Juli wurde die Aktion plötzlich eingestellt, um dann nach dem Potsdamer Abkommen wieder aufgenommen zu werden. Insgesamt wurden im Spätfrühjahr und Frühsommer 1945 etwa 400.000 Deutsche unter besonders demütigenden Bedingungen ausgetrieben.

78) Vgl. für das Dekret vom 2. März 1945 die Berichte Nr. 224, 226, 229, 238 in "Dokumentation der Vertreibung" Bd. 1/2 (hrsg. v. Bundesministerium für Vertriebene 1953).

Ähnlich verfuhr auch die tschechoslowakische Regierung." 79)

Bei der allseitig betriebenen "verstärkten Greuelpropaganda zur Ablenkung der Öffentlichkeit" 80) wurden diese Völkermord-, Enteignungs- und Vertreibungsmaßnahmen im "allgemeinen internationalen Konsens" tunlichst verschwiegen oder verharmlost oder als "berechtigte Rache" für "unverjährbare deutsche Schuld" noch für "rechters" erklärt. Derlei bekräftigten anschließend die publizistischen und politischen Lizenzlinge, die Befreiung und Demokratie feiernd und mit verlogenen Grundlagen "Kriegsverbrecherprozesse" gegen Deutsche führend.

Von den zahlreichen völkerrechtswidrigen Dekreten, Gesetzen, Verordnungen und Erlassen allein der polnischen Regierung -- man stelle sich nur vor, Adolf Hitler hätte solche gegen Polen und Tschechen veranlaßt! -- sei hier lediglich noch der Erlaß vom 14. Februar

1946 zitiert, um noch einmal deutlich zu machen, daß

1.) sich die polnische Regierung immer noch der verlogenen Floskel von den "wiedergewonnenen Gebieten" bedient -- ohne sich dafür überhaupt jemals eine Beweisführung ausgedacht zu haben --, obgleich die alliierten Sieger Polen auf der Potsdamer Konferenz eindeutig deutsche Provinzen nur "zur Verwaltung" überstellt hatten,

2.) Polen sich fortan sogar auf Kontrollratsbeschlüsse berief, die ihnen Enteignung und Vertreibung der Deutschen zugestanden,

3.) Polen ein Land übernommen hat, in dem es gar keine Polen gegeben hat und das geraubte -- mehrfach als "deutsch" gekennzeichnete! -- Eigentum der vertriebenen Deutschen immer noch Anlaß gab, bisherige Konfiszierungsmaßnahmen zu ergänzen,

4.) Polen gar nicht die Menschen hatte, um das Gebiet ausreichend zu besiedeln.

**Nr. 33 -- Runderlaß Nr. 5 des
Ministeriums für die Wiedergewonnenen Gebiete, 74) S. 111 - 112
Liquidations-Department I. Nr. 2489/425/IV/46
vom 14 Februar 1946
betreffend die Sicherstellung des ehemals deutschen Vermögens.
Dz. U. M. Z. O. Nr.1 , Pos. 10.**

**An alle Bezirks-Bevollmächtigten
der Regierung (Wojewoden) in den Wiedergewonnenen Gebieten**

Das Ministerium für die Wiedergewonnenen Gebiete hat begonnen, die Beschlüsse des Alliierten Kontrollrates in Berlin betr. die Ermöglichung der Rückkehr der deutschen Bevölkerung ins Reich zu verwirklichen.

Da es oftmals unmöglich sein wird, die von den Deutschen geräumten Höfe und Wohnungen sofort mit polnischen Ansiedlern zu besetzen, ist die entsprechende Sicherstellung des zurückgelassenen beweglichen wie auch unbeweglichen ehemals deutschen Vermögens von erstrangiger Bedeutung.

Zu diesem Zweck ordnet das Ministerium für die Wiedergewonnenen Gebiete folgendes an:

1. Das zurückgelassene, ehemals deutsche bewegliche und unbewegliche Vermögen muß unverzüglich nach Entfernung der Deutschen derart sichergestellt werden, daß eine auch noch so geringe

Minderung durch Diebstahl oder Zerstörung unmöglich ist.

2. Um Wohnungseinrichtungen weitestgehend zu sichern, sind die in den Wohnungen befindlichen beweglichen Sachen in die Magazine der Vorläufigen Staatlichen Verwaltung abzutransportieren; falls dies nicht möglich ist, sind diese Gegenstände mit Hilfe der Deutschen möglichst in ein von den Deutschen geräumtes Gebäude zusammenzutragen, das versiegelt und von einem ständigen Posten der Bürgermiliz bis zur Verteilung an Repatrianten oder bis zum Abtransport in die Magazine der Vorläufigen Staatlichen Verwaltung bewacht werden soll.

3. Das zurückgelassene lebende Inventar ist in der Weise zu sichern, daß es der ansässigen polnischen Bevölkerung zur Beaufsichtigung und Benutzung übergeben oder planmäßig an die bereits angesiedelten Repatrianten und Umsiedler, welche solches Inventar nicht besitzen, verteilt wird.

4. Über das ganze zurückgelassene ehemals deutsche bewegliche wie unbewegliche Vermögen hat eine genaue Bestandsaufnahme zu erfolgen.

5. Die Kreisbevollmächtigten benutzen den gesamten verfügbaren Angestellten- und Beamtenapparat zur Bestandsaufnahme und Sicherstellung des von den ausgesiedelten Deutschen zurückgelasse-

79) Göttinger Arbeitskreis (Hrsg.), "Das östliche Deutschland -- Ein Handbuch", Würzburg 1959, S. 118.

80) Edward Rozek, "Wartime Diplomacy -- A Pattern in Poland", London 1958, S. 209 - 210. -- Vgl HT Nr. 23, S. 40.

nen beweglichen und unbeweglichen Vermögens; sie beauftragen damit die Angestellten ihrer und anderer Behörden bzw. befreien diese notwendigenfalls für die Zeit dieser Arbeiten von den normalen Dienstpflichten.

6. Die von den Deutschen geräumten Wohnungen dürfen auf keinen Fall ohne Einverständnis der lokalen Ansiedlungsausschüsse bzw. Ansiedlungsreferate vermietet werden; diese setzen fest, welche Wohnungen in der betreffenden Ortschaft mit Rücksicht auf den Ansiedlungsplan frei bleiben müssen.

7. Um diese Aktion zur Sicherstellung des ehemals deutschen Vermögens erfolgreich durchzuführen, setzen sich die Kreisbevollmächtigten unverzüglich

mit den Organen der Bürgermiliz und der Öffentlichen Sicherheit in Verbindung.

8. Die Bezirksbevollmächtigten (Wojewoden) haben unverzüglich den Inhalt dieses Runderlasses den Kreisbevollmächtigten bekanntzugeben.

9. Die Bestimmungen dieses Runderlasses sind in Übereinstimmung mit den Bestimmungen der Instruktion für die Verwaltungsbehörden betr. die Repatriierung der deutschen Bevölkerung aus dem polnischen Staatsgebiet anzuwenden (unsere L. Nr. 2/II/TJ/46).

I. V. des Ministers:

Dr. Jan Wasilewski

Unterstaatssekretär

Das Massaker von Treuenbrietzen

"Günter Eiserbeck hat noch jedes Detail der Szene in Erinnerung:

Sein Großvater wird von einem Uniformierten gefragt: „Du Deutscher?“ Als der alte Mann bejaht, wird er weggerissen, auf die Knie gezwungen, der Uniformierte drückt ihm den Lauf einer Pistole in den Nacken und erschießt ihn. Geschehen ist das am 23. April 1945 am Ortsausgang der brandenburgischen Kleinstadt Treuenbrietzen.

Eiserbeck war damals 7 Jahre alt. Er weiß noch, daß er den leblosen Großvater liegen sah, das Gesicht, auf dem nassen Waldboden und daß er jämmerlich geweint und nichts begriffen hatte.

Etwa 1.000 Zivilisten sollen an diesem 23. April 1945 in Treuenbrietzen getötet worden sein. In der Kleinstadt wurde jahrzehntelang über dieses Massaker geschwiegen. Das änderte sich erst 1989 nach der politischen Wende. ...

Vor 2 Jahren stellte das Berliner »Forum zur Aufklärung und Erneuerung«, das sich vorwiegend mit Folgen der DDR-Diktatur beschäftigt, wegen vielfachen Mordes eine Strafanzeige.

Im Zuge dieses Verfahrens hat vor wenigen Tagen die Staatsanwaltschaft Potsdam ein Auskunftersuchen an die russische Generalstaatsanwaltschaft gestellt. Spätestens jetzt ist die Zeit des Schweigens vorbei in Treuenbrietzen. ..."⁸¹⁾

Treuenbrietzen hatte im Frühjahr 1945 etwa 7.000 Einwohner. Der Krieg für sie "begann" am 19. April mit schweren Luftangriffen; die ersten Rotarmisten kamen am 21. 4. , wurden jedoch 2 Tage später von der Wehrmacht wieder hinausgedrängt. Doch die Russen kehrten zurück und befahlen der Bevölkerung, die Stadt unverzüglich zu verlassen.

"Bei dieser Flucht kam es zu den Massenerschießungen."

Cirka 1.000 Männer, Frauen und Kinder wurden im

nahen Wald erschossen und dort verscharrt. Zurückgebliebene galten als Partisanen und waren der Gefahr ausgesetzt, ebenfalls erschossen zu werden. Aussage einer Zeugin: *"Die Straße lag voller Leichen."* Auf das Alter der Menschen nahmen die Rotarmisten keine Rücksicht. Frauen und Mädchen waren ohnehin Freiwild.

Der genaue Anlaß für das brutale Vorgehen der Russen in Treuenbrietzen soll noch nicht geklärt sein. Ein wiederholt erfolgreicher Gegenangriff der Wehrmacht mag die Sowjets besonders aufgebracht haben.

Schließlich habe Marschall **Schukow** in einem Befehl vom 15. April 1945 Geiselnahmen und Erschießungen ortsansässiger Deutscher vorbehaltlos freigegeben. Er brauchte als Oberbefehlshaber der Weißrussischen Front hierfür keinen "Gerichtsbarkeitsbeschluß" für pauschal befohlene oder ermöglichte Massentötungen! **Keiner der vielen Nachkriegs-Vergangenheitsbewältiger hat ihm jemals seine Befehle zur wahllosen Tötung von Deutschen vorgeworfen! Bei ihnen rangiert er als unkritischer "Befreier".**

Seit 1995 wird in Treuenbrietzen offiziell des Massakers vom 23. April 1945 gedacht. Freilich schließt man gleichzeitig ein zweites Massaker -- eine angeblich *"am 23. April 1945 vorangegangene deutsche Massenerschießung von 127 italienischen Zwangsarbeitern in einer Kiesgrube nahe der Stadt, vermutlich durchgeführt von Angehörigen der Waffen-SS"* -- in das "Gedenken" ein. Beweise für jene "127 toten Italiener" gibt es bis heute nicht! In dem Artikel der *Welt* wird bestätigt! Die "Zentralstelle zur Aufklärung von NS-Verbrechen" in Ludwigsburg ist seit wenigstens 15 Jahren, wenn nicht schon seit 40 Jahren, damit ergebnislos "befaßt"!

Auf diese Weise -- mit Phantomanklagen -- werden wieder die Deutschen zu den "Schuldigen" gestempelt. So ist das in der Bundesrepublik, die sich "Deutschland" nennt..

81) *Die Welt*, 2. Dezember 2008, S. 10 -- Michael Mielke.

Österreichs antideutsche Justiz

Bericht des *National-Journal* 2009 Nr. 126/127

(Box 272, GB-Uckfield / East Sussex TN22 9DJ Britain)

Eine Woche vor seiner offiziellen Entlassung nach einhalbjähriger Haft (Urteil aus dem Jahre 1992), erhielt der österreichische Freiheitsdichter und Buchautor **Gerd Honsik** eine neue Anklage in der Gefängniszelle zugestellt.

Die Anklageschrift (85 Seiten) ist rechtskräftig geworden, da der Einspruch **Honsiks** abgelehnt wurde. Prozeßbeginn ist sinnigerweise der 20. April 2009 vor dem Wiener Landesgericht.

Bereits im Jahre 1992 wurde der Freiheitsdichter verurteilt,

obwohl der vom Gericht eingesetzte Gutachter, Professor Gerhard Jagschitz nach fünfjähriger Forschung dem Gericht in einem Zwischenbericht mitteilte, es gäbe *"keine direkten Beweismittel für die Existenz der Gaskammern"*.

Im Prozeß schlug der Gutachter mangels Beweisen einen hilflosen Ausweg ein. Er erklärte unter Eid, daß wohl keine dokumentarischen Beweise für die Gaskammern zu finden gewesen seien, allerdings hätte es eine Tarnsprache gegeben, die indirekt die Massenvergasungen beweise. Das Wort *"Sonderbehandlung"* sei im NS-Staat das *"Code-Wort für Vergasungen"* gewesen. Er wurde nicht gefragt, woher er das eigentlich wisse. So brauchte er das auch nicht zu beweisen.

Damit hatte sich Professor Jagschitz eines Meineides schuldig gemacht, denn er hatte bereits 1977 in einem Zeitungsinterview explizit erklärt, *"»Sonderbehandlung« bedeutete eine bessere Behandlung und nicht Tötung."*

Diese Aussage hatte die Zeitschrift *Format* 2001 in ihrer Nr. 21 erneut abgedruckt.

Der Nachweis dieses Meineides hat das Verfahren gegen den Angeklagten **Gerd Honsik** nicht beeinflusst. Das Urteil von 1992 auf 9 Monate Gefängnis, das im übrigen auch das Inabredestellen der Katynmorde durch die deutsche Wehrmacht bestrafte, wurde aufrechterhalten. Auf Grund eines solcherart fundierten "europäischen Haftbefehls" lieferten die spanischen Behörden den seit 15 Jahren bei Malaga lebenden Emigranten **Gerd Honsik** an die Wiener Justiz aus.

Die *Historischen Tatsachen* haben sich mit dem hier zitierten Gutachten von Prof. Dr. Gerhard Jagschitz (u.a.) in der

Nr. 92 S. 12 und mit der Sonderbehandlung des früheren österreichischen Bundeskanzlers **Kurt Schuschnigg** in der Nr. 97, S. 39 befaßt.

Auf der gleichen juristischen Hochseilartistik bewegt sich die erneute Anklage gegen den tadellosen Dichter. Die Ablehnung seines Antrags auf Haftverschonung bis zu einem möglichen Urteil wurde vom Gericht mit der Begründung abgelehnt, es sei mit einer empfindlichen weiteren Freiheitsstrafe zu rechnen. In Österreich sind darunter bis zu 20 Jahren Haft zu verstreuen.

Der dann für den 20. April 2009 angesetzte neue Prozeß wegen gleichartiger "Volksverhetzungs"-, sprich Meinungsdelikte -- z.B. für die publizierte Behauptung: *"die Wehrmacht hatte ritterlich gekämpft"*, oder: der Angriff der Wehrmacht auf die Sowjetunion am 22. Juni 1941 sei ein Präventivschlag gewesen -- brachte dem 67-Jährigen schließlich eine Verurteilung zu 5 Jahren Gefängnis und dem Verteidiger **Dr. Herbert Schaller**, der Freispruch gefordert hatte, ein Ermittlungsverfahren ein, weil er sich *"die Auffassung des Angeklagten zu eigen gemacht habe"*. Dem Staatsanwalt erschien dieses Strafmaß *"für Honsiks Bekenntnis zur deutschen Kulturturnation"* noch zu gering. Alle Hinweise, daß der Angeklagte in allen Anklagepunkten Recht hatte und selbst namhafte österreichische Politiker Gleichartiges von sich gegeben hatten, beeindruckten weder den weisungsgebundenen Staatsanwalt noch die Geschworenen und Richter. Auch der Angeklagte legte Berufung ein.

Typische Presseverurteilung



Freiheitsdichter **Gerd Honsik** i.J. 2007 unschuldig von Spanien nach Österreich ausgeliefert, in Handschellen vorgeführt und neu angeklagt in einem EU-Staat, der sich der internationalen Wertegemeinschaft gegenüber verpflichtet hat, Menschenrechte und Meinungsfreiheit zu respektieren. (Vgl. *HT* Nr. 102 S. 34 - 35).

Historische Tatsachen Nr. 107

Offenkundigkeit muß überprüfbar bleiben

Der Petitionsausschuß des Bundestages hat mit Beschluß vom 26. Juni 1992 (100. Sitzung. 12. Legislaturperiode, BT-Drucksache 12/2849) zum Aktenzeichen 4-12-07-45-5688) festgestellt:

"Das Gericht ist verpflichtet, solche Tatsachen, die es für offenkundig erachtet, in der Hauptverhandlung zu erörtern und damit dem Angeklagten die Möglichkeit zu geben, dazu Stellung zu nehmen. Außerdem ist zu berücksichtigen, daß die Offenkundigkeit nicht für alle Zeiten fortzubestehen braucht. Neue Erfahrungen oder Ereignisse können hinzukommen, die geeignet sind, eine abweichende Beurteilung zu rechtfertigen. Tragen die Beteiligten solche bisher noch nicht berücksichtigten und erörterten Umstände vor, so kann die Offenkundigkeit

dadurch erschüttert und eine erneute Beweiserhebung über diese Tatsache notwendig werden. Damit haben der Angeklagte und sein Verteidiger die Möglichkeit, durch begründeten Sachvortrag eine Beweisaufnahme auch über offenkundige Tatsachen zu erwirken."

Dies haben mit nahezu den gleichen Worten das BVerfG in der Entscheidung 2 BvR 367/92 vom 23. März 1992, der Bundesgerichtshof im Urteil vom 14.7.1954 (MDR 12/1954, S. 756 f) und das Oberlandesgericht Düsseldorf im Urteil vom 27. August 1991 (MDR 5/92, S. 500) festgestellt. Die Kommentare von **Löwe/Rosenberg** (Rn 227 zu § 244 StPO) und **Eva Graul**: "Systematische Untersuchungen zur Offenkundigkeit im Strafprozeß" (Fn 85, S. 198) bestätigen diese Sachlage.

"Rechtsstaatliches" BRD-Praxis-Muster: 11 Jahre

Der 73-Jährige, für ein sauberes Geschichtsbild und Gerechtigkeit für Deutschland eintretende Rechtsanwalt **Horst Mahler** erhielt von Gerichten in München und Potsdam im Frühjahr 2009 insgesamt 11 Jahre Gefängnis für seine Meinungsäußerungen.

Über 100 Beweisanträge zur Holocaust-Thematik haben die Richter abgeschmettert, unter ihnen auch wissenschaftliche Gutachten. So geschah es auch mit dem **Rudolf-Gutachten**, das u.a. sogar von dem Direktor der jüdischen **Anne-Frank-Stiftung** in einer Fernseh-Panorama-Sendung am 27.4.1995 als "*wissenschaftlich perfekt*" bezeichnet worden war. Über 300 Professoren für anorganische Chemie in der BRD hatten dieses Gutachten erhalten, doch dem Verfasser keine Fehler gemeldet. Obgleich sich der Oberstaatsanwalt im Gerichtssaal durch erschreckende Unkenntnis und verweigerten Willen zur Einsicht in beweisbare Erkenntnisse blamierte, blieb es dabei: Keine Hinterfragungen

von "Offenkundigkeiten", nicht einmal ein vom Gericht bestellter Gutachter zur Begründung der "Offenkundigkeiten" stand zur Debatte. Richter **Robert Mader** erklärte das Beweisvorbringen des Angeklagten zur neuerlichen Straftat, hätten doch allein 89 seiner Beweisanträge "*den Holocaust geleugnet*". -- Eine Variante stalinistischer Schauprozesse?

Der Verteidiger, Rechtsanwalt **Ludwig Bock**, wurde mit einem Ermittlungsverfahren -- ebenfalls wegen "Volksverhetzung" bzw. "Leugnung ..." -- beehrt.

Es sei verwiesen auf die Begründung des Auschwitz-Prozesses von 1965, in der die Öffentlichkeit zumindest noch wesentliche Einzelheiten zur angesprochenen Thematik erfuhr, bzw. in der Gerichtsverhandlung zur Sprache gebracht werden konnten. Vgl **Historische Tatsachen** "Holocaust nun unterirdisch?" Nr. 9, S. 22 ff oder das Buch "Auschwitz im IG-Farben-Prozeß"⁸³⁾.

Eine weitere Meinungsstrafe

Das Amtsgericht Springe verurteilte am 2. Dezember 2008 den ehrenwerten und nicht vorbestraften **Arnold Höfs** nach § 130 StGB.

Höfs hatte, Bezug nehmend auf Publikationen der Bundesregierung, der Gedenkstätte Yad Vashem und weitere Quellen⁸²⁾ mehrfach nachgerechnet und fand heraus: Im gesamten Machtbereich des Deutschen Reiches hatten sich maximal 3 (drei) Millionen Juden befunden. Von diesen hat sogar eine erhebliche Anzahl im Untergrund gelebt, war also von deutschen Behörden

weder zu ermitteln noch faßbar. Etwa 1,5 Millionen Juden haben sogar als Partisanen gegen Deutschland gekämpft.

Nach amtlicher Auskunft des Bundesfinanzministeriums bekehrten jedoch über 5 (fünf) Millionen Überlebende "Wiedergutmachung".⁸⁴⁾

Diese Zahl der Wiedergutmachungsanträge war nicht mit den "offiziellen" Opferzahlen in Einklang zu bringen. **Arnold Höfs** machte sich die Mühe, seine Überprüfung

83) Udo Walendy (Hrsg.), "Auschwitz im IG-Farben Prozeß -- Holocaustdokumente?", Vlotho 1981.

84) Vergl. **HT** Nr. 49, S. 35; -- dort Faksimile Schreiben vom 18. September 1985. Text noch einmal hierauf Seite 14.,

82) U.a.: **Walter Sanning**, "Die Auflösung des osteuropäischen Judentums", Tübingen 1983; **Alexander Solschenitzyn**, "Die Juden in der Sowjetunion", München 2003.

fungsergebnisse etlichen Medien zur Kenntnis zu bringen zwecks Berichtigung bisheriger Falschmeldungen, die das Andenken verstorbener Deutscher verunglimpfen. Doch die junge Staatsanwältin verklagte ihn wegen "Volksverhetzung", im Auftrag, versteht sich.

Als Angeklagter trug **Arnold Höfs** die Belege auch dem Gericht in der Annahme vor, dieses wäre zur Wahrheit, Beweisprüfung und Rechtsaufklärung verpflichtet.

Die Staatsanwältin Frau **Dr. Ihnen** sah die Würde der Opfer allein schon dadurch angegriffen, daß die offiziellen Zahlen überprüft werden sollten und bewertete die Einbindung der Medien zum Überprüfen. Nachrechnen und Vermitteln der Ergebnisse an die Öffentlichkeit als *"zynischen Akt außerordentlicher krimineller Energie"*. Die umfangreich dokumentierten Quellen kennzeichnete sie ungeprüft als *"verlogen"*.

Die junge Richterin Frau **Schaefer** schloß sich -- ohne sich auf Einzelheiten zur Sache einzulassen -- in ihrer Urteilsbegründung der Staatsanwältin in allen Einzelheiten an. -- Von unabhängiger Justiz war nichts zu bemerken.

Arnold Höfs, der seiner Wahrheitspflicht bewußte deutsche Staatsbürger ohne Migrationshintergrund, erhielt 4 (vier) Monate Haft, ausgesetzt zur Bewährung auf 3 (drei) Jahre zuzüglich einer Geldbuße von 1.500,-- Euro zu zahlen an die Gedenkstätte Bergen-Belsen.

Ein über den ausgiebigen und sachlichen Vortrag des Angeklagten geradezu empörter Berufungsrichter bestätigte das erstinstanzliche Urteil. Der Richter verteilte eine Erörterung der Sachlage. Dabei wäre jeder normale Mensch erfreut, wenn nachgewiesen würde, daß weit weniger Menschen umgekommen sein können als bisher behauptet.⁸⁵⁾

Das Verwaltungsgericht Düsseldorf macht's möglich

Bundesinnenminister **Schäuble** ließ am 7. Mai 2008 um 6 Uhr früh in Büro und Wohnung der Eheleute **Walendy** 8 Computer sowie Ausgaben der *Stimme des Gewissens* und CD-Roms beschlagnahmen. Nach anfänglich falschen Beschuldigungen von angeblichem "Vereinsvermögen" (vergl. *HT* Nr. 102, S. 15 ff) wurden später alle Sachen zurückgeliefert. Da die Rückgabe jedoch nicht sicher und eine gerichtliche Beschwerde fristbegrenzt war, reichte **Walendy** Klage ein. Er ergänzte diese einen Tag später mit der Überschrift "Klage" für die ebenfalls beschlagnahmten 10 Schriften und 2 CD-Roms. Tags darauf korrigierte er seine 2. "Klage" als "Ergänzung" der Klage des Vortags. Für die eingereichte Klage (nur für die eine) erhielt **Walendy** eine Gerichtskostenrechnung, die bezahlt wurde.

Das Verfahren erstreckte sich über ein ganzes Jahr, alle Sachen waren zurückgeliefert und vom Kläger 2x festgestellt, daß damit alles erledigt sei.

Verwaltungsrichter **Sievers** verfügte am 15. Mai 2009 in 2 "unanfechtbaren" Beschlüssen, daß im Fall der Computer

"die Kosten gegeneinander aufgehoben werden, weil die Rechtslage -- noch -- nicht geklärt ist und eine Klärung nach Erledigungserklärung nicht mehr vorgenommen werden kann."

Das beschlagnahmende Bundesinnenministerium hatte jedoch gar keine Kosten für das Verfahren erbringen müssen. Wie soll also *"gegen einander aufgehoben"* werden? Und daß die Rückgabe der beschlagnahmten Gegenstände keine Klärung der Sachlage hinsichtlich der vorgebrachten Anschuldigungen über "Volksverhetzung" und ähnliches bedeute, bleibt gewiß nicht nur für die Kläger unverständlich.

In einem 2. Beschluß erhob das VerwG unter Igno-

rierung der zuvor erwähnten berichtigten "Klageergänzung" plötzlich nach Ablauf eines Jahres das Schreiben mit der irrtümlich falschen, aber anschließend sogleich korrigierten Überschrift zur selbständigen Klage und erlegte den Klägern **Walendy** die Verfahrenskosten bei einem Streitwert von neuerlichen 5.000,-- Euro auf -- den anzufechten erst einmal ein Rechtsanwalt zu bezahlen wäre, was jedoch keinen Aufschub der Zahlungsfrist ermöglichen würde -- mit der Begründung,

"weil hinsichtlich der Zeitschriften und der CD-Roms kein erledigendes Ereignis vorgetragen worden ist, so daß tatsächlich von einer Klagerücknahme auszugehen ist."

Walendy hatte auf zweifache Anfrage vorher zweimal den Klagegegenstand wegen Rückgabe aller Sachen für beendet erklärt, und da keine Beanstandungen zurückgeblieben sind, die Rückerstattung der Gerichtskosten beantragt. Nun sah er sich mit der zweifachen Übernahme von Gerichtskosten für jeweils einen Streitwert von 5.000 Euro = 10.000,-- DM konfrontiert (Az: 18 K 3849/08 + 18 K 3566/08; -- Streitwert heißt nicht Kosten).

Das Hilfersuchen der geschädigten und diffamierten Bürger an das Verwaltungsgericht Düsseldorf wegen rechtswidriger Übergriffe der Staatsmacht wurde mit dieser "Kostenregelung" zur Strafsache!

Ein Jurastudent lernt solche Verfahrensmuster gewiß nicht auf der Uni, dagegen ein Leser von **Lenins** Schriften über die Rolle der Justiz im Staat.

Auch dieses Urteil bleibt in der Rechtsgeschichte der Bundesrepublik Deutschland eingeschrieben und ist deshalb hier in den *HT* erwähnt.

85) *Stimme des Reiches*, Verden, Jan./Febr. 2009, S. S. 7.